

PROTOKOLL

über die 9. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 17. November 2016, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser
Dr. Helmut Zöttl
Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr
Dr. Mario Ritter
KommR. Gunter Mayrhofer –
(ohne GR-Mandat)
Mag. Reinhard Kaufmann –
(ohne GR-Mandat)

GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi
Helga Feller-Höllner
MMag. Michaela Frech
Pit Freisais
Michaela Greinöcker
Rosa Hieß (bis 17:10 Uhr)
Ing. Franz-Michael Hingerl
Josef Holzer
Thomas Kaliba
Matthias Kaltenböck
Mag. Barbara Kapeller (bis 16:50 Uhr)
Heidemarie Kloiber
David König
Lukas Kronberger
Maria Lindinger, MSc
Natascha Payrleithner

Uwe Pichler
Mag. Kurt Prack
Florian Schauer
Birgit Schörkhuber, BEd
Rudolf Schröder
Ing. Thomas Schurz, MSc
Mag. Erwin Schuster
Dr. Markus Spöck, MBA
Arno Thummerer
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Anneliese Zimmermann
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl
Dr. Martina Kolar-Starzer
Mag. Helmut Lemmerer
Dr. Michael Chvatal
Thomas Schwingshackl

ENTSCHULDIGT:

Evelyn Kattnigg, BA (FH)

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl
Karin Greinöcker

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GRⁱⁿ Rosa Hieß
GR Mag. Kurt Prack
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-
mitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser
Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1)	Präs-331/16	Resolution zur personellen Aufstockung des Steyrer Stadtpolizeikommandos sowie zur Einrichtung einer Videoüberwachung gemäß § 54 Abs. 6 Sicherheitspolizeigesetz im Bereich Pfarrgasse-Stadtplatz-Grünmarkt.....	10
2)	GemLUST-21/15	Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.....	32
3)	Fin-110/16	Nachtragsvoranschlag 2016.....	34
4)	Fin-197/16	ATSV Casa Moda Steyr Tennis – Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Sanierung von 6 Tennisplätzen und Erneuerung des gesamten Bewässerungssystems.....	36
5)	Sport-5/16	Sportehrenzeichenverleihung 2016.....	37
6)	Fin-198/11	Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Errichtung einer Parkgarage samt Verbindungssteg.....	39
7)	GHJ2-51/16	Erneuerung Funcourt Resthof.....	42
8)	EN-7/13	Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2017 bis 2018	43
9)	K-1/16	Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2015“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.....	46
10)	BauGru-40/16	Bebauungsplan Nr. 39.2, Änderung Nr. 1 – Aufhebung Taborland; Beschluss.....	47
11)	Umw-4/98	Aufhebung der Solarförderrichtlinie der Stadt Steyr.....	48
12)	Abfall-21/97	Gasstation - Rückbau der Gasaufbereitungsanlage und Anpassung der Gasfackel an den Stand der Technik gem. §37 Abs. 4 AWG 2002; Auftragsvergabe.....	49
13)	K-51/16	Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2016.11)	50
14)	Fin-9/16	„Paraplü“ – Integrationszentrum für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 2016.....	51
15)	SH-5/16	Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2017.....	53
16)	SH-2/16	Mobile Dienste / HKP, FSB „A“ und HH – Leistungsvereinbarung 2017.....	54
17)	Präs-328/16	Resolutionsantrag – Die Grünen Steyr; Aktivpass für Steyr – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.....	54

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Präs-331/16 Resolution zur personellen Aufstockung des Steyrer Stadtpolizeikommandos sowie zur Einrichtung einer Videoüberwachung gemäß § 54 Abs. 6 Sicherheitspolizeigesetz im Bereich Pfarrgasse-Stadtplatz-Grünmarkt.
- 2) GemLUST-21/15 Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.
- 3) Fin-110/16 Nachtragsvoranschlag 2016.
- 4) Fin-197/16 ATSV Casa Moda Steyr Tennis – Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Sanierung von 6 Tennisplätzen und Erneuerung des gesamten Bewässerungssystems.
- 5) Sport-5/16 Sportehrenzeichenverleihung 2016.
- 6) Fin-198/11 Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Errichtung einer Parkgarage samt Verbindungsteg.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- 7) GHJ2-51/16 Erneuerung Funcourt Resthof.
- 8) EN-7/13 Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2017 bis 2018.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- 9) K-1/16 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2015“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.
- 10) BauGru-40/16 Bebauungsplan Nr. 39.2, Änderung Nr. 1 – Aufhebung Taborland; Beschluss.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

- 11) Umw-4/98 Aufhebung der Solarförderrichtlinie der Stadt Steyr.
- 12) Abfall-21/97 Gasstation - Rückbau der Gasaufbereitungsanlage und Anpassung der Gasfackel an den Stand der Technik gem. §37 Abs. 4 AWG 2002; Auftragsvergabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

- 13) K-51/16 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2016.
- 14) Fin-9/16 „Paraplü“ – Integrationszentrum für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 2016.
- 15) SH-5/16 Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2017.
- 16) SH-2/16 Mobile Dienste / HKP, FSB „A“ und HH – Leistungsvereinbarung 2017.
- 17) Präs-328/16 Resolutionsantrag - Die Grünen Steyr; Aktivpass für Steyr – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GRⁱⁿ Rosa Hieß
GR Mag. Kurt Prack

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Geschätzte Gäste, ich darf sehr herzlich begrüßen und somit die Sitzung des Gemeinderates am 17. November eröffnen. Ich stelle fest, dass wir hier zeitgemäß und ordnungsgemäß eingeladen haben, dass wir beschlussfähig sind und darf bekannt geben, dass als Protokollprüfer die Frau Gemeinderätin Rosa Hieß und der Herr Gemeinderat Kurt Prack vorgesehen sind und entschuldigt ist die Frau Kollegin Kattnigg, die ist im Landtag im Einsatz. Wir kommen zu Punkt 2.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Wir haben das letzte Mal ja schon besprochen, weil es nicht zeitgerecht war, der Herr Gemeinderat Pit Freisais hat am 19. September per E-Mail zwei Anfragen an mich gerichtet. Eine betraf die Leistungen und die Struktur der Krankenfürsorgeanstalt für Beamte des Magistrates Steyr und umfasste 47 Fragen. Ich habe mir erlaubt, die Beantwortung dieser Fragen statutengemäß schriftlich zu machen, um da nicht im Endeffekt diese Sitzung auf Stunden auszudehnen. Möchte dazu sagen, dass diese Beantwortung mit einem immensen Zeitaufwand verbunden war und schriftlich ausgeführt ungefähr 50 Seiten umfasst hat. Möchte noch anmerken, dass dieselbe Anfrage, also es dürfte eine „Rundlaufanfrage“ in Österreich sein, weiß ich nicht, die in Linz gestellt wurde, eine Frage weniger. Entweder hat der etwas vergessen, der Kollege in Linz, oder sie haben eine Frage dazu.... egal, möchte nur zur Information, in Wels „Rundlaufumfrage“ nur drei Fragen, egal, nur zur Information auch, dass das sehr, möchte nicht sagen „Beschäftigungstherapie“, wir haben sie ja beantwortet und beantworten lassen. Ungefähr 30 Stunden haben die Kolleginnen und Kollegen daran gearbeitet, weil da muss man nachschauen, da muss man überprüfen, es muss ja alles stimmen.... im Personalwert so ungefähr 3.000,- Euro, soviel zu dem. Wenn sie wieder einmal eine Anfrage stellen, gerne, aber vielleicht ein bisschen weniger Fragen oder komprimiert. Also dieser Aufwand ist enorm. Was auch immer sie mit dieser Information tun, sie haben sie ja, glaube ich, schon bekommen, die schriftliche Antwort. Wem es interessiert, der kann das auf Wunsch gerne, der Herr Magistratsdirektor schickt das gerne auch weiter. Die zweite Luftwerte am Tabor und ich habe diese Anfrage zuständigkeitshalber an den Herrn Stadtrat Mag. Kaufmann weitergeleitet und ich darf dich jetzt ersuchen, Reinhard, dass du diese Anfrage zur Verlesung bringst und dann auch die Beantwortung vornimmst. Bitteschön.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, ich darf da das Ergebnis der Bearbeitung der Fragen durch die zuständige Abteilung in den SBS, wo das Umweltmanagement ja angesiedelt ist, hier wiedergeben.

Frage 1: Wie ist die aktuelle Entwicklung zur..., ach so, das habe ich da nicht darauf, da, die Einleitung ist so: Seit längerer Zeit ist bekannt, dass die Luftwerte, speziell am Tabor, schlecht sind. Diese Problematik wirkt sich unweigerlich auf die Gesundheit der Steyrer Bevölkerung aus, besonders betroffen sind Kinder und ältere Personen. Die möglichen Auswirkungen reichen von verschiedensten Erkrankungen bis hin zum Tod der Betroffenen. Deswegen ist ein Einhalten der Höchstwerte besonders wichtig und im Interesse der Steyrer Bevölkerung.

Zwischenruf vom Platz aus:
Lauter!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
...und das Murmeln einstellen!

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
Funktioniert die Anlage nicht, oder?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nein, nein, das Murmeln in den Rängen einstellen und ein bisschen lauter reden, bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:
...aus diesem Grund ergibt sich folgende Anfrage:

1. Wie ist die aktuelle Entwicklung zur Thematik, wie ist der aktuelle Stand der Dinge?
 - a) Welche konkreten Maßnahmen wurden durch die Stadt getroffen?
 - b) Wie greifen diese Maßnahmen, wurden die Luftwerte dadurch messbar verbessert?

Die Antwort ist Folgende:

Die EU-Luftqualitätsrichtlinie RL 2008/50/EG regelt in Europa die Luftqualität. Die nationale Umsetzung erfolgt im Wesentlichen mit dem Immissionsschutzgesetz Luft. Darauf aufbauend wurde und wird ein österreichweites genormtes Messstellenetz aufgebaut und betrieben. Mit diesen Messcontainern werden von den jeweiligen Landesregierungen, an möglichst repräsentativen Stellen, Luftschadstoffe und sonstige meteorologische Daten erfasst. So steht im Rahmen des „Oberösterreichischen Luftmessnetzes“ im Münichholz, ein solcher Messcontainer, wobei erst seit 1991 Stickoxide (NO₂) auch gemessen werden. Aus verschiedensten Überlegungen wurden in der Vergangenheit auch im Bereich des Taborknotens Messungen durchgeführt, die zu keinen weiteren Maßnahmen Anlass gaben. Aufgrund der angeführten Erhebungen der Umweltschutzkommission aus 2015 wurde die Messstelle „S239 - Steyr Tabor 3“ errichtet, welche seit Ende Dezember 2015 den NO₂ Grenzwert überwacht (darüber wurde im Umweltausschuss am 29.1.2016 berichtet). Dabei gibt es zwei offizielle Grenzwerte zu beachten:

1. Halbstundenmittelwert (HMW) von 200 µg/m³ und
2. Jahresmittelwert von 35 µg/m³.

Seit Dezember 2015 wurde der Halbstundenmittelwert für NO₂ bei über 12.000 Messwerten (Stand 20.9.2015) nie überschritten. Der Maximalwert der gemessen wurde war 129 µg/m³, also das im Vergleich zu 200 als Grenzwert. Der Jahresmittelwert muss erst vom Amt der Oö. Landesregierung ermittelt und freigegeben werden. In Anbetracht der veröffentlichten Monatsmittelwerte ist ein Überschreiten des Jahresmittelwertes nicht zu erwarten. Liegt der Jahresmittelwert nicht über dem Grenzwert, wird wohl auch keine Stuserhebung nach IG-L wegen Grenzwertüberschreitungen zu erwarten sein.

Die aktuellen Stuserhebungen bzw. von der Landesregierung verordnete Sanierungsgebiete sind auf www.ooe.gv.at unter „Themen“, „Umwelt und Natur“ und „Luft“ einzusehen. Eine NO₂ Belastung in Steyr wird dabei nicht dargestellt.

Zu Frage 1. a)

Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens der Stadt getroffen?

Keine. Durch die Stadt wurden keine Maßnahmen getroffen, da der Vollzug zum Immissionsschutzgesetz Luft bei der Oö. Landesregierung liegt (Mittelbare Bundesverwaltung).

Zu Frage 1. b)

Wie greifen diese Maßnahmen?

Von der Oö. Landesregierung wurden keine Maßnahmen für Steyr verordnet.

Zu Frage 2:

Welche Maßnahmen gegen die schlechten Luftwerte sind in naher Zukunft geplant?

Antwort:

Durch das Land Oö. sind derzeit keine Maßnahmen geplant, weil nicht erforderlich.

Zu Frage 2 a:

a) Welche konkreten messbaren Ziele werden durch die Maßnahmen angestrebt?

Antwort:

Durch das Land Oö. sind keine Maßnahmen geplant, wie vorher.

Zu Frage 2 b:

b) Bis zu welchen konkreten Zeitpunkten darf mit einzelnen Maßnahmen gerechnet werden?

Antwort:

Dasselbe wie bei den vorigen Beantwortungen, derzeit nicht aktuell.

Zu Frage 3:

Die Oö. Umwelthanwaltschaft gibt auf Seite 10 in ihrem Messbericht „Luftmessung mit Passivsammlern“ zu Protokoll: „Anhand der vorliegenden Ergebnisse (sowohl Messungen als auch Berechnungen) wäre gemäß den Vorgaben des IG-L eine Statuserhebung mit Maßnahmenprogramm - bis hin zur Ausweisung als belastetes Gebiet gemäß UVP-Gesetz 2000 - zwingend erforderlich.“

Wurde eine solche Statuserhebung mit Maßnahmenprogramm getroffen?

Antwort:

Nein - eine Statuserhebung wäre (bei Überschreitungen) durch das Land Oö. zu erstellen. Danach kann über Maßnahmenpakete und Ausweisungen vom Land bzw. Bund entschieden werden. Bis dato gibt es keine Überschreitungen nach IG-L, die zu einem Statusbericht führen würden.

Zu Frage 3 a:

Wenn ja, wie schaut das Maßnahmenprogramm aus?

Antwort:

Das ist aufgrund des Vorigen zu verneinen, weil nicht erforderlich.

Zu Frage 3 b:

Wurde eine Ausweisung als belastetes Gebiet getroffen?

Antwort:

Nein - nach UVP-Gesetz 2000 kann der Bund per Verordnung belastete Gebiete ausweisen. Steyr ist darin nicht enthalten. Der Umwelthanwalt hatte 2015 eine andere Sicht als das Land Oö. bzw. der Bund, daher seine Stellungnahme dazu:

Die Stadt Steyr könnte/dürfte von sich aus kein Gebiet ausweisen, weil keine Zuständigkeit dafür gegeben ist.

Zu Frage 3 c:

Wenn a und b zu verneinen sind, welche Maßnahmen denkt die Stadt an, damit den Empfehlungen der Umwelthanwaltschaft entsprochen wird?

Antwort:

Die Stadt Steyr ist nicht Adressat der Empfehlung der Oö. Umweltschutzkommission!

Zu Frage 4:

Welche Empfehlung spricht die Stadt gegenüber der Bevölkerung aus um sich vor schlechter Luft zu schützen?

Antwort:

Derzeit keine Empfehlungen notwendig, weil keine Grenzwertüberschreitungen festgestellt wurden.

Ja, wenn ich das richtig sehe, habe ich damit alle Fragen beantwortet?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, für die Beantwortung dieser Anfrage. Wir kommen somit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters in aller Kürze, wie gewohnt.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

Wer es noch nicht weiß, wir haben ja beschlossen, dass wir die Parkdauer im Bereich des Stadtteils Steyrdorf ausdehnen können, von diesen 30 Minuten, jetzt auf 90 Minuten. Es wurde auch von der Geschäftswelt dort so gefordert und glaube ich, ist eine sehr gute Lösung, die wir aufgrund des Entgegenkommens der Familie Reichenpfader umsetzen konnten, haben es auch rasch gemacht und am 21. November, das ist ab kommenden Montag, ist es dann soweit und wird das auch „in Kraft“ sein und so verordnet haben wir es ja schon. Dass die Adventsaison beginnt, ist hinlänglich bekannt, aber dass es heute eigentlich losgeht, weiß nicht, ob das alle wissen. Mit der Eröffnung der Ausstellung der Frau Gaumberger dann, haben wir morgen im Endeffekt den Christkindlmarkt eröffnet und dann gibt es am Samstag schon den Christkindllauf und dann geht es Schlag auf Schlag. Ich lade sie ein und fordere sie auf, sehr freundlich, an allen, oder an möglichst vielen Aktivitäten teilzunehmen. Es ist wirklich was los in dieser Stadt! Vielleicht können sie sich auch Gäste, Freunde einladen, der Advent in Steyr ist etwas Besonderes. Geht von der „Steyrtalbahn-Fahrt“, möglichst vielleicht einmal wieder im Schnee, das wäre auch schön, wünschen darf man sich ja etwas, bis hin zur Erlebnisbahn im Bürgerspital und, und, und ... Konzerte und die verschiedensten anderen Aktivitäten. Was möchte ich noch erzählen? Ja eines, eines möchte ich... ich habe einen sehr, sehr netten Brief bekommen, ein Lob und vor allem, wenn man es bekommt, soll man ja auch weitergeben. Es schreibt ein Herr Lengauer aus Linz. Er war vor einiger Zeit, so um Allerheiligen am Urnenfriedhof und er schreibt: „Ich war sprachlos, überwältigt, was ich da gesehen habe. Der ganze Urnenhain war mit gelben Blumen bepflanzt, jede Nische, Erdgrab usw. so etwas habe ich noch nie gesehen, solch eine Pracht! Habe dann mit einem Mitarbeiter gesprochen, der mir gesagt hat, so etwas machen wir drei Mal im Jahr, das gehört zur Grabmiete dazu. Ich konnte das gar nicht fassen, denn ich bin von Linz und da frage ich mich schon, was da mit der Grabmiete gemacht wird.“ „Null“ – hat er geschrieben, aber das lassen wir jetzt unter den Tisch fallen. Habe mich dann mit der Friedhofsverwaltung auch noch unterhalten und habe ihnen meine Freude darüber berichtet. Ein großes Dankeschön an die Friedhofsverwaltung und natürlich auch an die Stadt Steyr und die Politikerinnen und Politiker und den Bürgermeister. Das ist sensationell in der heutigen Zeit, da alles, oder wo alles gekürzt und gestrichen wird. Das Lob hab ich selbstverständlich weitergegeben, vor allem an die Stadtgärtnerei, die halt für diesen „Blumenschmuck“ und für die „Grabdings“ zuständig ist. Das ist alles in den Kosten drinnen. Ja, mit diesem Lob, das wollte ich noch anbringen, das ist ja wirklich einmal etwas Besonderes

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

...in Steyr stirbt man gerne, oder so...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja.. so.., es ist auf alle Fälle „mustergültig“ – weiß ich nicht ob das so bekannt ist, es hat ja, ich glaube seit einem, seit zwei Jahren machen wir das ja erst selbst, wir haben das ja früher immer fremdvergeben gehabt und haben das in unsere Stadtgärtnerei als Auftrag zurückgeholt und die machen das sehr, sehr gut und die Leute sind mehr als zufrieden.

Letzter Punkt: Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten, vor allem die Arbeitsmarktdaten. Nach wie vor nicht erfreulich. Wir haben im Oktober 3.564 in der Region Steyr und Stadt Steyr als arbeitslos gemeldet gehabt. Das war in Personen: 88 Personen mehr als das Vormonat oder 2,53 Prozent. Arbeitslosenquote im Oktober betrug in der Stadt und in der Region 8,3 Prozent und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,5 Prozent geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr allerdings um 0,2 Prozent höher. Muss aber dazusagen, Statistiken haben immer ein bisschen eine Unschärfe, es sind auch um 120 Personen weniger in Schulungen, wie letztes Jahr noch in der Statistik als Schulungsteilnehmer drinnen waren. Der Österreichwert liegt bei 8,6 Prozent, da sind wir knapp darunter. Es ist aber nichts Besonderes, Oberösterreichwert liegt bei 5,5 Prozent, also das wäre schön, wenn man in diese Richtung käme. Gut, ich bin am Ende mit den Mitteilungen.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Kein Thema

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Darum ersuche ich sie. Und wir sind schon bei Punkt 6, bei den Verhandlungsgegenständen. Wir treten in die Verhandlungsgegenstände ein.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Und ich darf dazu den Vorsitz an Vizebürgermeister Wilhelm Hauser übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile dir für deinen ersten Tagesordnungspunkt das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Präs-331/16 Resolution zur personellen Aufstockung des Steyrer Stadtpolizeikommandos sowie zur Einrichtung einer Videoüberwachung gemäß § 54 Abs. 6 Sicherheitspolizeigesetz im Bereich Pfarrgasse-Stadtplatz-Grünmarkt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Bei meinem ersten Antrag geht es um eine Resolution, die breit unterstützt wird von den Mitgliedern des Gemeinderates, wo wir die personelle Aufstockung des Steyrer Polizeistadtkommandos fordern, sowie die Einrichtung einer Videoüberwachung gemäß § 54 Abs. 6 des Sicherheitspolizeigesetzes im Bereich Pfarrgasse-Stadtplatz-Grünmarkt. Ist ja hinlänglich bekannt, dass gerade dieser Bereich, der da von mir angesprochen wurde, immer wieder Ort von kriminellen Handlungen ist, von Gewalttaten, vor allem aber auch von Sachbeschädigung der Pfarrgasse. Erinnern wir daran, es ist ja dann wieder ein bisschen besser geworden, zumindest die großen Vandalenakte sind ausgeblieben. 2013 haben wir schon massive Beschwerden gehabt, aus diesem Bereich über Vandalenakte und die Kriminalität rund um

diese Lokale, die in dieser Gegend beheimatet sind. Betone immer, außerhalb der Lokale. Die Polizei hat sich dann sehr bemüht, mit Zusatzstreifen das ein bisschen einzudämmen, oder zumindest die, die kriminelle Neigungen oder gewalttätige Neigungen haben davon abzuhalten, hier aktiv zu werden. Was die personelle Aufstockung anbelangt, die wir damals schon gefordert haben in einer Resolution, dass endlich die vorhandenen Dienstposten beim Stadtpolizeikommando Steyr tatsächlich auch besetzt werden, nämlich auch mit Personal. Nicht nur, dass sie am Papier da stehen, sondern leider haben wir zu wenig, das hat sich leider nicht bewahrheitet. Wir haben damals eine Antwort bekommen, dass das Landespolizeikommando versuchen wird im Endeffekt tätig zu werden und das alles besser wird. Im Endeffekt, drei Jahre später, stehen wir vor der Situation, dass gar nichts besser geworden ist. Es sind nach wie vor 12 Dienst- oder Planposten im Stadtpolizeikommando unbesetzt, da ist gar niemand. Da sind aber gar nicht mitgerechnet, die vielen Abkommandierungen, Karenzzeiten und im Endeffekt auch Langzeitkrankenstände. In Wahrheit fehlt der Polizei das Personal deutlich in diesem Bereich und die Resolution richtet sich auch in diese Richtung, dass hier endlich etwas geschieht und hier endlich im Endeffekt von den Polizisten, die ja jetzt neu in den Dienst gestellt werden, auch welche nach Steyr kommen. Uns ist klar, wir sind ja auch keine Träumer, dass das nicht von heute auf morgen geht, dass man den Schalter umlegen kann und dann sind auf einmal die Polizisten, die Ausgebildeten da, die man ja jahrelang jetzt eingespart hat, weil das auch einmal ein Thema gewesen ist oder, bzw. Priorität gehabt hat. Jetzt bräuchten wir sie dringend und wird ein bisschen dauern. Um aber gleichzeitig die Arbeit und wirklich die wertvolle und sehr engagierte Arbeit jener Polizisten zu unterstützen, die ja da nach wie vor im Dienst sind und regelmäßig natürlich auch kontrollieren, halten wir, bzw. die, die diese Resolution unterstützen, es für notwendig und gut, wenn wir auch mit Videoüberwachung in diesem Bereich die Arbeit unterstützen. Auch im Wissen, dass das kein Allheilmittel ist, dass ja Videoüberwachung im Endeffekt kaum Straftaten verhindern kann, aber wesentlich dazu beitragen kann, dass Straftaten im Endeffekt auch besser und schneller aufgeklärt werden können und vielleicht schreckt so eine Videoüberwachung den einen oder anderen „Wahnsinnigen“ doch davon ab, hier im Endeffekt seine gewalttätigen Triebe da auszuleben. Das hoffen wir zumindest. Ich ersuche um Diskussion und diese Resolution möglichst breit zu beschließen bzw. die Zustimmung zu erteilen, weil nur wenn wir eine sehr breite Zustimmung haben, ist auch die Chance hoch, dass diese Videoüberwachung tatsächlich genehmigt wird von der Polizei. Die muss es nämlich genehmigen, unabhängig davon, dass es natürlich auch mit beträchtlichen Kosten verbunden sein wird. Wir schätzen, die Videoüberwachung, dass da Kosten zwischen 100.000,- Euro und 150.000,- Euro zu begleichen sein werden. Wir meinen aber, dass das im Sinne der Sache gut angelegt ist, weil alle anderen Maßnahmen noch viel, viel teurer kämen und wie gesagt, die Polizei nicht von heute auf morgen diese Aufstockung durchführen wird können.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Fertig?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ja.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Antrag

der unterzeichneten Gemeinderatsmitglieder
gemäß § 6 Abs. 3 GOGR zur Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2016

An: Herrn Bundesminister für Inneres Mag. Wolfgang Sobotka
Herrn Landespolizeidirektor Andreas Pilsl, B.A. M.A.

RESOLUTION

zur personellen Aufstockung des Steyrer Stadtpolizeikommandos sowie zur

**Einrichtung einer Videoüberwachung gemäß
§ 54 Abs. 6 Sicherheitspolizeigesetz
im Bereich Pfarrgasse-Stadtplatz-Grünmarkt**

Im Steyrer Altstadtbereich werden in den Nachtstunden, zum Wochenende, aber auch unter der Woche regelmäßig Sachbeschädigungen durch Vandalen-Akte, nächtliche Ruhestörungen und wiederholt Körperverletzungen mit teilweise schweren Folgeerscheinungen durch Raufhandel verzeichnet. Erst kürzlich wurde ein junger Mann im Zuge einer Auseinandersetzung vor einem Szenelokal in der Pfarrgasse so schwer verletzt, dass er tagelang in künstlichen Tiefschlaf versetzt werden musste.

Der Steyrer Gemeinderat hat bereits im September 2013 in einer Resolution an das Innenministerium wie auch an die Landespolizeidirektion Oberösterreich gefordert, dass dem Stadtpolizeikommando Steyr so rasch wie möglich zumindest die dem Dienstpostenplan entsprechenden Personaleinheiten zur Verfügung gestellt werden und als Sofortmaßnahme ein dauerhaftes Überstundenkontingent zur Einsetzung einer Polizei-Fußstreife an den neuralgischen Orten in den Nachtstunden von Freitag auf Samstag sowie Samstag auf Sonntag bewilligt wird.

Im Antwortschreiben von Landespolizeidirektor Andreas Pils vom 22. Oktober 2013 wurde unter anderem versichert, dass seitens der Landespolizeidirektion konsequent eine Optimierung der polizeilichen Grundversorgung angestrebt wird.

Von dieser Optimierung ist – drei Jahre später - leider weit und breit nichts zu sehen!

Im Gegenteil. Derzeit sind nicht weniger als 12 Dienstposten im Stadtpolizeikommando Steyr nicht besetzt. Dazu kommt, dass weitere 10 Polizistinnen und Polizisten sich in Karenz befinden oder abkommandiert sind. Bezieht man Langzeitkrankenstände, Teilzeitposten und bevorstehende Pensionierungen mit ein, stehen exakt 109 Exekutivbeamte zur Verfügung. Und für den für die Bevölkerung sichtbaren, uniformierten Streifendienst der drittgrößten Stadt Oberösterreichs können gar nur 90 Polizistinnen und Polizisten zum Einsatz kommen, weil neun Beamte im Polizei-Anhalte-Zentrum und zehn Exekutivbeamte bei der Kriminalpolizei Dienst versehen.

Diese Situation ist untragbar!

Vor allem in den Nachtstunden fühlen sich an den neuralgischen Punkten in der Innenstadt immer mehr – speziell junge - Bürgerinnen und Bürger zu wenig sicher. Auch die Verunsicherung der Eltern der jungen Nachtschwärmer nimmt aufgrund der immer wieder auftretenden Gewalttätigkeiten zu. Zudem leiden die Anrainer – speziell in der Pfarrgasse, im Bereich Stadtplatz und Ennskai – ebenfalls massiv unter den immer wiederkehrenden Auswüchsen.

Die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates fordern daher von den verantwortlichen Stellen - insbesondere vom Innenministerium sowie dem Landespolizeikommando Oberösterreich – zumindest die derzeit nicht besetzten 12 Dienstposten im Stadtpolizeikommando Steyr so rasch wie möglich nach zu besetzen und somit die eklatante Unterbesetzung des Stadtpolizeikommandos zu beenden.

Darüber hinaus fordern die Mitglieder des Steyrer Gemeinderates die **Einrichtung einer Videoüberwachung gemäß § 54 Abs. 6 Sicherheitspolizeigesetz im Bereich Pfarrgasse- Stadtplatz-Grünmarkt.**

Mit Hilfe der Videoüberwachung soll zukünftigen gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Eigentum von Menschen vorgebeugt und gleichzeitig die engagierte Arbeit der Exekutivbeamten des Stadtpolizeikommandos bei der Klärung und Aufklärung von Straftaten unterstützt werden. Nicht zuletzt würde durch die Videoüberwachung aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung merklich gehoben werden, was ja auch Ziel der aktuellen Kampagne des BMI „Gemeinsam. Sicher in Österreich“ ist.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay, das steht jetzt zur Diskussion. Erste Wortmeldung, bitte der Kollege Kaltenböck.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, wertee Präsidium. Es geht bei der Diskussion um diesen Antrag, meiner Ansicht nach, um eine Entscheidung zwischen subjektiver Sicherheit, zwischen einer gewissen Ruhigstellung durch Scheinlösungen und auf der anderen Seite um die Frage von Freiheit und nachhaltiger Problemlösung durch Gewaltprävention. Und warum ich gegen Videoüberwachung, was allseits ja bekannt ist, dass die GRÜNE Fraktion sich gegen Videoüberwachung ausspricht und ich persönlich auch gegen die Nachbesetzung der Dienstposten bin, als reflexartige Scheinantwort, die meiner Meinung nach da in dieser ganzen Debatte aufgebracht worden ist, möchte ich an drei Punkten festmachen. Die drei Punkte sind und das hat der Herr Bürgermeister ja eigentlich schon gesagt, diesen ersten Punkt, dass Videoüberwachung nichts bringt und nicht dazu führt, dass weniger Gewalt stattfindet...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nichts bringt, habe ich nicht gesagt!

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

...der zweite Punkt ist der, dass Überwachungskameras die Freiheit einschränken und zu einem gewissen Grad auch in die Privatsphäre der Menschen eingreifen. Und der dritte Punkt ist der, dass mehr Polizeipräsenz wenn, dann eher einschüchternd ist und nicht unbedingt einen Ansatz bietet, dass die Leute wirklich weniger gewalttätig werden.

Zum ersten Punkt einmal, also die Videoüberwachung nicht wirklich was bringen kann, nachhaltigen Effekt hat, ist durch zahlreiche Studien belegt, ist durch Zeitungsartikel von renommierten Zeitungen, sie brauchen nur das Ganze „googeln“ und sie finden von Tageszeitungen wie dem Spiegel relativ gute Artikel über dieses Thema. Und das sind Tageszeitungen, die jetzt bei Weitem nicht im linken Spektrum irgendwie angeordnet sind, sondern das sind ganz „normale“ politisch wahrscheinlich „in der Mitte“ angesiedelte Zeitungen. Und auch Experten und Expertinnen sind mittlerweile der Meinung, dass Videoüberwachung keinen wirklichen Effekt hat. Weil die Gründe von Gewalt können durch Videoüberwachung ja nicht einfach irgendwie vaporisiert werden, nicht beseitigt werden, denn nur weil da jetzt eine Videokamera ist, nur weil da jetzt eine Überwachungskamera ist, wird die Person A nicht in einer sehr aufgeheizten Situation, es ist ja meistens eine Situation wo Alkohol im Spiel ist, wo sehr große Emotionen sind, wo ein gewisser Streit da ist, da wird sich die Person nicht irgendwie denken: „Hm, da ist jetzt eine Überwachungskamera, ich werde jetzt der Person B nicht irgendwie meine Faust ins Gesicht schlagen“, das wird wahrscheinlich nicht passieren. Weil Videokameras, Überwachungskameras ja keine deeskalierende Maßnahme sind. In so einer aufgeheizten, affektiven Situation, also im Affekt, eine Handlung, da denken die Leute einfach nicht daran, dass da eine Videoüberwachungskamera über ihnen wacht. Das wird einfach ausgeblendet. Das heißt, es geht ja irgendwie, das steht ja im Antrag auch drinnen, dass die subjektive Sicherheit mit diesen Videokameras gesteigert werden soll. Das ist scheinbar das Einzige, was diese Überwachungskameras irgendwie bewirken sollen. Ich glaube, das ist nicht unbedingt, also das ist nicht nur ein falscher Ansatz, sondern das ist auch irgendwie ein gefährlicherer Ansatz. Weil wenn ich sage, ich habe jetzt Überwachungskameras als einzige Lösung, oder als Antwort, die es irgendwie auf dieses ganze Problem gibt, neben der Erfüllung der Dienstposten, dann führt das ja dazu, dass ich mir über die wirklichen Gründe von Gewalt überhaupt keine Gedanken mehr mache. Dass ich sage: „Ja, ich habe jetzt diese Überwachungskameras und damit ist es „gegessen“, sage ich jetzt einmal. Damit habe ich dieses Problem im Bann, damit brauche ich mir keine Gedanken mehr darüber machen, ob es nicht doch irgendwie andere Ansätze und andere Wege gäbe, die nachhaltig irgendwie etwas an den Problemen – und es ist ja ein Problem, dass es Gewalt gibt, dass es an dieser Stelle immer wieder zu Gewalthandlungen kommt, aber dadurch, werden sich überhaupt keine Gedanken mehr darüber gemacht und dazu kommt ja auch, dass durch Videoüberwachung und das sieht man ja auch z.B. in deutschen Städten, die Gewalt meistens verlagert wird. Also wenn jetzt eine geplante Gewalthandlung, sagen wir jetzt einmal unter Anführungszeichen „geplante Gewalthandlung“ da ist, dann werden die

Leute nicht so blöd sein und sich ins Licht der Videokamera stellen, der Überwachungskamera und dort irgend eine andere Person „zusammenhauen“. Das werden die nicht machen. Die werden in irgendeine Seitengasse gehen und in irgendeinen Bereich, wo eben keine Überwachungskameras sind. Das ist eine logische Reaktion und das hat man auch anhand von verschiedenen Studien eben gesehen, dass die Gesamtkriminalität, jetzt auf die Kriminalität bezogen, eben nicht gesunken ist. Sie hat sich nur meistens eben verlagert auf andere Punkte, die dann eben neuralgisch geworden sind und dann kommen wir ja zum zweiten Punkt: Dass Videoüberwachung eben zu einem gewissen Grad die Freiheit einschränkt. Also, wenn wir ständig gefilmt werden, dann fühlen wir uns auch zu einem gewissen Grad beobachtet – also, wenn ich dem Ganzen... also, wenn ich die Pfarrgasse hinaufspaziere und werde die ganze Zeit von vier Videokameras, von vier Überwachungskameras eben, gefilmt, dann werde ich wahrscheinlich irgendwie ein anderes Verhalten an den Tag legen, aber nicht im Sinne von Gewalt, sondern ich werde mich wahrscheinlich mehr anpassen, ich werde schauen das ich möglichst ruhig irgendwie da durchgehe und versuche nicht irgendwie mit anderen Personen irgendwie in Kontakt zu treten. ...und vor allem ist es ja auch ein Problem, dass so Überwachungskameras in die Privatsphäre eingreifen. Also stellen sie sich einmal vor: Am Abend, oder in der Nacht, wenn da draußen relativ viele Jugendliche unterwegs sind und zwei Personen die „knutschen“ miteinander. Jetzt als sehr, sehr normales Beispiel. Dann werden diese beiden Personen...

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

...warten sie, lassen sie mich kurz ausreden.... lassen sie mich kurz ausführen. Es klingt jetzt vielleicht ein bisschen lustig, aber ist gar nicht so lustig. Dann werden diese beiden Personen, währenddem sie „knutschen“ das nicht wollen, dass sie von einer Überwachungskamera gefilmt werden. Dass sie beobachtet werden, von einer Person, die dieses Überwachungsmaterial, dieses Videomaterial ja dann auch sichtet, ja. Das ist nämlich ein Unterschied, ob ich die bewusste Entscheidung setzte, dass ich da miteinander „schmuse“ jetzt, oder - das ist natürlich ein öffentlicher Grund und Boden, klarerweise - und die sind sich auch bewusst, dass sie dort beobachtet werden von den Personen die sie sehen, aber sie werden da beobachtet von Personen, die sie NICHT sehen. Die da vielleicht irgendwo in einer Zentrale, in einer Einsatzzentrale in Linz sitzen. Der zweite Punkt ist der, dass alle Menschen, die die Pfarrgasse hinaufgehen und hinuntergehen zu einem gewissen Grad ja auch unter Generalverdacht gestellt werden. Also 99,99999 Prozent „dera“, die dort auf und ab gehen ständig, also sie, ich und viele anderen Menschen die in Steyr wohnen, die haben sich überhaupt nichts zu Schulden kommen lassen und die werden trotzdem ständig überwacht. Die werden trotzdem ständig beobachtet auf ihrem Weg, entweder zum City-Point hinauf oder in die Stadt hinunter und ... - bitte um kurze Ruhe.

Allgemeines Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Am Wort ist der Kollege Kaltenböck.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

.. es ist wichtig, dass wir alle Ruhe bewahren und alle einen guten Umgang miteinander haben, das ist mir auch sehr wichtig.

.... und, weil sie das angesprochen haben, dass Videoüberwachungskameras zur Aufklärung beitragen, das ist in den seltensten Fällen der Fall. Gerade, wenn es zu größeren Rängeleien wo mehrere Personen beteiligt sind, dann ist es oft relativ schwierig, selbst mit Videomaterial da herauszufinden, wer hat jetzt diesen Streit initiiert, oder wer hat jetzt da zugeschlagen. Gerade wenn mehrere Personen rund um diesen „Streitherd“, nennen wir es einmal so, diesen „Konfliktherd“, diesen „Gewaltherd“, rundherumstehen und das ist etwas, was sich ja auch in Bezug auf Aufklärungsböten von Kriminalität immer wieder gezeigt hat, in Bezug auf

Videoüberwachung. Und trotz all dieser Argumente, die ich jetzt auch vorgebracht habe, ist es ja so, dass z.B. von der FPÖ, also von ihnen Herr Ritter eigentlich, um das jetzt beim Namen, oder um sie beim Namen zu nennen, gefordert wurde, die Videoüberwachung auch auf andere Bereiche auszudehnen, jetzt schon! Obwohl wir als Stadt noch nicht einmal diese vier, glaube ich, vier Überwachungskameras, die angedacht sind, eben installiert haben. Das heißt man sieht, zu was das auch führt. Dass man sagt: „So, jetzt haben wir diese vier Überwachungskameras“, wir kommen vielleicht darauf, nein, es bringt eigentlich nichts und dann sagen wir: „Dann müssen wir aber dort... und dort... und dort auch noch Überwachungskameras installieren“, was dann irgendwie zu einer Überwachung führt in der Stadt. Das wollen wir, glaube ich, alle nicht. Zumindest will das ich nicht und zumindest gibt es sicher sehr, sehr viele Menschen, die dem auch entgegenstehen. Ich bringe da auch ein Beispiel, das selbstredend ist, nämlich England und vielleicht wissen sie es, vielleicht wissen sie es nicht, in England ist Videoüberwachung ein unipräsentes Thema. Also mit Stand 2003, das sind jetzt schon relativ alte Zahlen, hat es in England 4,2 Mio. Überwachungskameras gegeben. Das war dort eine sehr, sehr große Initiative, dass der gesamte öffentliche Raum eigentlich überwacht wird und überwacht wurde. Was das Schlimme daran ist, ist dass sogar auf Toiletten von öffentlichen Schulen Videoüberwachungskameras angebracht werden. Also das ist dann schon eine sehr, sehr extreme Maßnahme. Da sieht man auch, zu was das führen kann. Dass man sagt: „Wir öffnen uns, Überwachung, wir öffnen uns, diesem Thema“ und was ganz spannend ist vielleicht, in einem Interview mit der Presse vom 6.5.2008 hat der Zuständige von Scotland Yard, Michael Lavelle, der für den Bereich Videoüberwachung zuständig ist, hat gesagt: „Weder die Prävention noch die Aufklärung von Verbrechen haben sich durch die vielen Überwachungskameras verbessert.“ Also selbst eine Person, die für das Ganze verantwortlich ist, für die Überwachung, sieht ein, dass es eigentlich nichts bringt. Das ist meiner Ansicht nach schon was, was davon zeugt, dass wir, oder dass dieser Antrag auch irgendwie auf dem Holzweg ist. Der dritte Punkt ist von mir zur Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, von der ich auch glaube, dass sie nicht unbedingt der richtige Weg ist. Da bin ich in der Fraktion als Einziger der Meinung, die anderen Mitglieder der Grünen Fraktion sind da anderer Meinung und unterstützen die Resolution auch, aber ich bin der Ansicht, dass man Gewalttaten auch nicht durch mehr Polizeipräsenz wirklich nachhaltig irgendwie eindämmen kann. Selbst wenn jetzt alle 5 Minuten da eine Polizeistreife an dieser Stelle vorbei kommt, heißt es nicht, dass genau in der Zeit wo keine Polizeistreife dort ist eben ein Konflikt entsteht und auch eine Gewalthandlung, eine sehr spontane Gewalthandlung und meistens sind ja spontane Gewalthandlungen die, die dann mit einer entsprechenden Brutalität verbunden sind, eben da ausbricht und das heißt, dass die Polizei in den meisten Fällen wahrscheinlich da auch nichts machen kann, wenn sie öfter patrouilliert. Es nur dazu führt, dass es zu einem gewissen Grad auch einschüchternd ist und also ich finde es auch als junger Mensch einschüchternd, wenn alle fünf Minuten irgendwie da eine Polizeipatrouille vorbeikommt, dann fühle ich mich auch beim fortgehen nicht unbedingt wohl. Außerdem habe ich irgendwie auch ein Gefühl von Unsicherheit, muss ich sagen, wenn relativ oft die Polizei vorbei kommt und da das Gebiet kontrolliert. Ich glaube nämlich auch, ein Problem dabei ist ja auch vor allem, dass man versucht Herausforderungen und Probleme ausschließlich durch Polizeipräsenz und in diesem Fall halt auch durch Videoüberwachung zu lösen. Von keiner Partei herinnen, ist irgendwie der Vorschlag gekommen, man könnte es sich ja auch einmal überlegen, woran liegt es überhaupt, dass die Menschen irgendwie gewaltbereit sind, woran liegt das, dass wir da überhaupt Gewaltdelikte haben? Das habe ich von Niemandem gehört und das finde ich „extremst“ schade, weil es gäbe ja auch Wege, die dem sanfter, nachhaltiger entgegenwirken könnten und man nicht auf einen gewissen autoritären Effekt, der ja da ist bei der Polizei, irgendwie setzen muss. Also, abschließend möchte ich sagen, dass man anstatt dem Weg der Überwachung und der polizeilichen Präsenz und Intervention zu gehen, echte, nachhaltige Lösungen braucht. Für mich ist die Frage, was können diese Lösungen sein? Welchen Weg können wir gehen, oder welchen Weg sollten wir, meiner Ansicht nach, gehen? Und da sehe ich, an erster Stelle – Gewaltprävention! Also es ist wichtig, dass man in Schulen, in Volksschulen, im Gymnasium, in Hauptschulen, in Berufsschulen, Gewaltpräventionsprogramme anbietet, damit den Jugendlichen, den jungen Erwachsenen, den jungen Menschen, irgendwie vermittelt wird, wie sie mit Gewalt, mit sol-

chen Situationen umgehen können. Wie sie auch deeskalierend eingreifen können. Und auf der anderen Seite auch ein Bewusstsein dafür, dass Gewalt nichts bringt. Dass Gewalt nichts bringt, dafür dass man irgendwie eine gewisse Perspektive, die Perspektivenlosigkeit verarbeitet und solche Dinge. Das muss man irgendwie versuchen gemeinsam, auch mit jungen Menschen, zu erarbeiten und zu vermitteln. Und das wäre meiner Ansicht nach, ein sehr viel wichtigerer Ansatz, anstatt dass man sagt, man versucht jetzt irgendwie kurzfristig das Ganze durch polizeiliche Präsenz und durch Videoüberwachung, die meiner Ansicht nach und auch der Ansicht nach vieler Experten und Expertinnen, so und so nichts bringt, einzudämmen. Das Zweite wäre eben, dass man auch Street-Worker und Street-Workerinnen, die auch jetzt zum Teil schon eingesetzt werden, vermehrt dort, in diesen Bereichen einsetzen könnte, also dort auch vermehrt die zu unterstützen und die finanziell zu fördern, damit die dort auch in den Kontakt treten können mit den Jugendlichen und versuchen können, dort einerseits deeskalierend einzugreifen und andererseits auch gemeinsam auch irgendwie Lösungen mit den Leuten, die da eben in Konflikte verwickelt sind, zu entwickeln. Also, meiner Ansicht nach braucht es mehr echte Lösungen und für mich ist eben die Videoüberwachung und auch die erhöhte Polizeipräsenz eher eine Scheinlösung. Bei der man sich die Gründe für Gewalt einfach nicht anschaut und die vernachlässigt und stattdessen einfach schaut, dass man an der emotionalen Debatte, die verständlicher Weise emotional ist, eine möglichst schnelle Antwort liefert. Und ich glaube, das ist in diesem Bereich einfach der falsche Weg.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Dr. Ritter.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Verehrtes Präsidium, verehrte Gemeinderatsmitglieder, ich versuche mich jetzt ein wenig kürzer zu halten, denn dieses Elaborat jetzt zu kommentieren, das würde wahrscheinlich den Rahmen des Gemeinderates sprengen. Aber ich möchte einmal grundsätzlich sagen, 2009 hat schon die Anfrage der FPÖ das aufgezeigt, dass es zu Defiziten bei der Polizei in „personaler“ Hinsicht kommt und kommen wird. 2013, im September 2013 die Gemeinderatssitzung hat auch aufgezeigt, dieselbe Situation wie jetzt, von uns, wie auch von anderen Fraktionen wurde betrieben, dass Kameras und mehr Polizei auf der Straße sichtbar wird und gerade ihre Fraktion, die GRÜNE Fraktion hat damals mit Herrn Apfelthaler einen Slalomlauf bezüglich der Kameras betrieben, das war ja sensationell. Also, so viel Argumente dagegen, das habe ich noch nie lesen können. Zum Thema Kamera: Die Kameras, die sind sicherlich nicht der Grund, dass weniger passiert. Oder es wird auch aufgrund der Kameras, wird es diese Brutalitäten geben, aber sie sehen in ganz Europa, Südfrankreich, Holland, große Drogenszenen, Saint Tropez, Frejus, Südfrankreich, die Installation von Kameras hat „saubere Wohngegenden“ gebracht. Das ist nachweisbar. Sie können jetzt mit dem Kopf schütteln, sie können lächeln, es ist so. Das sagen mir Leute, die hier wohnen, die aus Südfrankreich sind, die aus Holland sind, sie kennen ihre Wohngegenden nicht mehr. In 10-15 Jahren sind die Gegenden „sauber“ geworden. Bezüglich der Polizei, das ist ganz klar das, wir sind erstens einmal für die Aufstockung der Polizei, die personelle Aufstockung, die angepasst werden, sodass die Polizei den Rechtsstaat, den funktionierenden Rechtsstaat, begleiten kann und ausüben kann. Die Aufgaben, die die Polizei über hat, die müssen von der Polizei wahrgenommen werden und wir haben nichts von einer personalreduzierten Polizei, genauso wenig von einer Polizei, die in ihrem Handlungsbereich reduziert wird. Weiteres sollte man aber dennoch darauf achten, dass auch die Ausrüstung der Polizei modernisiert wird, angepasst wird. Zum Schutz der Polizei selber und auch zum Schutz der Bevölkerung. Und das Dritte ist: Längerfristig sollte man sicherlich auch in Betracht ziehen, dass mehr Polizeipersonal notwendig ist. Wir kennen zwar alle die Statistiken, dass ja die Kriminalität abnimmt usw., aber ich glaube, dass die Ausbildung längerfristig erst einen guten Personalstand in der Polizei garantiert. Also, ausbildungsmäßig sollte man da sicherlich auch Wert legen. Und dann kursiert diese Sicherheitsmilliarde, die kursiert irgendwie so im Raum, das sollte man auch differenziert betrachten. Die „Sicherheitsmilliarde“ ist ein Schlagwort, das sich sowohl positiv und negativ zeigen kann. Wenn die „Sicherheitsmilliarde“ so eingesetzt

wird, dass sie nur in der Verwaltung „Fuß greift“, nein, dann haben wir nichts davon. Es muss wirklich im operativen Anteil der Polizei, also ganz unten, muss sie „Fuß fassen“. Wenn es bei dieser „Sicherheitsmilliarde“ genauso zugeht wie bei der „Gesundheitsmilliarde“ seinerzeit gefordert, die aber dann ein, zwei Jahre nur zu einer Einsparung geführt hat, von einer halben Milliarde, dann sage ich, also, das muss sicherlich verfolgt werden. Ich kann mir schon vorstellen, warum man gegen Kameras ist. Es wird dokumentiert. Es wird jeder Vandalismus dokumentiert. Wir unterstützen diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Mayrhofer.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herrn. Warum haben wir diese Resolution überhaupt auch am Tabet? Weil, nach jahrelangen Forderungen der Anrainer, in diesem Gebiet und auch aus gegebenem Anlassfall, es einfach wieder einmal „hochgekocht“ ist, dieses Thema. Das heißt, hier geht es nicht nur um diesen einen wirklich bedauerlichen Vorfall, sondern es geht darum, dass hier permanent auch Sachbeschädigungen stattfinden. Nicht nur Körperverletzungen, nicht nur andere Delikte, sondern auch sehr viele, wie soll man sagen, wir wissen es alle, Container, die den ganzen Pfarrberg heruntergerollt werden, umschütten von Blumentöpfen und, und, und... bis zu eben Beschmierungen auf Hauswänden usw.. Für mich ist es vollkommen unverständlich, aber wirklich unverständlich, dass jemand sagt er möchte nicht, dass so etwas gefilmt wird. Noch dazu, da geht es ja nicht darum, dass das jetzt ins Netz gestellt wird, sondern das wird ausschließlich in eine Leitzentrale gesandt und wenn Vorkommnisse waren, wird das abgespielt, sonst sieht das niemand bitte. Also, wer hat damit ein Problem? Da kann nur jemand ein Problem haben, der etwas „angestellt“ hat. Wenn er etwas angestellt hat, bitteschön, dann ist es gut, und wenn es hilft der Polizei, bei ihrer Personalnot, dass sie vielleicht schneller zum Täter kommt, als dass sie in der gesamten Nachbarschaft herumrennen muss, jeden einzelnen befragen, ob er nicht zufällig etwas gesehen hat, sondern sich dann, wenn ein Anlassfall war, die Videoaufnahmen anschaut, dann ist das gut, weil dann hilft es! Das kann doch nicht so sein, dass man jemanden schützen will, der etwas anstellt. Also, da habe ich wirklich ein Problem mit meinem Rechtsempfinden.

Etwas anderes wäre, wenn das ausgestrahlt würde und wenn jeder diese Aufnahmen einsehen kann, aber das ist ja gewährleistet, dass das nicht der Fall ist. Und das Zweite, hier glaube ich, muss man auch darauf hinweisen, dass wir hier nicht eine Aufstockung des Dienstpostenplans der Polizei wollen. Wir wollen ja nur, dass der Dienstpostenplan eingehalten wird. Das der Minusstand, der da ist, bitteschön, endlich einmal erfüllt wird. Und das ist nicht nur damit wir eine gefürchtete Präsenz der Polizei, wie wir da vernommen haben, womöglich auf der Straße haben, sondern da geht es ganz einfach darum, dass die notwendige Präsenz der Polizei gewährleistet ist. Und wenn man sich ein bisschen „normal aufführt“, glaube ich, hat noch nie jemand ein Problem mit der Polizei gehabt. Und ich habe eine Polizei noch nie in meinem Leben als Bedrohung empfunden! Das ist so etwas von verquer, wenn jemand sagt, er hat eine Angst, wenn ein Polizist bei ihm vorbei geht. Da muss ich im Gegensatz fragen: „Was haben Sie denn angestellt, dass sie sich fürchten?“

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, Frau Kollegin Frech, dann der Kollege Blasi.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich glaube die Welt ist nicht immer schwarz oder weiß, denke ich mir, sondern, wenn es um das Thema Gewalt geht, dann wird man ein Maßnahmenbündel brauchen. Und dann gibt es kurzfristige Maßnahmen, mittelfristige und langfristige. Und eine dieser kurzfristigen Maßnahmen ist eben das Thema mit der Videoüberwachung. Das lässt sich mit finanziellen Mitteln noch relativ einfach machen. Man braucht ein langes Genehmigungsverfahren etc., das heißt, so einfach bekommt man das ohnedies nicht. Aber, ich bin davon überzeugt, dass

Überwachungskameras zumindest zu einem führen, dass sie die eine oder andere Straftat verhindern! Wir wissen nicht, wie viele Prozent das sein werden, man wird das nie in der Statistik erfassen können, aber ich sage ihnen ganz offen, wenn es nur eine Straftat ist, die verhindert werden kann, dann bin ich schon froh darüber. Und ich glaube auch, dass es ein wichtiger Faktor ist, die Polizei zu unterstützen bei der Ermittlung von Straftätern. Es ist schon das Stichwort „Vandalismus“ gefallen, oder „Delikte gegen Leib und Leben“, wenn es eine Kamera aufgezeichnet hat, dann habe ich bessere Chancen, dass ich den Täter habhaft werde. Ich glaube das kann nur in unserem Sinne sein. Das heißt, eine kurzfristige Maßnahme sind diese Überwachungskameras. Zum Thema Privatsphäre: Ich würde den GRÜNEN oder dem Kollegen Kaltenböck zwar Recht geben, wenn er das vielleicht vor 10 oder 15 Jahren gesagt hätte. Nur, wir haben längst unsere Privatsphäre verloren. Denken sie einmal bitte, überall, wo man hinkommt, man wird mit einem Smartphone per Video aufgenommen, es werden Selfies gemacht, wo man dann selber auch im Hintergrund steht, es werden Videos ins Netz gestellt, die dann von tausenden Menschen gesehen werden. Sie werden sich vielleicht erinnern an das, oder das wird noch sehr präsent sein in ihren Köpfen, dieser Vorfall in Wien, wo eine 15, 16-jährige, zusammengeschlagen worden ist – und dieses Video wurde dann ins Netz gestellt und ich weiß nicht, wie viele hunderttausend Male auch angesehen...

Vom Platz
3 Mio.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

.. oder Millionen „geliked“, ja noch schlimmer. Das heißt, das haben wir verloren, unsere Privatsphäre, die ist weg, spätestens seit der Erfindung des Smartphones. Wie gesagt, früher wäre ich da auch sehr viel vorsichtiger gewesen, aber wir haben diese Privatsphäre nicht mehr. Der Kollege Mayrhofer hat es schon erwähnt, das sind Dinge die aber nicht im Netz drinnen stehen, die werden auch wieder gelöscht und die werden nur verwendet, wenn man sie auch tatsächlich braucht. Also das mit der Privatsphäre, das ist kein Thema mehr, leider, sage ich ihnen. Mittelfristig, denke ich mir, ist es die Polizeipräsenz, die man verstärken soll, wobei ich da nicht nur meine, dass einfach die Polizei an Tagen, oder Abend, Nächten, wo man weiß, da ist es möglicherweise etwas problematisch, präsent ist, sondern generell. Ich finde, dass genau das ein Punkt ist, wo Polizei dann als bedrohlich erlebt wird, wenn man sie eigentlich nur in Ausnahmefällen sieht. Wenn man sie nur mehr sieht, wenn etwas passiert ist. Ich kann mich erinnern, vor 20 Jahren oder so, 15 Jahren noch, da war die Polizeipräsenz am Steyrer Stadtplatz viel mehr, da hat man einfach den Beamten so als „Freund und Helfer“ erlebt. Die Polizei hat sich für sehr viel mehr zuständig gefühlt als heute. Man hat Polizei deshalb auch positiv erlebt. Wenn man sie immer nur sieht im Zusammenhang mit Straftaten, dann wird das einmal irgendwann „kippen“, dann erlebt man Polizei auch negativ. Das heißt, ich würde mir wünschen, generell wirklich mehr Polizeipräsenz im Zusammenhang mit „Polizei als Freund und Helfer“ und nicht als Bedrohung. Das ist sicher eine sehr mittelfristige Angelegenheit, weil es mit Dienstposten zusammenhängt und das sage ich ihnen ganz offen, meine Hoffnung ist relativ gering, dass da sehr, sehr viel passieren wird. Ich hoffe, dass ein bisschen etwas passiert, aber ich würde mir mehr Polizeipräsenz wünschen und mehr in diesem Bereich. Ja und langfristig, da bin ich völlig beim Kollegen Kaltenböck, selbstverständlich muss man sich etwas überlegen, aber das nützt nichts. Wenn ich mir langfristig etwas überlege, dass ich die Probleme von heute oder von morgen beseitige, vielleicht die von über-, übermorgen. Gewaltprävention in den Schulen gibt es. Das ist ein sehr ausgebautes Modell, wir Lehrerinnen und Lehrer können das jederzeit anfordern. Gewalt, denke ich mir, hat halt sehr viel damit zu tun, dass es eine Sprachlosigkeit in der Gesellschaft gibt. Wenn man sich nicht mehr verbal ausdrücken kann, wenn man Konflikte nicht mehr verbal lösen kann, dann kommt die Gewalt ins Spiel. Das werden wir leider nicht durch Street-Worker beseitigen können, auch wenn ich die für sinnvoll erachte, sondern das ist generell ein gesellschaftliches Problem. Was, unter anderem, auch damit zusammenhängt, dass aus meiner Sicht und Erfahrung, auch im Umgang mit Jugendlichen, die virtuelle Welt und die reale Welt immer mehr auseinandertriften. Das, was virtuell wahrgenommen wird,

zum Teil als Realität genommen wird. Ja, wie gesagt, aus diesem Grund werden wir als Fraktion dem natürlich auch zustimmen, dieser Videoüberwachung, Polizeipräsenz. Was nicht heißt, dass man sich nicht gesellschaftlich auch etwas überlegen muss, wie man mit dieser zunehmenden Sprachlosigkeit umgeht. Aber ich glaube, da gibt es leider keine Musterlösung, wie man das erreichen soll. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nach dem Kollegen Prack kommt dann der Kollege Freisais bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Ja, werter Gemeinderat, werte Mitglieder des Gemeinderates, werte Damen und Herren auch aus den Zuschauerrängen, Zuhörerrängen. Grüß Gott einmal. Ränge ist gut. Es ist viel gesagt worden und ich möchte nicht alles wiederholen. Ich möchte es von hinten anfangen, das ist am besten in Erinnerung. Zur Kollegin Frech: Michaela, hast schon recht, dass die Privatsphäre stark eingeschränkt ist, aber ich glaube, es ist kein Argument die restliche Privatsphäre auch noch zu opfern und da gibt es schon noch etwas, so ist das nicht.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (*vom Platz aus*):

Im öffentlichen Raum?

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Ja, ich glaube nicht, also ich habe nicht das Gefühl, dass ich am Stadtplatz überwacht werde, weil irgendjemand fotografiert, das ist schon etwas anderes als eine Videokamera, würde ich so sehen. Ja, ansonsten gebe ich dir, bei den allermeisten Dingen auf jeden Fall Recht, vor allem was die Prävention anbelangt und diese Sache mit den Street-Workern ist auch schon gefallen. Das wäre eine Sache, die ich denke, dass die günstig wäre, die können de-eskalierend einschreiten, auch die sind geschult. Jetzt sind wir bei geschult, die Polizei hat mein absolutes Vertrauen und auch mir geht es so, dass ich mich in der Nähe eines Polizisten noch nie wahnsinnig unwohl gefühlt habe. Es gibt Ausnahmen, wenn man vielleicht einmal...- nein, lassen wir das.

Allgemeines Gelächter

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

.... das erzähle ich euch nachher. Kollege Ritter, nicht jeder, der gegen Videoüberwachung ist, ist ein Straftäter, ja!? Also es ist so gekommen, wie wenn man das nicht will, dann muss man „Dreck am Stecken“ haben, also das geht eindeutig zu weit. Es gibt zahlreiche Leute, die gute Argumente gegen Videoüberwachung haben und das sind nicht per se allesamt irgendwelche potenzielle Täter. Man wird die Gewalt prinzipiell nie ganz in den Griff bekommen. Aber was wir schon wissen, mit Videokameras und mit Videoüberwachung auf jeden Fall nicht. Da hat sich nichts verbessert und es steht ja sogar in dem Antrag drinnen, dass es um ein subjektives Sicherheitsgefühl geht. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass wir der Bevölkerung etwas „vorgaukeln“ wenn wir das tun, weil es geht um ein subjektives Sicherheitsgefühl. Ich bin absolut für Videokameras, in Tiefgaragen, ja, da habe ich überhaupt kein Problem damit. Ja, aber im öffentlichen Raum will ich sie nicht haben. Es wird vermutlich mit diesem einen Platz nicht getan sein, weil sich andere Hotspots ergeben werden. Ja, also ich glaube nicht, dass es dabei bleibt und diese Entwicklung mag ich nicht „Tür und Tor“ öffnen. Eine Sache die nicht genannt wurde, alle kennen das Taferl: „An Betrunkene, an Jugendliche und alkoholisierte Personen darf kein Alkohol ausgeschenkt werden“. Ich weiß jetzt nicht, ob dieser letzte Vorfall da, der den Anlass für die heutige Diskussion bietet, ob da Alkohol im Spiel war. Keine Ahnung. Ist in dem Einzelfall auch völlig egal. Aber dass es sehr oft Alkohol ist, ist keine Frage. Man kann es auch nicht von selbst zu hundert Prozent vermeiden. Wer Kinder hat, der weiß, also Kinder, jugendliche Kinder hat, weiß, dass die gerne zu Hause „vorglühen“, also die kommen schon oft einmal nicht nüchtern in die Stadt. Aber ich behauptete schon, ohne jemals drinnen gewesen zu sein, dass dort Alkoholisierte und alkoholisiert, so alkoholisiert, dass man es ihnen „ankennt“, dass man weiß, dass die „zuviel“ haben, weiter

Alkohol ausgeschenkt wird. Man hat es ganz gut in den Griff bekommen die Jugendlichen hier herauszukriegen, also diese Kontrollen haben funktioniert. Dass Jugendliche wenig oder keinen Alkohol, selten oder nie Alkohol kriegen in manchen Lokalen, es ist ja sehr unterschiedlich. Ich weiß auch nicht, wie man das kontrollieren könnte, aber ich glaube, dass man in diese Richtung auch gehen sollte. Ab und zu einmal eine Kontrolle, wer das macht weiß ich nicht, ob in einem Gasthaus, in einer Bar, Alkohol ausgeschenkt wird, an Leute die definitiv schon ziemlich alkoholisiert sind, weil das ist nämlich per Gesetz verboten. Wer oder was ist „besoffen“, das weiß ich nicht. Also, ich habe da nicht die praktische Lösung dafür, aber als Denkanstoß möchte ich es geben. Meine Frage, eine organisatorische Frage: „Ist es möglich, einem halben Antrag zuzustimmen?“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Dann bitte ich um Verständnis, die Videoüberwachung geht uns zu weit, wir werden uns der Stimme enthalten. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Kollege Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Ja, werte Kolleginnen und Kollegen, Argumente hat es jetzt schon sehr viele gegeben. Mein Beitrag zu dem Ganzen ist, dass Fakt ist, dass der Vorfall, der sich da vor einigen Wochen ereignet hat, nur der traurige Höhepunkt war von zahlreichen Vorfällen, die sich da in den letzten Jahren ereignet haben. Es ist Fakt, dass die derzeitige Situation für die Nachtschwärmer, für die Anwohner und auch für die Geschäftsbetreiber in der Stadt unzumutbar ist. Wenn da randaliert wird, wenn vandalisiert wird, wenn gewütet wird. Fakt ist auch, dass es das Problem jetzt schon seit Jahren gibt und dass sich keine Lösung abzeichnet. Und deswegen, gerade auch im Hinblick auf endliche Nachbesetzung der offenen Dienstposten, werde ich dem Antrag zustimmen und ich hoffe, dass die Resolution auch mit Nachdruck verfolgt wird, und dass man schaut, dass sich da, ja zum Wohle der Nachtschwärmer, wie gesagt, und auch Anwohner und Geschäftsbetreiber, etwas ändert in der Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Darf ich jetzt den Vorsitz übergeben?

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übergebe den Vorsitz, weil ich mich zu Wort melde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich übernehme.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Presse und Gäste. Ich möchte einmal, auf der eine Seite sagen, dass es hier nicht immer ganz leicht ist, solche Anträge und Resolutionen zu formulieren, sondern dass es hier auf der einen Seite Gründe gibt, auch sogfältige Überlegungen, so etwas zu machen und es durchaus hier ja doch eine breite Mehrheit geben wird, für diese Resolution und diesen Antrag. Und es ist ja begründet dahingehend, wie ja schon erwähnt wurde, dass es also einige Vorfälle gegeben hat bzw. ist ja auch nicht das erste Mal, dass wir das tun, sondern wir haben ja das 2013 schon einmal gemacht. Ich denke mir, dass es einige Argumente hier gegeben hat, die mich also jetzt dazu bewogen haben, sich doch hier zu Wort zu melden. Weil ich ein bisschen etwas gegen Romantiker habe. Ich habe ein bisschen etwas gegen Romantiker,

nämlich dahingehend, dass man immer sagt, man muss ich jetzt gleich vor der Polizei fürchten. Weil auf der einen Seite ist es ja so, dass die Polizei für die Sicherheit zuständig ist, da ist, und sie tut auch keinem etwas, der nichts angestellt hat. Sie ist eigentlich eher dazu da, um all jenen, die nichts anstellen und die auch nichts anstellen wollen jene Möglichkeiten zu geben, sich sicher zu fühlen, dass nicht von wo anders etwas passiert. Und wenn es so wäre, dass hinten und vorne nichts passiert, dann bräuchten wir wahrscheinlich keine Gesetze, wenn wir lauter „kreuzbrave“ Leute hätten, dann bräuchten wir keine Polizei und wir bräuchten wahrscheinlich auch kein Militär, weil wir hätten einen sogenannten schönen Weltfrieden, von dem wir alle miteinander wirklich träumen. Die Realität schaut leider Gottes anders aus und es ist also, glaube ich, ein wahrer Spruch, wenn man sagt: „Solange es uns in der kleinsten Zelle des Zusammenlebens, nämlich der Familie, nicht gelingt gewaltfrei zu leben, dann wird es uns im Großen auch nicht gelingen.“ Daher glaube ich, sollten wir die richtigen Maßnahmen dafür treffen, um sozusagen hier für Sicherheit zu sorgen. Das eine für mehr Polizei zu sorgen bzw. zumindest einmal aufzufüllen, was an Personen abgeht, damit der Dienstpostenplan einmal erfüllt ist und damit die Leute sozusagen nicht auch permanent überlastet werden, weil sie ständig Überstunden leisten müssen und dergleichen mehr. Weil auch diese Personen haben nämlich eine Familie und eine Privatsphäre, die sie vielleicht da und dort einmal ganz gerne nützen würden, bis hin zu Unterstützungsmaßnahmen, um dann, wenn schon solche Dinge passieren, beitragen zu können. Dass es rascher oder besser aufgeklärt wird oder da und dort vielleicht doch auch als Prävention hilft, nicht dass die anderen Präventionsmaßnahmen ausgeschlossen sind, also ich denke mir, das eine schließt ja das andere nicht aus. Und so wie die Frau Kollegin Frech gesagt hat, dass es hier halt sozusagen vieles auch ineinander greift und mehrstufig funktioniert. Das sollten wir letztlich auch in der Zukunft weiter verfolgen. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Als nächstes hat sich der Herr Stadtrat Dr. Ritter gemeldet und gleichzeitig übergebe ich wieder an Herrn Hauser den Vorsitz.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke. Nächster ist dann der Kollege Schauer, bitte.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Meine Damen und Herren, mir geht die ganze Diskussion ein bisschen zu weit. Ich habe jetzt innerhalb von 10 Jahren, habe ich zwei Mal erlebt, zwei Bekannte, Jugendliche die so verletzt worden sind, Zentralnervensystem am Kopf, dass sie bleibende Schäden ein Leben lang behalten. Und da gibt es keine Diskussion für mich! Wenn so etwas passiert, dann muss gehandelt werden und da hat man schon Fehler gemacht. In der Familienpolitik, in der ganzen Sozialpolitik usw.. Aber, brauche ich denn immer wieder einen Anlass, damit ich reagiere? Brauche ich wirklich Jugendliche, die dann mit einer Silberplatte, mit einer Kunststoffplatte jetzt, herumlaufen? Brauche ich das wirklich? Das sind Menschen, die so zusammengeschlagen wurden, wie jetzt vor kurzem von einem albanisch-stämmigen „Mixed Martial Kämpfer“ dass der knapp am Tod vorbeigeht und das war beim Postlmayr Stefan genau dasselbe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRIG WEIXLBERGER (*vom Platz aus*):

Nein, da war es ein Österreicher.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Da war es ein Österreicher? Na gut, aber der ist auch am Tod vorbeigegangen, okay. Das ist jetzt aber nebensächlich. Es sind tödliche Verletzungen. Die Leute hätten genauso tot sein können. Und da gibt es keine Diskussion! Wenn ich immer nur den Anlass brauche, entschuldigen sie, warten wir dann auf den Anlass in der Bahnhofsgegend? Wann ist dann der nächste Anlass? Offensichtlich gibt es eine gewisse Benchmark, dass dann erst eine Kamera installiert wird, so und so viele Straftaten. Also, ich finde die ganze Diskussion sinnlos. Das gehört gemacht! Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Schauer.

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Ja, geschätzte Kollegen, ich habe im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung auch mit Jugendlichen diskutiert, die da bei dem jetzigen Anlassfall vor allem mit dabei waren, die in dieser Gruppe mit waren, beim Fortgehen, aber natürlich auch in den letzten Jahren mit vielen anderen Jugendlichen, die sagen, das ist kein Einzelfall. Dass Gewalt im Spiel ist, dass Belästigungen im Spiel sind, das spielt sich Tag täglich, jede Woche, jedes Wochenende, spielt sich das ab. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist da. Wenn das subjektive Sicherheitsgefühl so niedrig ist, dass Eltern sagen, sie lassen ihre 16, 17-jährigen Kinder nicht mehr in die Stadt fortgehen oder auch nicht mehr mit dem Taxi nach Hause fahren, sondern die Eltern fahren dann selber rein in die Stadt und holen die Kinder ab, dann haben wir Handlungsbedarf. Wir sind auch von den Jugendlichen gewählt und wir haben da Handlungsbedarf. Und jetzt liegt ein Antrag vor, wo ich sage, da spricht für mich überhaupt nichts dagegen, dem die Zustimmung zu erteilen. Aber ich greife den Punkt vom Matthias auf, Gewaltprävention ist auch ein wichtiger Punkt. Der ist halt nicht in diesem einen Antrag drinnen und da haben wir auch Handlungsbedarf und werden wir auch dementsprechend Sorge tragen müssen, dass da mehr getan wird. Aber, ich habe schon den Eindruck, dass wenn es um diesen Antrag geht, es die GRÜNEN nicht ganz ernst meinen. Weil, wenn sie sagen: „Kann man auch einem Halbantrag zustimmen usw.“ Mit dem Polizeidienstposten, da hätten sie kein Problem, aber mit der Videoüberwachung schon. Sie hätten einen Abänderungsantrag machen können, wo nur die Aufstockung der Polizeipräsenz drinnen ist. Also, ich habe schon den Eindruck, dass sie das nicht ganz ernst nehmen und die Bedürfnisse, die ja auch da sind, von der Bevölkerung, nach hinten stellen.

Unverständliche Zwischenrufe (Ist auch eine Beschäftigungstherapie)

GEMEINDERAT FLORIAN SCHAUER:

Also, ich spreche mich ganz klar für diese Resolution aus und unsere Fraktion gibt natürlich die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön. Kollege Kaufmann, bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte es nicht unnötig hinauszögern, aber ein paar Einzelheiten möchte ich noch ergänzen. Gerade das, zuletzt von Herrn Stadtrat Ritter geschilderte und auch vom Kollegen Schauer, aus den Gesprächen mit Jugendlichen zeigt mir schon eher, dass gerade die Videoüberwachung, jetzt nicht die Maßnahme ist, die solche bösen Ereignisse vermeiden kann. Man kann dann, nachher vielleicht, vielleicht besser herausfinden, wer aller dabei war und wer was getan hat. Was im Einzelfall, oft auch nicht, gehen wird, aber, dass man dadurch diese schlimmen Ereignisse vermeiden kann, da bin ich sehr skeptisch. Und ich glaube, da gibt es viel Literatur und Erkenntnisse dazu, die das unterstützen. Wenn ich beim Stadtrat Ritter noch aufgreifen darf, die Frage: „Muss immer ein Anlassfall sein, um zu überwachen und wo könnten wir noch überall Kameras aufstellen?“ Also, das Bahnhofsviertel wurde ja schon genannt, wobei dort straftatenmäßig, außer in einem Bereich, soviel ich weiß, nämlich wo wir betroffen sind, im Rahmen der SBS, da kommen öfter Vandalenakte vor, beim städtischen Busbahnhof, aber ansonsten geht es dort vielleicht um Belästigungen, aber nicht um Straftaten. Und mit dem muss man sicher anders umgehen. Also, durch präventive Maßnahmen, im Sinne von Überwachung, da sind die anderen präventiven Maßnahmen, die von Kaltenböck und Schauer genannt wurden und Frech sicher die zielführenderen. Ja, also ich glaube, eines muss man auf jeden Fall einfordern, es muss Grenzen geben! Wenn schon Überwachung, wo soll das passieren? Ich bin sehr beim Kollegen Prack, wenn er sagt, es gibt punktuell Situationen z.B. in Tiefgaragen, in

finsternen Ecken und so, wo das sehr sinnvoll sein kann. Oder, wir werden es uns überlegen müssen bei der Aufstiegshilfe, bei dem Zugang, ob dort eine Videoüberwachung auch sinnvoll sein wird. Um zu unterstützen, dass man sich dort sicherer fühlt. In ganz bestimmten Situationen kann das funktionieren. Da müssen wir auch darüber reden. Aber, wir müssen klar sagen, wo hört das auf und wo sicher nicht. Wenn es wo keine eindeutigen Anlassfälle gibt, dann ist das für uns jedenfalls ein Punkt, wo wir sagen müssen: „Sicher nicht!“ Prävention ist ein weites Feld und da wollte ich auf eines noch zu sprechen kommen, das mich beim ersten Punkt der Resolution besonders ärgert, also nicht bei der Resolution, sondern das Problem, das dort aufgegriffen wird, die Personalsituation bei der Polizei. Es ist nämlich auch, von der Polizei wird sehr oft auch Präventionsarbeit geleistet, vor allem, von den guten, erfahrenen Polizisten und Polizistinnen. Und da ist eben ein Punkt besonders ärgerlich, auf den hat mich der Kommandant Moser schon bei unserem ersten Gespräch, kurz nachdem er Kommandant geworden ist in Steyr, darauf hingewiesen, dass zwar die Polizei immer mehr bemüht ist, auch Frauen in ihre Kader zu bekommen und man weiß, aus der Praxis der Polizeiarbeit, dass gerade in kritischen, sozialen Situationen, Frauen sehr gut deeskalierend und damit auch präventiv intervenieren können und dass sie gerade, von daher auch, die Aufnahme von Frauen bei der Polizei befürwortet. Nur, wenn dann vom Innenministerium nicht sichergestellt ist, dass Karenzen ersetzt werden können, dann kontokariert das diese Politik total. Und das ist das, was mich an dieser Situation besonders ärgert und auf das möchte ich noch einmal besonders hinweisen, dass hier auf die Polizeiführung, also ich nehme an das Innenministerium ist da federführend, entscheidungsbefugt und dort muss die Entscheidung auch eingefordert werden, dass wir... also das muss auf jeden Fall sicher gestellt sein und zwar offensiv, dass wenn die positive Entwicklung, Frauen bei der Polizei zu haben, weiter gefördert werden soll und ich sehe das sehr positiv so, dann muss auch sichergestellt sein, dass in Karenzfällen ein Ersatz jedenfalls sichergestellt ist. Das wollte ich noch ergänzen, dass das ein Aspekt dieses ersten Teils der Resolution ist. Ich glaube, Karenzen kommen ja vor, aber der Punkt könnte vielleicht dann noch betont werden. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Kollege Kaltenböck, bitte. Noch einmal. Die Zweite.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Also, nach der ganzen Diskussion gibt es für mich immer noch keine schlüssige Begründung, warum man diese Videoüberwachung jetzt wirklich installieren muss. Es gibt, also ich habe jetzt noch kein schlüssiges Argument, kein logisches, schlüssiges Argument gehört, warum man diese Videoüberwachung wirklich braucht und warum sie eine sinnvolle Maßnahme ist. Und was der Herr Mayrhofer zuerst, im ersten Statement auch der Herr Ritter gesagt haben, geht es scheinbar in erster Linie darum, dass man Vandalismus und wie im Antrag auch explizit drinnen steht, in einer Reihe mit Angriffen gegen Gesundheit und das menschliche Wohlbefinden, statt Angriffe gegen Eigentum vorbeugt. Also, ist das jetzt so, dass wir einen wirklichen bedauerlichen und ernsten Fall haben, wo eine Person schwer zu Schaden gekommen ist und jetzt sagt man, eigentlich geht es uns bei den Kameras hauptsächlich darum, dass wir Vandalismus vorbeugen, oder dass wir Vandalismus aufklären.

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Das haben sie (*an Stadtrat Kommr. Gunter Mayrhofer gerichtet*) sehr, sehr stark betont, in ihrem Kommentar vorhin und das finde ich sehr, sehr bedenklich und bedauerlich. Dass man das gleichsetzt mit wirklich an Gewalt, mit körperlicher Gewalt, das ist politisch und auch menschlich nicht okay. Der zweite Punkt war, vom Herrn Ritter, der den Drogenkonsum angesprochen hat. Also es ist jetzt ihrer Meinung nach so, dass es Aufgabe dieser Videoüberwachung wäre, dass man kiffenden Jugendlichen und die gibt es ja, also es gibt ja sehr viele Jugendliche die Cannabis konsumieren, dass man die dann auch sozusagen

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz aus

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Durch die Videoüberwachung, oder wie – das wollen sie? Da haben sie aber dann, glaube ich keinen einzigen Jugendlichen der hinter ihnen steht und der da ihrer Meinung ist, schätzungsweise. Es gibt große Teile von jungen Menschen, auch innerhalb der FPÖ, sehr viele, auch wenn alle gegen Cannabis scheinbar sind, die trotzdem kiffen und trotzdem Cannabis konsumieren, das heißt, sie gehen davon aus, dass wir eine Videoüberwachung auch für solche Dinge hernehmen sollten. Das heißt, sie gehen davon, dass sie wollen, dass man das ausweitet auf sehr viele Bereiche, dass man es nicht mehr auf den Bereich beschränkt, dass Gewalt da irgendwie aufgeklärt wird, wobei das ja eigentlich nicht stimmt, weil die Zahlen sprechen ja ganz eine andere Sprache... dass durch die Videoüberwachung die Gewaltfälle ja nicht aufgeklärt werden, aber sie wollen, dass auf.....

Allgemeine Unruhe

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich ersuche um Ruhe!

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

...sie wollen, das scheinbar auf so Dinge wie Drogenkonsum ausdehnen und das finde ich sehr, sehr bedenklich, dass man dann eine Videoüberwachung auch für so etwas missbraucht eigentlich.

Allgemeines Gelächter

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Der zweite Punkt, was auch sie angesprochen haben, Herr Mayrhofer, dass es ja für Menschen, die sich nichts zu Schulden kommen lassen haben, ja eigentlich kein Problem ist, wenn sie andauernd überwacht werden. Das heißt, für sie wäre es jetzt auch, im hypothetischen Fall jetzt kein Problem, wenn wir vor ihrer Haustür eine Videokamera, auf ihre Haustür gerichtet, errichten würden, weil sie haben sich ja nichts zu Schulden kommen lassen. Also wenn sie jeden Tag beobachtet werden, okay, dann haben sie da scheinbar eine Einstellung, die, glaube ich, 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung nicht teilen, weil die wollen nicht, dass sie an der Haustür Tag und Nacht irgendwie überwacht werden. Also, vielleicht um da dann auch irgendwie die Verhältnismäßigkeit herzustellen. Ich möchte auch noch kurz auf den Punkt mit der Privatsphäre eingehen. Ich glaube es ist schon noch ein Unterschied zwischen man ist auf Fotos irgendwie drauf und eine Privatperson macht da ein Foto, und man ist da auf diesem Foto drauf, was ja nicht okay ist aber wenn da zufällig eine Person auf dem Foto drauf ist, weil es ja auch nicht erlaubt ist, wo es ja theoretisch auch Sanktionsmöglichkeiten gäbe, und dem, dass man von einer Institution überwacht im öffentlichen Raum. Ich glaube, da ist schon noch einmal ein fundamentaler Unterschied zwischen Einzelpersonen, Privatpersonen, die Fotos machen und dann z.B. auf Facebook hochladen oder auf andere „Social Media“ Plattformen und einer Überwachung, die vom Staat ausgeht, oder von einer staatlichen Institution, wie der Polizei, in dem Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Für die staatliche Überwachung braucht man eine Genehmigung.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Für die staatliche Überwachung braucht man natürlich eine Genehmigung und es wird auch für diese Überwachungskameras eine Genehmigung brauchen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, eben.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Aber wir sind halt derzeit an dem Punkt, wo die Mehrheit im Gemeinderat sagt, sie will diese Videoüberwachung, das heißt, man wird wahrscheinlich auch die Polizei prinzipiell dazu bringen, dass diese Videoüberwachung durchgesetzt wird. Also, wird die Genehmigung wahrscheinlich gegeben werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Darum stellen wir diesen Antrag.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Der Rückschluss ist falsch, weil sonst hätten wir es schon seit 2013.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Dann hat es scheinbar auch keinen Grund dafür gegeben, warum man diese Videoüberwachung da installiert. Ich verstehe immer noch nicht ganz was gegen den Einsatz von Streetworkern und Gewaltprävention irgendwie spricht. Nein, nein, verstehen sie mich nicht falsch, verstehen sie mich nicht falsch. Alle haben gesagt, wir finden das begrüßenswert und okay und mein Punkt ist der, es gibt keine Initiative in diese Richtung. Es gibt die Initiative, dass man sagt, man will jetzt diese Überwachungskameras und man will halt die Planstellen, die vorgesehen sind für die Polizei eben sicherstellen, dass die aufgefüllt und besetzt sind. Aber es gibt keine Initiative in Richtung, wir wollen irgendwie mehr Gewaltprävention oder wir wollen schauen, dass wir irgendwie mehr Streetworker und Streetworkerinnen irgendwie einsetzen, die da eben am Abend und in den Nachtstunden irgendwie da aktiv sind. Ein Punkt der mir auch noch eingefallen ist, ist der, soll diese Videoüberwachung 24/7, also 24 Stunden, 7 Tage die Woche lang stattfinden? Das ist eine Frage, die sich für mich schon stellt, weil scheinbar geht es ja darum, dass man Gewalt, oder in der Argumentation mancher Antragsteller, mancher Antragstellerin geht es darum, dass man Gewalt vorbeugt und die Gewalt findet ja nicht immer statt. Das heißt am Tag wird die Gewalt ja schätzungsweise nicht stattfinden. Das heißt, ist jetzt die Position, dass man 24/7 videoüberwachen soll, oder nur zu den Nachtstunden, nur am Wochenende zu den Nachtstunden? Das würde ich auch noch gerne wissen, weil das im Antrag offen gehalten wurde und gar nicht konkretisiert ist.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das sieht man dann ja.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ich möchte auch noch einmal auf ihren Kommentar eingehen, Herr Hauser. Glauben sie nicht, dass man Gewalt irgendwie auch zu einem gewissen Grad an der Wurzel packen kann. Also glauben sie, dass es keine Möglichkeiten und keine Maßnahmen gibt, dass man Gewalt entgegenwirkt?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Matthias, ich bin mit dir „per du“ und daher antworte ich dir jetzt „per du“ und sage dir, ich habe gesagt, das eine schließt das andere nicht aus und natürlich ist Prävention eine notwendige Maßnahme, aber es kann nicht sozusagen nur Prävention geben, oder nur Polizei. Ich denke mir, dass diese Dinge zusammenwirken und das war meine Wortmeldung. Und ich habe nicht gesagt, dass wir keine Prävention brauchen und wenn, dann hätte ich auch ganz gerne dass man, wenn man schon wo zuhört, ordentlich zuhört.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ich habe versucht es gut aufzufassen und auch gut wiederzugeben, scheinbar ist mir das nicht in der Form, wie es von dir intendiert war, gelungen. Ich glaube nur, dass es durchaus auch Möglichkeiten gibt da längerfristig dem entgegen zu wirken, dass Gewalt verübt wird. Also ich glaube nicht, dass es etwas Natürliches ist, dass sich Menschen so brutal irgendwie in die Haare bekommen. Der Ansicht bin ich nicht. Was ich noch zu dem Herrn Ritter auch sagen möchte und was mich sehr verwundert hat eigentlich, war das, dass in der ersten

Reaktion auf diese ganze Thematik, auf den Vorfall, in der Zeitung gestanden ist, dass sie gesagt haben, sie glauben dass Videoüberwachung nichts bringt. Und jetzt, vor Kurzem, im letzten Zeitungsbericht, steht drinnen, dass sie sogar Videoüberwachung im Bahnhofsviertel wollen. Also das verstehe ich nicht ganz aus dem Zusammenhang. Und der zweite Punkt ist ja, dass es ja am ÖBB-Bahnhof derzeit ja auch schon eine Videoüberwachung gibt. Also, die existiert derzeit ja schon. Das heißt, wollen sie es dann ausdehnen auf das ganze Bahnhofsviertel, oder wie oder was ist da der Ansatz? In dem Zusammenhang finde ich es auch wichtig, dass man, bevor man so etwas durchsetzt, sich einmal anschaut, wie Statistiken zur Aufklärungsrate durch Überwachungskameras überhaupt ausschauen. Ist so ein Material, das ist auch eine Frage, ist so ein Material für die Überlegungen zu diesem Antrag herangezogen worden? Und wenn ja, welche Zahlen gibt es da, oder wie schaut das aus, von Aufklärungsrate durch eben Überwachungskameras? Wenn man so einen Antrag einbringt, dann denke ich, muss man dieses Datenmaterial schon vorher erheben und recherchieren. Da wäre es auch spannend, wie das z.B. am Bahnhof in Steyr ausschaut, wo es ja schon diese Videoüberwachung durch die ÖBB gibt. Zumindest hängen eine Menge Videokameras dort auch an der Decke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Jetzt hat sich der Kollege Schurz bitte zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSc:

Herr Kaltenböck, ich hoffe sie haben keine Angst, wenn ich da neben ihnen sitze, ein paar Reihen weiter. So böse bin ich auch nicht als Polizist. Ich muss schon sagen, sie haben leider schlecht recherchiert, was das Thema betrifft, oder vielleicht haben sie auch nur ein Pech, dass ich heute da sitze oder da stehe. Auf alle Fälle ist es so, dass es richtig ist. es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen einem objektiven Sicherheitsgefühl und einem subjektiven Sicherheitsgefühl. Da stimme ich ihnen zu. Wobei wir als Polizei das Problem haben, dass wenn die objektive Sicherheit relativ niedrig ist, das heißt, die Statistikdaten uns zeigen, dass die Kriminalitätsrate relativ niedrig ist, der Umkehrschluss ist, dass das subjektive Sicherheitsgefühl auch so sein muss, dass die Bürger trotzdem Angst haben. Das heißt, das gleicht sich nicht an. Das heißt, wir können noch so gut sein, wenn gewisse Vorfälle sind, dann hat die Bevölkerung einfach die Angst, oder gewisse Ängste sind da und das ist halt so. Das ist unser Problem. Nichts desto trotz, zu der Videoüberwachung muss ich ihnen schon sagen, dass ich schon dafür bin. Erstens deswegen, weil es in Oberösterreich Städte gibt, Linz, Wels und Ried, die diese Videoüberwachung schon eingesetzt haben bzw. Ried jetzt angedacht hat, jetzt die Videoüberwachung weiter zu erweitern, weil eben der Effekt so positiv war, dass die eben Probleme gehabt haben und das eben sehr geholfen hat. Wenn man jetzt sagt, Videoüberwachung, das ist so leicht installiert. Nein, so ist es nicht. Wenn sie wissen, dass Österreich ein Rechtsstaat ist, dann wissen sie ganz genau, da gibt es eine Datenschutzkommission und noch viele andere Ämter und Behörden und die Institutionen, die sehr genau darauf schauen, was die Polizei macht, bzw. die Behörden mit diesem Datenmaterial. Sie glauben doch nicht wirklich, dass da jetzt einer lustig ist und sich vor den Bildschirm setzt und sich da eine „Gaudi“ macht. Das ist seine Arbeit, das ist seine Tätigkeit, der ist absolut eine Koryphäe auf dem Gebiet. Der hat nicht nur die Tätigkeit, dass er da jetzt 24 Stunden vor dem Bildschirm sitzt, sondern, wenn ich das jetzt erkläre, wie es dann in Steyr vermutlich abläuft, da wird das so sein, dass zusätzlich auch Bildschirme aufgebaut werden in der Stadtleitzentrale und dann muss der Mann, oder die zwei Männer, die da oben sind, der eine muss die Notrufe entgegennehmen, der muss protokollieren und gleichzeitig muss er schauen, dass er den Bildschirm beobachtet, ja. Der Zweite, muss sozusagen den Telefondienst machen. Also da sind wir schon ziemlich irgendwo an der Grenze, was das Machbare ist, von einem Beamten, der da oben sitzt und das aber 24 Stunden oder 12 Stunden durchgehend. Also insofern wird es so sein, dass man sagt, das ist richtig. Dass man, wenn die Überwachung, Videoüberwachung existiert, dass einer ständig darauf schaut. Das wird nicht funktionieren, aber es wird wesentlich dazu beitragen, dass man Straftaten aufklärt. Und das glaube ich schon, dass das hilft und wie es schon richtig ein paar Mal gesagt worden ist, einer der wirklich vor hat, dass er Straftaten begeht, und ich habe die Statistik,

ich habe sie mir ausheben lassen von unserer Landespolizeidirektion und im Bereich Stadtplatz und im Bereich Pfarrgasse, und man sieht drei eindeutige Hotspots, eben die Pfarrgasse, dann den Bereich vor dem Lokal Segafredo, in dem Bereich, und dann auch noch den Bereich vor der Bank Austria. Deswegen, weil dort so viele Polizeiautos beschädigt werden in der Nacht, der dritte Bereich ist bei der Kaigasse. Das sind so die Hotspots. Wobei wir eher in dem Bereich von der Pfarrgasse liegen, wo eher die meisten Delikte sind. Und wenn man sich da die Zahlen so anschaut, dann sind die meisten, wie schon richtig vermutet von den Kolleginnen und Kollegen, § 83, also Körperverletzung. Von den Zahlen her: Diebstahl, begleitet natürlich durch Urkundenunterdrückung, das heißt, statistisch ist das so, dass wenn einer eine Geldbörse stiehlt, dann sind meistens Urkunden drinnen, dann wird das mitgezählt, sozusagen ja. Die Zahlen sind, sage ich jetzt einmal, in den letzten drei Jahren, was wir jetzt haben, einmal gleichbleibend, wobei wir heuer 130 Straftaten haben, aber mit Ende des Jahres, das heißt, wenn der Beginn von den Weihnachtsfeiern ist, dass das wiederum steigt. Zu der Polizei tut nichts, es ist so, dass in der Polizeiinspektion Stadtplatz auch eine Stadtplatzstreife ins Leben gerufen worden ist. Das heißt, es sind zusätzlich Kollegen da am Samstag ständig am Stadtplatz und versehen dort ihren Dienst und sind dort präventiv tätig. Ich glaube, dass das schon wirkt. Das hat man an den Statistikdaten erhoben, also was diesen Bereich betrifft, sind sie um die Hälfte zurückgegangen. Früher war es so, dass wir Freitag und Samstag gestanden sind, aufgrund des Personalmangels ist es aber so, dass wir halt wirklich diese Streifentätigkeit jetzt nur mehr am Samstag machen können. Weil es einfach keinen Beamten, oder den Polizisten, dass er 60 oder 70 Überstunden macht, einfach auch nicht mehr, wie schon richtig..., dass einfach irgendwann einmal „Sense“ ist mit dieser Leistungsfähigkeit von den Beamten. Zur Videoüberwachung ist es so: Es wird ständig aufgezeichnet, das ist richtig, anders machen, ich weiß nicht.... wollen sie es mit einem Bewegungssensor machen, wenn einer vorbeigeht, dann wird aufgezeichnet? Also, das wird auch nicht funktionieren. Insofern, ich wäre einfach dafür und meiner Meinung nach, wie es auch richtig erwähnt ist, wir das auch aufweiten, sogar auf den Bahnhof, weil einfach das der zweite Hotspot ist, was wir jetzt von der Polizei zurzeit sehen. Ich habe es ja mittlerweile selber erlebt, wenn man zwei Mal zum Gesundheitszentrum durchgeht, dann wird man einfach angepöbelt und es.... das Problem ist sicher auch, unter anderem, das lehrstehende Gebäude, das ehemalige Postgebäude, wo sich einfach, wenn man dort reingeht, einfach, da würde ich vielleicht den Magistrat auch bitten, dass man vielleicht dort ein bisschen mehr tätig wird, dass dementsprechend mehr abgegrenzt wird, oder dem Besitzer dort das auferlegt, dass zumindest dort keiner mehr raufgeht, weil dann gibt man den Leuten die Möglichkeit, gerade jetzt im Winter, dass sie halt nicht drinnen sind in dem Gebäude und dort dementsprechend irgendwo eine Beunruhigung auftritt. Zum Bereich Prävention, auch wie richtig erkannt, da muss ich... ich habe ihnen sogar einen Folder mitgenommen – Sicherheit ist Lebensqualität. Die Polizei, es gibt drei Ressorts, sage ich jetzt einmal. Das eine ist repressiv tätig, das ist richtig, das ist das, was jeder spürt, jeder Bürger. Das heißt, wenn die Polizei kommt in Uniform und dementsprechend tätig wird... das muss so sein. Dann gibt es die präventive Schiene und ich glaube, da sind wir sehr gut aufgestellt als Landespolizeidirektion. Und da gibt es wirklich, in dem Folder ist alles erklärt, wir fangen an mit der Kinderpolizei, weiterführend in den Volksschulen, also ich glaube diese Präventionsgeschichten sind ganz gut und werden dementsprechend auch gelebt, und unsere Präventionsbeamten in Steyr machen das wirklich sehr gut. Und man kann einmal, man braucht nur in den Schulen fragen, diese Präventionstätigkeit ist, wird optimal durchgeführt. Und die dritte Schiene, das ist das, was der Herr Bundesminister vorgestellt hat, das ist „gemeinsam-sicher-Österreich“, das ist die bürgernahe Polizeiarbeit. Und da muss ich auch Recht geben. Die Polizei war vielleicht früher mehr sichtbar, aufgrund vielleicht vom Personalstand, der ist also weniger geworden, und das hat man absolut erkannt. Das „Community Policing“ ist sicher eines der erfolgreichsten, das werden wir in der nächsten Zukunft angehen. Ich glaube, dass wir mit der bürgernahen Polizeiarbeit, die ja, das Projekt läuft jetzt dann an, dementsprechend auch sicher das subjektive Sicherheitsgefühl in Steyr wird dementsprechend wieder erhöhen werden. In diesem Sinne, ich möchte mich trotzdem bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken in der Polizei, ich glaube sie leisten trotzdem hervorragende Arbeit. Und wie gesagt,

das Aufzeichnen selber sehe ich nicht als Problem und mehr Personal als wie jetzt, das ist immer gut. In diesem Sinn, danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der Kollege Schodermayr, bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAJR:

Ja, liebe Gäste, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. Ich werde mich kürzer halten, und Mario, ich muss einfach replizieren, weil ich das nicht aushalte, sich hier her zu stellen und zu sagen: „Darüber diskutieren wir nicht!“, ist in einem demokratischen Gremium schräg. Also, das ist bei mir jetzt echt schräg angekommen. Ich denke mir, das ist ein Thema das „ausführlichst“, wie man merkt, Diskussionsbedarf hat. Darum habe ich mich jetzt fast „zu Fleiß“ zu Wort gemeldet. Das was ich sagen möchte ist schlichtweg, ich möchte mein Bauchweh dokumentiert haben, das ich bei der Zustimmung zu diesem Antrag habe. Weil ich auch nicht ein Freund von Videoüberwachung bin. Aus verschiedensten Gründen und weil ich halt, ein Stück weit, als naturwissenschaftlich ausgebildeter Mensch gewohnt bin, mich an Studien zu halten. In der Medizin nennt man das „Evidence-based medicine“, „Evidence-based“ Verhalten, das heißt, das was bewiesen ist, wendet man an. Das was nicht bewiesen ist und nicht nachweisbar ist wendet man eventuell auch an, aber dann muss man es wohl begründen und meine „Wohlbegründung“ dieser Zustimmung ist wirklich dieses Bedürfnis nach erhöhtem Sicherheitsgefühl, da Leute, die verunsichert sind, brauchen sozusagen etwas zum Anhalten, brauchen Sicherheit und darin sehe ich sozusagen den Grund meiner Zustimmung. Ich möchte aber auch einem entgegenwirken, was hier irgendwie für mich der Eindruck entstanden ist, dass nämlich in Steyr nur mit Videokameras agiert wird und nur über „Law and Order“ agiert wird, dem ist nicht der Fall. Wir haben seit vielen Jahren „Flow Akut“. Das wird ihnen ja bekannt sein. Und aus einer „Flow Akut“ Steuerungsgruppen-Sitzung der letzten Monate ist hervorgegangen, ein Kreis der Zusammenarbeit, ich nenne es bewusst nicht Arbeitskreis. Es ist die Exekutive an uns herangetreten. Es sind verschiedene andere Institutionen an uns herangetreten um eben einen sogenannten neuen „Hot Spot“ zu beleuchten, das Bahnhofsviertel. Und das ist heute schon mehrfach genannt worden und hier gehen wir genau den anderen Weg. Das heißt, hier gibt es inzwischen eine intensive Zusammenarbeit von Exekutive, von „Street Workern“, die dort vermehrt eingesetzt werden. Von Vertreterinnen und Vertretern von Jugendbetreuungsorganisationen, die evangelische Pfarre Bahnhof ist dabei. Wir sind drauf und dran, uns mit der SBS und mit der ÖBB noch kurzzuschließen. Das heißt, dort werden wir quasi, wenn man es so will, den Gegenbeweis antreten, dass es nämlich im Sinne einer guten Zusammenarbeit aller dort wirksamen Institutionen möglich ist, Prävention zu betreiben, Gewalt zu verhindern. Es möglichst überschaubar zu halten, weil wir wissen, dass wir gewisse Dinge nicht „wegbringen“, sondern wir müssen sie nur kontrolliert und unter Beobachtung halten. Das heißt, das war mir jetzt sehr wichtig klarzustellen, weil, ich habe in der Diskussion das Gefühl bekommen, ganz Steyr wird jetzt schlagartig Video überwacht, was ja nicht der Fall ist. Danke vielmals.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Damit ist die..... Kollege Mayrhofer, die Zweite..... und Letzte.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin einer Frage konfrontiert worden: Ob ich nur möchte, dass aufgezeichnet werden: Gewalttaten, oder andere Straftaten? Ich meine, allein diese Frage, ist für mich irgendwie nicht vorstellbar und ich frage mich, welches Rechtsempfinden da ist. Selbstverständlich möchte ich, dass jede Straftat aufgeklärt wird und jeder Straftäter zur Rechenschaft gezogen wird. Hier unterscheide ich nicht, ob einer im Koma liegt, oder nicht, das kann es nicht sein. Sondern, es geht darum, ob jemand ein Schaden zugefügt wird. Das heißt, selbstverständlich und was sie vergessen haben, bei den 24 und 7, das sind 365, weil dafür bekenne ich mich auch. Und wenn sie sehr oft angesprochen haben, Herr Kaltenböck, die Privatsphäre, dann muss ich schon sagen, in dem Moment wo sie sich

im öffentlichen Raum bewegen, haben sie keine Privatsphäre. Und das können sie nicht vergleichen mit dem, was in ihren vier Wänden passiert. Und vielleicht nur, weil sie gesagt haben, ob ich ein Problem hätte, wenn vor meiner Tür eine Videokamera gemacht wird. Selbstverständlich nicht, weil ich habe eine gute Nachbarin, die registriert sowieso alles.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Kaufmann.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, meine Damen und Herren, die 365 haben mich jetzt ein bisschen in einen Zustand gebracht, wie zuerst den Kollegen Schodermayr. Ich bin sehr viel unterwegs in der Stadt, zu Fuß und mit dem Fahrrad, auch...ich weiß nicht, ob das eine der Straftaten ist, die dann auch am Pfarrberg beobachtet werden, wenn man dort Fahrrad fährt, weil es verboten ist, allerdings verwaltungsstrafrechtlich, weiß ich.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER (*vom Platz aus*):
Als Verkehrsreferent gehört es auf jeden Fall geahndet.

Allgemeines Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist eine Amnestie, das müssen wir sowieso auflösen.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Das muss ich akzeptieren. Nein, wir haben einige wenige Nachtstunden in der Woche, wo wirklich ein Problem ist, also wieso wir sagen: 24/7/365? Also, umso mehr stehe ich dazu, dass wir als GRÜNE dem nicht zustimmen können, dieser Videoüberwachung. Wenn wenigstens die Idee da wäre, das einzuschränken auf die Zeiten, wo wirklich etwas los ist, dann könnten wir ja noch diskutieren, ist das wirklich verhältnismäßig, oder nicht. Aber ich meine am Montag um 11:00 Uhr vormittags, was ist da verhältnismäßig, dass ich den Pfarrberg überwache? Außer die paar „Radfahrer“ die es gibt. Nein, es ist sinnlos. Es ist völlig sinnlos, dann müssen die zwei Polizisten, ja, was uns der Kollege Schurz zuerst gesagt hat, die müssen da bei den Kameras sitzen und schauen, die müssen dann 24/7/365 sitzen?! Ich meine, die Polizei muss sich doch auf die Zeiten und Situationen konzentrieren, wo wirklich etwas los ist, oder? Also, diese durchgehende Überwachung von Bereichen, wo hin und wieder, und die Zeiten kennen wir, wo es gefährlich ist, eben eine kritische Situation sein kann. Also, das ist völlig unverständlich und dem können wir in keiner Weise zustimmen. Das geht einfach nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Nein, passt, danke. Kollege Kaliba, bitte.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Das hat jetzt in mir so eine Frage hervorgebracht, die mich jetzt wirklich interessiert. Also, ich bin absolut gegen diese Videoüberwachung, aber das interessiert mich jetzt. Wer bei der Polizei schaut das dann an? Der schaut jetzt dann immer zu. Wer entscheidet, wird jetzt eine Straftat verfolgt oder nicht? Weil, grundsätzlich wäre es ja dann schon so, wenn das gefilmt wird, wäre jede Straftat zu verfolgen. Da gehört zum einen das „Radfahren“ dazu, da gehört natürlich auch diese Gewaltdelikte und Sachbeschädigungen, natürlich. Aber, gehört jetzt auch dazu, wenn jetzt jemand mit einem Kraftfahrzeug außerhalb der Ladezone da hinein fährt? Man hätte ja dann einen Beweis, das könnte man ja dann auch strafen und dann könnte man ja wirklich dafür sorgen, dass die Gesetze in allen Bereichen da am Pfarrberg eingehalten werden und nicht nur der Schutz des Eigentums, oder so. Also, das ist auch die Frage: Wie weit geht das? Wer entscheidet das? Wer hat die Möglichkeit, das zu entscheiden? Weil, ich denke mir, zumindest ist es so, wenn ein Beamter jetzt da eine Straftat sieht, muss er es eigentlich ahnden, oder

nicht? Oder lässt man das einfach durchgehen, vielleicht kann das jemand, so ein Spezialist von der Polizei beantworten.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER (*vom Platz aus*):
Was wollen sie?

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Ich möchte nur wissen, wie es rechtlich zu ahnden ist, nicht? Weil dann wird man sicher auch von den Leuten gefragt, wie das dann funktioniert. Das kann eine mögliche.....

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz aus

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Naja, das ist die Frage. Wie muss es sein?

Unverständliche Diskussion untereinander

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Jetzt das Schlusswort, bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, schwierig oder vielleicht auch nicht. Es wurde so viel argumentiert. Das meiste in die Richtung, die ich auch vertrete, dass wir diese Resolution beschließen und mit Nachdruck auch einfordern werden, was da drinnen steht. Zwei Teile sind drinnen. Es ist nicht hinnehmbar auf Dauer, dass 12 Dienstposten nicht besetzt sind. Das ist untragbar. Und das nämlich in einer Zeit, wo drei Jahre vorher schon die Resolution – weil man gesagt hat: Macht's endlich etwas! Tut etwas! Teilt den Steyrern etwas zu! Es ist gar nichts geschehen. Wer dafür verantwortlich ist, ich will es eigentlich, nein, ich kann es nicht sagen. Darum sage ich, das Landespolizeikommando wird sagen, der Bund ist schuld. Der Bund wird sagen, naja, im Land müsst ihr es selbst aufteilen. Egal, jetzt wird mehr ausgebildet, jetzt kommen mehr ausgebildete Polizisten auf den Markt. Und da wollen wir schon und werden extrem drauf schauen, dass jetzt auch wirklich in Steyr nachbesetzt wird, nicht nur in anderen Gegenden. Zweite Geschichte: Videoüberwachung. Diese Details, wo man sagt, was wird denn das jetzt 24 Stunden, 5 Tage oder 7 Tage die Woche, irgendetwas, das ist, wir haben noch gar keine die Resolution drängt darauf, dass wir die unbedingt haben wollen. Und ich ersuche wirklich, unterstützen wir die Resolution mit breiter Mehrheit in diesem Gemeinderat. Nur dann haben wir eine Chance, dass wir sie auch wirklich bekommen. Diese Kleinigkeiten, ob das so ist oder so und vielleicht eine Stunde mehr oder weniger, da unterhalten wir uns dann mit den Profis. Mit jenen, die das schon immer haben oder schon länger haben. In Wels haben sie es schon lange und in Ried haben sie es noch viel länger und in Linz haben sie es auch. Das wissen die Polizisten, die Fachleute am besten, wann man und wie man überwacht. Ob sie jetzt einen Radfahrer filmen oder nicht und wann der fahren darf und wann nicht. Ich glaube nicht, dass das essenziell ist und das das Thema ist, aber es geht nur mehr unterstützen wir die Resolution. Wir werden sehr genau darauf schauen, dass wir die auch bekommen. Es wird Geld kosten, gar keine Frage. Und noch einmal, ist jedem klar, es ist kein Allheilmittel, eine Kamera, aber als Unterstützung für die engagierte Polizei, die wir in dieser Stadt haben. Das möchte ich noch einmal betonen. Wir haben eine tolle Polizei, wir haben einen tollen Polizeikommandanten, eine tolle Truppe, die es wirklich gut macht, engagiert. Die über das normale Maß hinausgeht, weil es immer zu wenig sind. Die brauchen die Unterstützung. Die brauchen auch die Unterstützung der Stadtpolitik. Die liefern wir auch mit dieser Resolution. Jetzt schauen wir, was dabei herauskommt. Aber der Weg ist, glaube ich richtig und diese kleine Einschränkung der persönlichen Freiheit, die glaube ich, müssen wir wirklich in Kauf nehmen. Ein Wort noch zur gesellschaftlichen Entwicklung, natürlich, Kollege Kaltenböck, die Verrohung der Gesellschaft, ein Phänomen, dass wir auch in den Kommunen nicht lösen können. Wenn wir alles das präventiv tun könnten was wir müssten, all die auffälligen Familien die wir haben, nicht nur in der Stadt, in Österreich, in ganz Europa, all die bildungsfernen

Schichten, betreuen persönlich, das wäre schön! Das ist eine Vision, das ist ein Lebensziel. Wir werden es nicht machen und als Kommune schon gar nicht. Wir sind das letzte Glied in der Kette, da werden wir bei ihrem Initiativantrag dann auch zurückkommen, auch beim Aktivpass. Wir können in der Kommune nicht die Probleme der Gesellschaft lösen. Ich sage es nur deswegen, sie brauchen nicht glauben, dass wir uns keine Gedanken machen, ich glaube jeder, der Kinder hat, oder auch der keine Kinder hat, weiß was alles schief läuft in dieser Welt und was alles notwendig wäre, damit es besser läuft. Aber, man kann sich Dinge wünschen, manche Dinge passieren halt nicht so. Dass Bildung der Schlüssel überhaupt ist, für eine gerechtere Gesellschaft und auch gegen Gewalt präventiv wirkt, ist auch keine Frage! Trotzdem bringen wir es im Endeffekt nicht zusammen, dass das funktioniert. Sie haben das Beispiel von England gebracht, mit diesen unglaublich vielen Kameras, das ist... warum passiert das dort? Dort ist Perspektivenlosigkeit, dort ist Arbeitslosigkeit, seit Jahrzehnten, dort wächst schon die zweite Generation auf und das eskaliert in Gewalt, die man sich bei uns in Österreich noch gar nicht vorstellen kann. Das ist dort seit Jahrzehnten schon! Liverpool und, und, und... unglaubliche Szenen spielen sich dort ab und darum gibt es diese Kameras. Weil die, die nicht davon betroffen sind, die nicht im Elend sind, die wollen sich schützen und die wollen im Endeffekt diese Kameras haben. Das ist der Grund warum es in England so viele gibt. Weil sie Gewalttäter zumindest weg bringen, aber ändert ja nichts daran, die Ursache nicht, also..

Unverständliche Zwischenrufe vom Platz aus

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...sie sind nicht der Einzige, der sich Gedanken macht über die Gesellschaft.

Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist glaube ich die Botschaft an sie, uns ist das schon klar, welche Ursachen es gibt und was alles zu tun wäre. Nur, werden wir es in der Kommune nicht lösen. Da sind wir, so klein, nicht in der Lage. In diesem Sinne ersuche ich um breite Zustimmung für diese Resolution.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay der Antrag wurde gehört. Ich ersuche jetzt um Abstimmung. Wer also für die Resolution ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme. Wer übt Stimmenthaltung? 3 Stimmenthaltungen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **30**

SPÖ 15 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: 1

GRÜNE 1 – (GR Matthias Kaltenböck)

Stimmenthaltung: 3

GRÜNE 3 – (GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich hoffe, ich habe alles richtig gezählt. Dankeschön. So ist es mit Mehrheit angenommen. Mit breiter Mehrheit angenommen und ich ersuche um den nächsten Tagesordnungspunkt.

2) GemLUST-21/15 Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da geht es um „Steuer-Geschichten“. Wir brauchen eine kleine Änderung, eine Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung. Wer sich noch erinnern kann, wir haben damals, wie wir es beschlossen haben, schon eine Diskussion darum gehabt, dass der Abgabenschuldner vielleicht nicht genauso definiert ist, wie er definiert gehört. Das wurde mittlerweile vom Gesetzgeber präzisiert. Gleichzeitig ist erst vor kurzem noch eine kleine Änderung gekommen, wo wir im Abänderungsantrag auch diesen Paragraphen noch einmal umformuliert haben, damit er dem neuesten Stand und den neuesten gesetzlichen Vorgaben entspricht. Es geht darum, im Endeffekt hier diese Novellierung so zu formulieren, dass sie keine Zweifel darüber aufkommen lässt, wer als Abgabenschuldner, da auch bei Wettterminals gilt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 14. Oktober 2016, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

folgender Abänderungsantrag wurde direkt in die Sitzung eingebracht:

gem. § 9 GOGR zur Novelle der Lustbarkeitsabgabeordnung
der Stadt Steyr; GemLUST-21/2015

§ 3 Abs. 1 hat zu lauten:

(1) Abgabenschuldner bei den mit Karten entgeltlich zugänglichen Veranstaltungen (Vergnügungen) ist der Veranstalter (Unternehmer), auf dessen Rechnung oder in dessen Namen die Veranstaltung (Vergnügung) durchgeführt wird; weiters auch derjenige, der sich öffentlich als Veranstalter (Unternehmer) ankündigt oder den Behörden gegenüber als solcher auftritt.

Begründung:

Mit Schreiben des Österreichischen Städtebundes vom 7.11.2016, wurde ein Vorschlag bezüglich des Abgabenschuldners bei den mit Karten zugänglichen Veranstaltungen den Mitgliedsgemeinden übermittelt. Der derzeitige Text des § 3 Abs. 1 der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr lautet: „Abgabenschuldner ist der Veranstalter.“

Zur Wahrung der Rechtssicherheit und um keinerlei Diskussionen betreffend des Steuer-schuldners bei der Lustbarkeitsabgabe nach Kartenverkauf aufkommen zu lassen wird daher vorgeschlagen, den § 3 Abs. 1 der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, wie oben ersichtlich, zu ändern.

LUSTBARKEITSABGABEORDNUNG DER STADT STEYR

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Die Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. Dezember 2015, GemLUST-21/2015, wird wie folgt geändert:

Artikel I

§ 3 hat zu lauten:

(1) Abgabenschuldner bei den mit Karten entgeltlich zugänglichen Veranstaltungen (Vergnügungen) ist der Veranstalter (Unternehmer), auf dessen Rechnung oder in dessen Namen die Veranstaltung (Vergnügung) durchgeführt wird; weiters auch derjenige, der sich öffentlich als Veranstalter (Unternehmer) ankündigt oder den Behörden gegenüber als solcher auftritt.

(2) Abgabenschuldner für den Betrieb von Spielapparaten ist der Veranstalter (Unternehmer), auf dessen Rechnung oder in dessen Namen Spielapparate betrieben werden; weiters auch derjenige, der den Behörden gegenüber als Veranstalter (Unternehmer) auftritt oder sich öffentlich als Veranstalter (Unternehmer) ankündigt.

(3) Abgabenschuldner für den Betrieb von Wettterminals ist das den jeweiligen Wettterminal betreibende Wettunternehmen in Sinne des § 2 Z. 9 Oö. Wettgesetz.

§ 4 Abs. 2 hat zu lauten:

Zur Anmeldung verpflichtet ist der Abgabenschuldner.

§ 4 Abs. 6 hat zu lauten:

Der Veranstalter darf den Besuch der Veranstaltung nur gegen Entwertung der Eintrittskarten oder gegen Ausgabe sonstiger Eintrittsausweise gestatten.

Artikel II

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. Sie tritt mit dem Ablauf der Kundmachung in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung, wer also für diesen Antrag ist im Sinne auch des Abänderungsantrages, der hier gerade zitiert wurde, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gibt es eine Gegenstimme dazu? Stimmenthaltungen? Nicht der Fall, einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd
GRⁱⁿ Ursula Voglsam

3) Fin-110/16 Nachtragsvoranschlag 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Tagesordnungspunkt, Nachtragsvoranschlag 2016. Ich glaube, wir haben unser Budget sehr gut exekutiert, das ist auch der Grund warum wir den Abgang, den budgetierten Abgang jetzt, im Nachtragsvoranschlag schon um Einiges reduzieren konnten, nämlich um 1,71 Mio. Euro auf 3,94 Mio. Euro. Ich gehe davon aus, dass wir im Endeffekt beim Rechnungsabschluss noch einmal deutlich runter kommen, vielleicht sogar unter die 3 Mio. Euro. Ich glaube, mehr kann man nicht tun und Budget lebt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 10. Dezember 2015, Fin-100/2015, womit der Voranschlag 2016 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2016 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von € 125.903.800 auf	€ 131.966.500
die Gesamtausgaben von € 131.555.000 auf	€ 135.904.200
somit einen Abgang in Höhe von	€ - 3.937.700

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von € 8.909.800 auf	€ 14.068.600
die Gesamtausgaben von € 8.909.800 auf	€ 14.068.600
somit ausgeglichen	€ 0

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Dezember 2015 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2016 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut. Diskussion, bitte, Herr Dr. Zöttl. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Meine Damen und Herren, ich möchte nur ganz kurz etwas sagen, aber das gehört fast gesagt, weil die Zeit ist schon so voran geschritten. Aber ganz kurz noch zum Nachtrag von 2016. Wir haben ja voriges Jahr schon, um diese Zeit praktisch, bei der Budgeterstellung gesagt, dass wir die Sozialkosten da schon sehr genau beobachten und wir haben natürlich, oder leider Recht behalten, dass auch die Sozialkosten 2016 abermals gestiegen sind. Was uns aber aufgefallen ist, dass die, was positiv ist, dass die Wirtschaftslage in Steyr anscheinend doch nicht so schlecht ist und die Abgaben an die Kommune etwas sich erhöht haben.

Und auch, dass der Zinssatz dementsprechend niedrig ist, dass wir hier auch, glücklicherweise, weniger an Zinsen oder an Kapital für Zinszahlungen zu leisten haben. Was aber auch noch zur Beschönigung bzw. beschönigt, ist die Situation, dass diese 1,71 Mio. Euro, das muss man auch sagen, auch daher beruhen, dass bei der SBS eine Gewinnausschüttung an die Stadt Steyr mit 1,67 Mio. Euro stattgefunden haben und daher auch dieser Abgang dementsprechend sich verringert hat. Ja, was vielleicht auch noch zu sagen ist, ist, dass der Gesamtschuldenstand sich aber leider im Jahr 2016 doch merklich erhöht hat und auch, dass die Rücklagen etwas zurückgegangen sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ja, Kollege Freisais. Entschuldigung, habe ich schon aufgeschrieben gehabt. Bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn das jetzige Ergebnis weniger schlecht ist, als wie das Prognostizierte, wird heute trotzdem ein sattes Minus von fast 4 Mio. Euro abgesegnet. Die Gründe dafür sind vielfältig. Fakt ist aber, dass solche Budgets der Weg in eine Sackgasse sind. Irgendwann ist jede Substanz verbraucht. Irgendwann ist der Schuldenberg zu groß und dementsprechend ist das Ganze nicht zukunftsfit. Gerade die Parteien, die auch auf Landes- und auf Bundesebene in der Verantwortung stehen, sollten sich Lösungen überlegen, wie wir künftig die Kosten senken können, z.B. Stichwort Pflegekosten. Ansonsten, wie schon erwähnt, ist das Ganze nicht zukunftsfit. Und im Sinne dieser zukunftsfiten Politik werde ich gegen den Nachtragsvoranschlag stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke, Herr Kollege Freisais. Ich möchte nur festhalten, eigentlich habe ich mir ihre Wortmeldung fast kürzer vorgestellt, indem sie mit dem Budget nicht zugestimmt haben, dass sie da auch nicht zustimmen, aber sie haben jetzt doch ein paar andere Sachen auch noch angeführt dazu. Aber ich hätte halt gerne gehört, was sie uns erzählen, wie wir es anders machen sollen. Vielleicht beim nächsten Mal. Bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Noch ein kurzes Schlusswort, aber Kollege Freisais ist ja bekannt dafür, dass er immer nur zum Budget im e-steyr.com auftaucht und dann im Endeffekt hier irgendwelche Worthülsen von sich gibt, das ist ein neues Modewort habe ich jetzt erfahren, drei mal innerhalb von zwei Sekunden „zukunftsfit“, ich glaube, das ist ihr Lieblingswort, ihr neues, das nehmen wir jetzt gerne zur Kenntnis. Zu sagen: „Ein Minusbudget kann ich nicht mittragen.“ Kann man leicht sagen, wenn man keine Ahnung hat, was eine Budgeterstellung bedeutet und was da Leistungen dahinter stehen. Sie können ja gerne sagen, welche Leistungen wir nicht mehr bringen können. Sie haben es ja schon angedeutet, kürzen wir die Sozialleistungen, schauen wir, dass die alten Leute im Altenheim nicht mehr unterkommen. Aber, das ist ja fast zu viel schon des Guten, weil das Problem ist immer, die Leute die kritisieren und gar nichts dazu sagen, die stehen dann in der Zeitung und die, die Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen, die nicht. In diesem Sinne, ich ersuche um Beschlussfassung des Nachtragsvoranschlages.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der Antrag wurde gehört. Wer dem Antrag, dem Nachtragsvoranschlag zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Dankeschön. Wer stimmt dagegen? Eine Gegenstimme. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Mit Mehrheit angenommen mit einer Gegenstimme. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GR Mag. Kurt Prack

4) Fin-197/16 ATSV Casa Moda Steyr Tennis – Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Sanierung von 6 Tennisplätzen und Erneuerung des gesamten Bewässerungssystems.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Tagesordnungspunkt, aus dem Bereich Sport. Der ATSV Casa Moda Steyr Tennis saniert sich 6 Tennisplätze und erneuert das Bewässerungssystem. Das letzte Mal wurden die Plätze vor 37 Jahren renoviert und es ist Zeit geworden. Der Sportstättenbeirat des Landes Oberösterreich hat dieses Vorhaben überprüft und hat die förderungswürdigen Mittel anerkannt. Eine Investition von 180.000,-- Euro macht das aus, aber das ist, wenn man den Verein sieht und die Jugendbetreuung und die Leute, die dort Sport betreiben, gerechtfertigt. Kommt auch zurück. Die Stadt ist ein fairer und verlässlicher Partner bei Infrastrukturinvestitionen in den Sport- und für die Sportvereine. 60.000,-- Euro ist der Antrag, der in drei Jahresraten bezahlt werden soll und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 21. Oktober 2016 wird dem ATSV Casa Moda Steyr Tennis für die Sanierungsmaßnahmen von 6 Sandplätzen und des Bewässerungssystems von 7 Sandplätzen eine außerordentliche Subvention in der Höhe von

€ 60.000,00 gewährt, die sich wie folgt aufteilt:

Budgetjahr 2016	€ 30.000,--
Budgetjahr 2017	€ 20.000,--
Budgetjahr 2018	€ 10.000,--

Zum genannten Zweck werden als erste Rate Mittel im Ausmaß von

€ 30.000,00 (iW dreißigtausend)

bei der VASSt. 5/269000/777000 im Rechnungsjahr 2016 freigegeben.

Die Raten für das Jahr 2017 und 2018 sind jeweils im Budgetvoranschlag des betreffenden Jahres vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 30.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall, dann ersuche ich, wer gegen diesen Antrag ist um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht, somit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech

GRⁱⁿ Michaela Greinöcker

GR Thomas Kaliba

GR Mag. Kurt Prack

GR Ing. Thomas Schurz, MSc

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke nächster Tagesordnungspunkt.

5) Sport-5/16 Sportehrenzeichenverleihung 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die Verleihung des Sportehrenzeichens soll hier beschlossen werden und zwar Sportehrenzeichen für Sportler in Bronze. Sie können das dem Amtsbericht entnehmen. Günter Schwarz - zweifacher Landesmeister im Strokeplay, Landesmeister im Matchplay. Andreas Müller - vom ÖAMTC Radsportclub Hrinkow, Petra Bergauer - vom LAC Amateure, 4-fache Landesmeisterin im Marathon, Thobias Müller – Landesmeister, 2-facher Landesmeister über die 400 Meter Hürden usw. und so fort....

Sportehrenzeichen für Sportler in Silber, auch hier gibt's klare Richtlinien, wer dafür in Frage kommt. In diesem Fall erfüllen die Kriterien der Harald Exl, von der Polizeisportvereinigung Steyr, der Andreas Graf vom Radsportclub Hrinkow, der Helmut Aigner vom ASKÖ Kampfsportverein Steyr und der Markus Gusenbauer, ebenfalls vom ASKÖ Kampfsportverein Steyr, der war 5-facher Landesmeister, nur als Beispiel. Und dann haben wir auch noch ein Sportehrenzeichen für Funktionäre in Gold zu vergeben und zwar an den Hubert Hochbauer, der seit vielen Jahrzehnten bei der ASV Bewegung Steyr in maßgeblicher Funktionärsfunktion tätig ist. Ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer für die Sportlerehrenzeichenverleihung ist, für diese angesprochenen Personen, ein Zeichen mit der Hand, bitte. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 24. Oktober 2016 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das

Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß § 65 (2) 3. der Ehrenzeichenrichtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in bronzenener Ausführung** für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die **dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, als auch für die **fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für **Silber oder Bronze bei einer Jugend-, Junioren- oder U23 Welt- bzw. Europameisterschaft** oder **olympischen Jugendspielen** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. **GÜNTER SCHWARZ, Jg. 1963 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**
2-facher Landesmeister im Strokeplay 2013 und 2016
Landesmeister im Matchplay 2013
3-facher Landesmeister im Bahngolf mit der Herrenmannschaft
2013, 2014 und 2016
2. **ANDREAS MÜLLER, Jg. 1979 – ÖAMTC Radsportclub Hrinkow Steyr**
Staatsmeister 2015 im Madison mit Andreas Graf
Staatsmeister 2016 im Madison mit Andreas Graf
Vizestaatsmeister 2016 im Scratch
3. **PETRA BERGAUER, Jg. 1968 – LAC Amateure Steyr**
4-fache Landesmeisterin im Marathon 2008, 2011, 2012 und 2013
4. **TOBIAS MÜLLER, Jg. 1998 – LAC Amateure Steyr**
Landesmeister 2015 über 400 m Hürden
2-facher Landesmeister 2016 über 400 m Hürden und im 400 m-Lauf
5. **DOMINIC HEJHAL, Jg. 1987 – Turn- und Sportunion Steyr**
3-facher Landesmeister 2011, 2013 und 2014 im Tennis Herren Doppel
2-facher Landesmeister 2013 und 2014 im Tennis Herren Einzel
6. **SAMANTHA WEBER, Jg. 1986 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr**
2-fache Landesmeisterin im Kickboxen Semikontakt -70 kg 2010, 2012
Landesmeisterin im Kickboxen Semikontakt +70 kg 2011
Landesmeisterin im Kickboxen Leichtkontakt +70 kg 2011
7. **GERALD WOLFTHALER, Jg. 1990 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr**
2-facher Landesmeister im Kickboxen Leichtkontakt +94 kg 2014, 2015
Landesmeister im Kickboxen Pointfighting +94 kg

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN SILBER:

Gemäß § 65 (2) 2. der Ehrenzeichenrichtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in silberner Ausführung** für die **dreimalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die **fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für einen **Sieg bei der Jugend-, Junioren- oder U23 Welt- bzw. Europameisterschaft** oder **olympischen Jugendspielen** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. **HARALD EXL, Jg. 1965 – Polizei-Sport-Vereinigung Steyr**
Staatsmeister im Bahngolf mit der Herrenmannschaft (als Leihspieler beim

ASKÖ MSC Steyr)

2-facher Landesmeister im Matchplay 2014 und 2015

5-facher Landesmeister mit der Herrenmannschaft 2010, 2013, 2014, 2015, und 2016

2. ANDREAS GRAF, Jg. 1985 – ÖAMTC Radsportclub Hrinkow Steyr

2-facher Staatsmeister 2015 und 2016 im Punkterennen

2-facher Staatsmeister 2015 und 2016 im Madison mit Andreas Müller

3. HELMUT AIGNER, Jg. 1989 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr

2-facher Landesmeister im Kickboxen Semikontakt -57 kg 2007, 2010

2-facher Landesmeister im Kickboxen Pointfighting -63 und -57 kg 2014, 2015

2-facher Landesmeister im Kickboxen Leichtkontakt -57 kg und -63 kg 2015

4. MARKUS GUSENBAUER, Jg. 1984 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr

5-facher Landesmeister im Kickboxen Leichtkontakt -74, -79 und -84 kg 2009, 2013 und 2015

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß § 66 der Ehrenzeichenrichtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer **25jährigen Tätigkeit** ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das **50. Lebensjahr erreicht** und in den **letzten zehn Jahren** eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. HUBERT HOCHBAUMER, Jg. 1952 – ASV Bewegung Steyr

1990 bis 1996 Mannschaftsführer und Schriftführer-Stv. der Sektion Stocksport

1997 bis 2003 Schriftführer der Sektion Stocksport

2004 bis dato Obmann-Stv. vom Hauptverein ASV Bewegung Steyr

2004 bis dato Sektionsleiter der Sektion Stocksport

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech

GRⁱⁿ Michaela Greinöcker

GR Thomas Kaliba

GR Mag. Kurt Prack

GR Ing. Thomas Schurz, MSc

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Dr. Markus Spöck, MBA

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster, bitte.

6) Fin-198/11 Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Errichtung einer Parkgarage samt Verbindungssteg.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster und vorerst letzter Tagesordnungspunkt ist eine Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung über die Errichtung einer Parkgarage samt Verbindungssteg. Wie sie dem Amtsbericht entnehmen können, sieht man wie juristisch kraus oft Gehirne funktionieren. Die Banken verlangen von den Investoren, die diese Garage und den Steg bauen, jetzt eine Zusicherung, dass sie, falls die Gesellschaft in Konkurs geht, dort im Endeffekt selber, oder auch mit Dritten, in den Vertrag einsteigen können. Dass dieselben Rechtspersonen auch

dieselben Rechtsmöglichkeiten haben. Selbstverständlich nehmen wir das dezidiert auch in diesen Vertrag auf. Darum geht es in diesem Antrag, weil für die Stadt nur wichtig ist, dass dort eine Garage betrieben wird und auch in Zukunft betrieben werden muss. Und dann, und das habe ich gemeint mit krause Gedanken, wollen sie noch eine Vertragsabsicherung, dass die Stadt nicht irgendwann einmal eine Gebühr für den Steg verlangt, weil, wenn wir eine Gebühr für den Steg verlangen würden, dann könnte das dem Geschäft der Garage schaden. Also wir werden auch in 100 Jahren für den Steg keine Gebühr verlangen und aus dem Grund können wir auch das ruhig auch zusichern, damit sich dann die Juristen ganz sicher fühlen, dass das Raubrittertum nicht wieder zurückkehrt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay, also wir werden dort keine Zollstation errichten. Der Herr Dr. Zöttl hat sich bitte sehr zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Dankeschön. Sehr geehrte Damen und Herren, wir von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion haben ja von Anbeginn an die Errichtung bzw. den Bau der Dukartgarage, die man da drüben sieht, positiv sind wir dem gegenübergestanden. Zum einen, weil wir sehen, dass es ein Mehrwert für die Stadt ist, also auch für die Geschäfts- und Wirtschaftstreibenden in der Stadt. Wir haben auch immer zugestimmt, wenn es darum gegangen ist, wenn man die Beteiligung mit 1,6 Mio. Euro, da waren wir auch dafür. Wir haben auch den vergangenen Verträgen immer deshalb zugestimmt. Wir haben aber immer davon gesprochen, dass unser Vertragspartner, die Betreibergesellschaft mit den namhaften Personen rund um den Dkfm. Fördermayr, welche aus unserer Sicht aus auch aus einem gewissen Idealismus zur Stadt diese Garagen betreiben wollen und das auch gemeinsam mit der Stadt. Aber heute stimmen wir sozusagen zu, einem neuen Vertragspartner und das ist in diesem Fall die Raiffeisenbank, die als Finanzier der Betreibergruppe sozusagen im Hintergrund ist. Jetzt ist unsere Überlegung, wir von der freiheitlichen Fraktion gehen aber schon davon aus, dass auch weiterhin unsere Vertragspartner diejenigen sind, die ursprünglich und auch in der Vergangenheit in den Verträgen genannt wurden. Für uns ist es nicht zweitrangig, so wie im Amtsbericht steht, wer als Vertragspartner auftritt. Und da hätten wir gerne eine Aufklärung, ob das so der Fall ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es ist so der Fall. Es ist ja nur „pro futuro“, falls irgendwann diese Gesellschaft mit den genannten Investoren in Konkurs geht, dann kann ein anderer Vertragspartner, an den da das Recht „überbunden“ wird, in diesen Vertrag einsteigen. Eine ganz eine normale Geschichte. Das ist wirklich nur eine Absicherung, falls da irgendwas wirtschaftlich passieren würde, von dem wir nicht ausgehen, kann dann der Vertragspartner dort einsteigen. Von mir aus die Bank oder wie auch immer. Das ist eine ganz eine normale Sache, die so auch da ist. Aber und das ist damit gemeint im Amtsbericht, von der Sache her ist es für die Stadt egal, weil wir schauen, dass das eine Garage bleibt. Und wir haben gesagt, weiß ich nicht was er...., macht er da eine Champignonzucht dann irgendwann daraus, das möchten wir nicht. Und egal wer in den Vertrag dann....., wirklich nur alles Theorie, einsteigen muss, weil der andere in Konkurs gegangen ist, hat die selben Verpflichtungen wie der jetzige Investor.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Zusatzfrage: „Und warum passiert das gerade jetzt zu diesem Zeitpunkt?“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Weil die das gerne hätten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Von der Bank?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Von der Bank, genau. Das ist der Wunsch der Bank an den Födermayr und an die Investorengruppe. Genauso wie dieses komische Konstrukt mit der Maut, dass wir das ausschließen für den Steg. Das ist nur zur Absicherung, weil sich die Banken alle so fürchten. Deine Bank, weiß ich nicht, Markus. Grundsätzlich fürchten sich die mittlerweile so, dass wenn du einen Kredit willst für 10.000,-- Euro, du eine Sicherheit bringen musst für 20.000,-- Euro. Vielleicht ist das ein „Basel IV Schaden“, keine Ahnung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Vielleicht ist das die Sicherung seines Arbeitsplatzes.

Unverständliche Zwischenrufe und Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte, Kollegin Frech hat sich gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ja, ich darf den Kollegen Zöttl und die Gemeinderatsfraktion der freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen beruhigen. Wir haben beispielsweise als Fraktion, das zwar auch immer befürwortet, dass es diese Garage geben soll. Wir haben aber von Anfang an immer eingefordert, dass wir eine Vertragsgestaltung haben, die immer zu Gunsten auch der Stadt geht. Dass wir unser Risiko beschränken. Das ist dann auch passiert. Wenn sie z.B. daran denken, dass ursprünglich im Vertrag drinnen wir, dass wir sämtliche Planungskosten übernehmen, die entstanden sind und die dann übernehmen, wenn das Projekt nichts wird, das haben wir alles reduzieren können, das heißt, wir sind unverdächtig, dass wir uns das nicht anschauen. Aber zur Beruhigung, da geht es wirklich nur darum und ich bin kein Denker, aber die Usancen sind mir bekannt, dass sich die Raiffeisenbank absichert. Das ist bei jeder Geschichte wenn sie ein Darlehen haben, bei Sicherung mit einem Grundstück, mit einem Gebäude etc. Das ist eine Absicherungsmaßnahme, die uns nur recht sein kann! Weil, stellen sie sich vor, wir sehen es jetzt da drüben, ich hoffe und gehe davon aus, man weiß es nie, dass niemand da in Konkurs geht, aber wenn, hätten wir sonst die Situation, dass da ein halbfertiges Objekt steht und kein Mensch betreibt es mehr. Und wir haben sogar verhindert, dass es weiterbetrieben werden kann. Das heißt, ganz im Gegenteil, es ist eine gute Situation für uns in der Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Gibt es noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich um Zustimmung. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gibt es jemanden der dagegen stimmt? Stimmenthaltungen? Dem ist auch nicht der Fall, somit einstimmig angenommen. Damit sind deine Tagesordnungspunkte erschöpft und ich gebe das Wort zurück.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 04.11.2016 wird dem Abschluss einer Zusatzvereinbarung mit der Raiffeisenbank Region Steyr eG unter Mitbeteiligung der Stadtplatzgarage Steyr GmbH zur Vereinbarung über die Errichtung einer Parkgarage samt Verbindungssteg vom 03.03.2014 sowie Nachtrag zur Vereinbarung über die Errichtung einer Parkgarage samt Verbindungssteg vom 02.06.2016 entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GR Thomas Kaliba
GRⁱⁿ Helga Feller-Höller
GR Mag. Kurt Prack

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und darf den Herrn Vizebürgermeister Hauser um seine zwei Tagesordnungspunkte ersuchen, bitte Willi.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

7) GHJ2-51/16 Erneuerung Funcourt Resthof.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse, geschätztes Präsidium. Mein erster Tagesordnungspunkt befasst sich mit der Erneuerung des Fun-Courts im Resthof. Wenn sie sich erinnern können bzw. demnächst wird die Einladung bei ihnen eintrudeln, dass dort die Kletterhalle errichtet wurde, hatten wir uns ja zwei Mal auch inklusive damit im Liegenschaftsausschuss befasst und haben also dort gesagt, es soll also der Fun-Court, der dort weg muss und der sowieso schon baufällig war, an einer gleich daneben liegenden Stelle neu errichtet werden und bereits vorher fertig sein, bevor der Alte dann zur Gänze weggerissen wird. Das haben wir gemacht und haben ursprünglich vereinbart gehabt, dass das nächstes Jahr finanziert wird. Jetzt ist es so, dass die Arbeit abgeschlossen ist, der Fun-Court schon in Betrieb ist und die Finanzdirektion vorgeschlagen hat, das jetzt sozusagen mittels einer Kreditüberschreitung und im Nachtragsvoranschlag auszufinanzieren. Die Vergabe war eine Innenhausvergabe an die Kommunalen Betriebe der Stadt Steyr. Dadurch wurde das auch möglich, dass wir das gleich durchgeführt haben. Ich ersuche, dieser Kreditüberschreitung und der Ausfinanzierung dieses Fun-Courts zuzustimmen. Im Nachtragsvoranschlag haben sie ja jetzt schon zugestimmt, dass das hier aufgenommen ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor, somit kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt, Stromliefervertrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 13.09.2016 wird zur Durchführung der internen Verrechnung „Erneuerung Funcourt Resthof“ mit den Kommunalbetrieben Steyr ein Betrag von € 68.300,-- genehmigt.

Zur finanziellen Bedeckung dieser Maßnahme wird

- einer Mittelfreigabe in Höhe von € 68.300,--

bei Voranschlagsstelle 5/815000/050080 (Park- und Gartenanlagen, Sonderanlagen) zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 68.300,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderten Beschluss herbeigeführt werden.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR Thomas Kaliba

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

8) EN-7/13 Vergabe des Stromlieferauftrages für die Kalenderjahre 2017 bis 2018

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich danke und komme jetzt zum nächsten Antrag, das ist der Nachtrag zum Stromliefervertrag, der also mit dem Ablauf des heurigen Jahres endet. Wir hatten ja ursprünglich einen Stromliefervertrag ausgeschrieben, damals europaweit, mit den Vorgaben, die wir uns alle gemeinsam vereinbart haben, dass es also ein Ökostrom sein soll und der auch dieser Garantie unterliegt. Es ist damals bei der Ausschreibung, nur die Energie AG angeboten und wurde auch als Bestbieter hier dementsprechend fixiert. Und nachdem wir ja mit der Energie AG in einem sozusagen Art Geschäftsverhältnis stehen, weil wir aufgrund von Altverträgen von der Energie AG ja immer noch Ablösen bekommen, bzw. Zahlungen bekommen, haben wir dieses Mal die Option gezogen, den Vertrag zu verlängern. Und wir haben uns also auf die Gamaschen gemacht, um hier zu verhandeln. Und ich glaube, wir haben ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt. Wir hatten ursprünglich einen Preis von 4,7 Cent und sind jetzt für die Kilowattstunde auf 3,2 Cent heruntergekommen, wobei ich schon auch dazu sage, dass wir auf die 10-prozentige Rabattierung für unsere hauseigenen Anlagen dabei verzichten. Insgesamt bringt das eine Ersparnis im Jahr von 71.000,-- Euro und ich glaube daher, dass wir und das bei einem Zahlenvolumen das wir haben von 217.000,-- Euro im Jahr, das bedeutet also, dass wir uns ungefähr um ein Drittel verbilligt haben. Dieser Vertrag, dieser Nachtrag sozusagen, gilt jetzt für 2 Jahre. Und dann werden wir darüber beraten, ob wir noch einmal verlängern oder ob wir neu ausschreiben müssen. Das werden wir also dann sehen, wie sich auch die Preisentwicklung darstellt. Ich weiß nicht, wenn sie aufmerksame Nachrichtenhörer und Nachrichtenleser sind, haben sie ja gehört, dass es sozusagen zu einer Trennung zwischen dieser Bieterge..., also zwischen diesem Stromkreis kommen kann, zwischen Gemeinschaft zwischen Österreich und Deutschland und dass es dazu kommen könnte, dass sich dadurch der Strompreis um 10-15 Prozent erhöht. Jetzt sind wir einmal zwei Jahre in dieser Sicherheit und ich hoffe, dass wir alle gemeinsam sozusagen uns hier darauf einigen können. Dass wir natürlich auch über diese Preissituation, die wir hier ja haben, Stillschweigen bewahren, weil es wäre nicht gescheit, wenn man also hier das gesamte Vertragswerk womöglich heißer liest. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich, der Herr Gemeinderat Zöttl, bitteschön.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben im Ausschuss natürlich auch schon ausführlich darüber diskutiert und es ist auch vorgetragen worden. Wir, vorab einmal von der freiheitlichen Fraktion, wir werden auch zustimmen. Ich habe nur zwei, drei ergänzende Fragen und zwar haben wir vorher im Vertrag gehabt 4,7 Cent wurden bezahlt, das heißt, die 10 Prozent sind da schon abgezogen worden?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nein, da waren sie nicht abgezogen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Okay, weil darum, das war mir nämlich unschlüssig jetzt. Jetzt zahlen wir 3,2 Cent, was kein schlechter Preis ist, oder ein guter Preis ist. Das heißt, die 4,2, weil da steht, 4,2 Cent, wurden bezahlt und die Einsparung pro Kilowattstunden ist 1,5 Cent. Das heißt, es sind dann nicht die 1,5 Cent, darum steht da circa, sondern sind um 1 Cent, 1,03 Cent

was wir uns ersparen. Darum, das hat mich verwirrt und darum bin ich nicht ganz schlüssig geworden mit den Zahlen. Das Nächste ist, in der Zusatzvereinbarung was von 1963 ist, da steht drinnen, dass wir die 10 Prozent Ermäßigung, die sie mir jetzt gerade gesagt haben, dass die noch nicht abgezogen worden sind von den 4,7 Cent/kwh. Die ist jetzt zeitlich unterbrochen für den neuen Vertrag der für 2 Jahre gilt, von 1.1.2017 bis am 31.12.2018. So wie ich das heraus lese, gilt der Vertrag dann wieder, wenn wir wieder mit der Energie AG einen Vertrag abschließen sollten, dann gilt dieser Vertrag von 1963 weiter und dann haben wir wieder diese 10 Prozent, wenn es wäre. Und, wie sie richtig gesagt haben, an den Börsen wird der Strompreis gehandelt, da ist ein ständiges auf und ab. Nur zur Information, im Februar war der Tiefstand mit 2,2 Cent, aber meistens bewegt er sich bei 3 und 4 Cent/kwh, deshalb ist das ein ganz guter Preis. Das Nächste, was mir noch aufgefallen ist, oder was ich noch gerne wissen möchte ist, und zwar, sind da die Positionen dann angegeben, für was wir den Strom bezahlen? Und da sieht man für Straßenbeleuchtung, Kindergärten,... ist mir alles klar. Schulen, Feuerwehrdepot, WC-Anlagen und die ganzen anderen städtische Betriebe... Und dann gibt es auch Messungen und bei vielen wird nicht gemessen und das würde ich auch gerne sehen. Dass man sagt, okay, wo könnten wir Energie einsparen? Damit man auch Messungen durchführt, damit man sieht, wo gibt es Veränderungen? Wo könnte man Einsparungen noch vornehmen? Wo ist ein großer Stromverbrauch? In diesem Zuge, wie ich das durchgesehen habe, ist mir aufgefallen und da wollte ich noch zusätzlich wissen, warum z.B. auf Seite 7 und im Nachtrag lese ich da, das Objekt in der Gaswerksgasse 2, das Kulturhaus Röda, warum bezahlen wir den Strom auch für das Kulturhaus Röda ist meine Frage und warum da auch nicht gemessen wird? Also generell würde ich mir wünschen, es wäre gut, um Einsparungspotential zu erkennen, dass man Messungen durchführt. Soweit es möglich ist. Ist mir klar, dass das nicht überall möglich ist. Aber prinzipiell wäre das als Einsparungspotential gut zu wissen, wo fließt der Strom hin was die Stadt Steyr bezahlt und wo könnte man noch einsparen? Das wären meine Fragen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Dann der Referent, bitte. Vielleicht kannst du...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also erstens einmal möchte ich aufklären, also es ist nicht so, dass wir 10 Prozent auf jede Kilowattstunde bekommen, sondern wir bekommen 10 Prozent auf die Messpunkte der Stadt Steyr. Das heißt, das macht aufgrund des verbrauchten Stromes und was überall gemessen wird, auf den stadteigenen Messpunkten, kommt es also dann zu einer Verbilligung oder einer „Rabattisierung“ von ca. 20.000,-- bis 30.000,-- Euro insgesamt. Daher stimmt das mit den 1,03 nicht ganz. Also, so kann man das nicht ausrechnen, also darum habe ich gesagt, wir sind bei 71.000,-- Euro sozusagen, die wir verbilligt haben. Diesen Strom, die Kosten für den Strom und bei den Messpunkten, also das ist für mich jetzt eine technische Frage, das kann ich so nicht beantworten, warum das eine oder andere.... Aber, ich werde natürlich versuchen, hier die Information zu..., ich weiß nicht, Manfred, kannst du? Der Kollege Hübsch kann dann da vielleicht noch etwas dazu sagen. Aber grundsätzlich ist es also so, dass wir immer bereit sind überall nachzusehen, wo man einsparen kann und was man tun kann. Und möchte nur zurück erinnern, gerade z.B. wenn ihr euch erinnert, dass wir ab 22:00 Uhr in den Nebenstraßen überall jede zweite Laterne ausschalten und all diese Dinge. Also, wir sind da wirklich sehr extrem und natürlich werden wir immer „darauf“ bleiben, zu versuchen das zu tun. Vielleicht kannst du jetzt noch kurz...

MAG. DR. MANFRED HÜBSCH:

Ja, geschätzte Damen und Herren und Herr Gemeinderat Zöttl insbesondere, zu ihrer Anfrage betreffend der Messpunkte möchte ich ihnen vielleicht aus technischer Sicht ganz kurz erläutern, das ja die Energieversorger bestrebt sind neuerdings nicht mehr die altmodischen Zählsysteme weiterzuverwenden, sondern es erfolgt eine Umstellung auf „Smart Metering“. „Smart Metering“ erlaubt ein Fernablesesystem vom jeweiligen Strombetreiber und das ist mit diesen Messprotokollen und Messungen gemeint. Ich kann es ihnen jetzt nicht mit

100%iger Sicherheit sagen, aber ich denke, das alte Objekt, wo ja im Röda unten noch ein Stromzähler errichtet ist, besitzt noch kein „Smart Meteringssystem“. Und deswegen scheint dieses Objekt nicht unter den Messprotokollen auf. Ist eine rein technische Frage. Hat nichts mit Kontrolleinsparungen zu tun. Es wird „althergebracht“ händisch abgelesen und die Daten an den Energieversorger übermittelt. Das ist der Unterschied zu den beiden Varianten.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED (*vom Platz aus*):
Warum überhaupt vom Röda der Strom bezahlt wird?

MAG. DR. MANFRED HÜBSCH:
Ich habe es akustisch nicht verstanden.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED (*vom Platz aus*):
Warum der Röda überhaupt keinen Strom bezahlt?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ich nehme an, dass das vertraglich so festgelegt ist.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER (*vom Platz aus*):
Nein, die Betriebskosten müssen sie selber zahlen, steht...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dann wird das sicherlich rückverrechnet.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ich glaube, dass das vorgeschrieben wird. Wir werden uns das anschauen.

MAG. DR. MANFRED HÜBSCH:
... und der Pächter bezahlt, das kann man aber dann im Mietvertrag....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Betriebskosten selbst, da müsste der Strom auch dazu gehören. Wir werden uns das anschauen, die Information kommt!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Also sie werden auf alle Fälle die Information bekommen von uns, danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen neuen Stromlieferauftrag ist, bzw. den neuverhandelten Preis, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke für die Berichterstattung. Darf nun den Herrn Vizebürgermeister Dr. Zöttl ersuchen, bitte Helmut.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 10.10.2016 wird

- der Energie AG Oberösterreich Vertrieb GmbH & Co KG, Böhmerwaldstraße 3, 4021 Linz, der Auftrag für die Lieferung von elektrischer Energie für städtische Einrichtungen für die Kalenderjahre 2017 bis 2018 verbrauchsabhängig in Höhe von dzt. € 432.000,00 (netto) zzgl. aller Steuern, Abgaben, und Netzdienstleistungen erteilt und
- dem Abschluss des beigeschlossenen Energieliefervertrages samt Zusatzvereinbarung mit der „Energie AG Oberösterreich Vertrieb GmbH & Co KG, Linz“, die Zustimmung erteilt.

Die Verrechnung der Kosten in Höhe von dzt. € 432.000,-- netto (jährlich ca. € 216.000,00) zuzüglich der gesetzlich geregelten Steuern, Abgaben und Netzdienstleistungen erfolgt auf verschiedenen Betriebskosten-Strom-Voranschlagsstellen (1/xxxxxx/600000).

Erfahrungsgemäß ist der Strompreis derzeit mit einem Faktor von 3,25 zu multiplizieren, um die Stromgesamtkosten (inkl. der gesetzlich geregelten Zusatzkosten) zu erhalten.

Die erforderlichen Mittel sind im ordentlichen Haushalt auf den oben beschriebenen Betriebskosten-Strom-Voranschlagsstellen vorgesehen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

9) K-1/16 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2015“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei meinen beiden Tagesordnungspunkten geht es zum einen um die Verleihung des Steyrer Panthers 2015, der wie jedes Jahr an zwei Hauseigentümer, die ein denkmalgeschütztes Haus vorbildlicher Weise saniert oder restauriert haben und eine Person, die sich praktisch oder theoretisch besonders dafür eingesetzt hat. In diesem Fall sind es jetzt der Herr Mag. Friedrich Rössler von der evangelischen Kirche und Pfarrgemeinde, die österreichischen Bundesforste, vertreten durch die Frau Petra Klinser und für die theoretische Leistung, den Herrn Mag. Josef Weninger, auch jedenfalls für die evangelische Pfarre am Bahnhof. Da bitte ich um eine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich kann nur sagen dieser Steyrer Panther den damals der Dr. Kaiser ins Leben gerufen hat, das ist wirklich etwas Gutes, wo wir wirklich die Wertschätzung ausdrücken können für Menschen und Institutionen, die sich hier besonders verdient machen um denkmalgerechte Sanierungen und Renovierungen und da haben wir diesmal eben diese genannten Persönlichkeiten und holen wir vor den Vorhang. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 15. September 2016 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmalern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs.1 der Richtlinien werden genannt:

1. Herr Mag. Friedrich Rössler, Evangelische Pfarrgemeinde, Bahnhofstraße 20-22 für die Innen- und Außensanierung der evangelischen Pfarrkirche
2. Frau Petra Klinser, Österreichische Bundesforste, Berggasse 2 für die Sanierung der ehemaligen Stallungen im Schloss Lamberg
3. Herr Restaurator Mag. Josef Weninger

Für die Restaurierung der evangelischen Pfarrkirche

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech

GRⁱⁿ Maria Lindinger, MSc

GR Ing. Franz-Michael Hingerl

10) BauGru-40/16 Bebauungsplan Nr. 39.2, Änderung Nr. 1 – Aufhebung Taborland; Beschluss.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Beim nächsten Tagesordnungspunkt, geht es um den Bebauungsplan Nr. 39.2. Wir haben schon einige Male darüber gesprochen. Im Bauausschuss am 16.6.2016 und auch im Stadt-senat wurde er schon behandelt, das war im Mai 2016. Da geht es um die Fläche von 9.700 m² am Tabor, die sozusagen vom Taborland, die Fläche inklusive Tankstelle und da gibt es einen sehr engen Bebauungsplan, der sozusagen die Umbauarbeiten des Taborlands, wenn es neu gebaut wird, sehr massiv einschränken würde. Und da gibt es, von der Seite der Fachabteilung erscheint es zweckmäßig, hier den Bebauungsplan generell aufzuheben. Weil durch die Flächenwidmung das sowieso geregelt ist, dass es dort nur ein Gebiet für Geschäftsbauten mit Gesamtverkaufsfläche von maximal 9.700 m² gibt und auch das Ganze im Gestaltungsbeirat geregelt werden wird. Eine Neuerstellung des Bebauungsplanes scheint nicht sinnvoll. Daher geht das Ersuchen um Aufhebung dieses Bebauungsplanes.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte, Gunter.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzte Damen und Herren, auch wir werden diesem Antrag die Zustimmung geben. Ich möchte nur auf eines darauf hinweisen, dass es sinnvoll wäre, wenn man einen Bebauungsplan aufhebt, dass man dann einen neuen erlässt, ein Neuplanungsgebiet. Warum? Diese 9.700 m², die der Kollege Zöttl angeführt hat, das sind reine Verkaufsfläche. Und derzeit sind auch dort nur reine Verkaufsfläche. Nach der Bauordnung ist damit nicht erfasst, z.B. eine Bruttogeschoßflächenzahl, das heißt, man kann natürlich andere Flächen, die nicht reine Verkaufsflächen sind, dann zusätzlich dazu bauen. Und das sollten wir schon, in unserem Interesse, so reglementieren, dass nicht ein Wildwuchs entsteht. Wir wissen auch nicht, derzeit haben wir einen verlässlichen Geschäftspartner, den Herrn Weiß am Tisch sitzen, aber wir wissen nicht, wenn verkauft wird, wer dann am Tisch sitzt. Und der womöglich das komplett ausreizt, erinnere nur ans Kasernengebiet, wo ja diese Begriffe auch klar getrennt wurden und ausgenutzt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Noch jemand? Ja bitte, der Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ja, ich kann meinem Vorredner in gewisser Art und Weise, Recht geben. Dass es immer Für und Wider gibt. Aber, in diesem Fall und das ist auch analog zum Kasernenareal, wir wissen es ja, der Gestaltungsbeirat und da ist ja z.B. die Erstvariante abgelehnt worden. Und die Zweitvariante sozusagen erst zum Tragen gekommen. Und damit ist ein gewisses Regelwerk ja eigentlich schon inbegriffen. Ich

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER (*vom Platz aus*):

Der Gestaltungsbeirat sagt noch nichts über den Bau.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Ja, aber das ist so.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke für die Berichterstattung. Ich darf nun den Herrn Stadtrat Mag. Kaufmann ersuchen, bitte Reinhard.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen wird die Bebauungsplanänderung Nr. 39.2, Änderung Nr. 1 – Taborland - entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 17.06.2016 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 12.10.2016 beschlossen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GRⁱⁿ Maria Lindinger, MSc

BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

11) Umw-4/98 Aufhebung der Solarförderrichtlinie der Stadt Steyr.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, meine Damen und Herren. Ich darf als Erstes einen Antrag aus dem Umweltausschuss hier stellen. Und zwar geht es um die Solarförderrichtlinien, die am 19. Mai 2011 vom Gemeinderat geschlossen wurden. Der Anlass für diesen Antrag ist, das seitens des Landes Oberösterreich die Förderung für die hier auch von der Stadt Steyr geförderten Objekte oder Maßnahmen ausläuft und die Förderung durch das Land eine der Voraussetzungen für eine Förderung durch die Stadt in dieser Richtlinie ist. Deswegen haben wir im Umweltausschuss darüber diskutiert, wie gehen wir mit dieser Situation um und sind, ich glaube einstimmig, wenn ich mich richtig erinnere, zu dem Schluss gekommen, dass es aus den gleichen Überlegungen die das Land bewogen haben hier diese Förderung zurückzunehmen, uns dem anschließen sollten und auch seitens der Stadt diese Förderung insgesamt einstellen. Wobei ich darf ergänzen, wir von der GRÜNEN-Fraktion her, und wir haben das in Gesprächen ja teilweise auch schon angesprochen, der Meinung sind, dieses Geld, das hier eingesetzt wurde sollte weiterhin Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen. Das werden wir in den Budgetverhandlungen noch zu einem Ende bringen, hoffe ich, aber inhaltlich ändert das nichts daran, dass es aus unserer Sicht sinnvoll ist, diese Richtlinie hier aufzuheben und ich bitte, dem zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Zu Wort gemeldet Gemeinderat Zöttl bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BEd:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe nur ganz eine kurze Wortmeldung. Ich wollte das nur sagen, ich finde das sehr loblich von der GRÜNEN Fraktion. Sie wissen, die finanzielle Situation in Stadt Steyr ist nicht die Beste. Und die GRÜNE Fraktion hilft natürlich mit der Einsparung dieser Förderung von Solaranlagen Steyr Geld zu sparen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das Einsparpotential hält sich leider in Grenzen, weil wir die letzten Jahre keine ausgezahlt haben.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

....ganz wenig, ja Wille steht für's Werk. Fertig? Alles aufgeklärt? Alles gesagt? Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte, dein nächster Punkt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stabsstelle Umweltmanagement der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 28.9.2016 wird die „Richtlinie zur Förderung von thermischen und photovoltaischen Solaranlagen in der Stadt Steyr“ vom 19. Mai 2011 mit Ablauf des 30. April 2017 aufgehoben.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

12) Abfall-21/97 Gasstation - Rückbau der Gasaufbereitungsanlage und Anpassung der Gasfackel an den Stand der Technik gem. §37 Abs. 4 AWG 2002; Auftragsvergabe.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Mein zweiter Antrag bezieht sich auf unsere Reststoffdeponie. Im Rahmen der Modernisierung, die wir ja im Budget schon lange vorgesehen haben und wo eben heuer einige Schritte gemacht werden konnten, steht ein neuer Schritt an, der gemeinderatspflichtig ist. Das geht hier um 201.262,77 Euro. Und zwar um die Erneuerung der Gasaufbereitungsanlage und Gasfackel, die einfach notwendig ist, um hier diese Deponie sicher und entsprechend den Gesetzen zu betreiben. Wir haben das dafür vorgesehene Budget aufgrund der Überlegungen was das kosten könnte nicht voll ausgeschöpft. Also ich glaube, es wurde hier im Rahmen der Möglichkeiten sparsam umgegangen. Technisch und rechtlich ist es notwendig das zu machen und ich bitte hier um Zustimmung zu dieser Investition.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mit liegt keine Wortmeldung vor. Gibt es jemanden der gegen diesen Antrag ist? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit wurde auch dein zweiter Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Stadtrat Dr. Schodermayr ersuchen, bitte Michael.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV im Auftrag der Stadt Steyr vom 18.10.2016 wird der Auftragsvergabe an die Firma Gastechnik Himmel GmbH, Industriestraße 3, 2100 Korneuburg zum Preis von € 195.400,75 exkl. USt. (€ 234.481,90 inkl. USt.) für den Rückbau der Gasaufbereitungsanlage und Anpassung der Gasfackel an den Stand der Technik zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von

€ 5.862,02 exkl. USt (€ 7.034,42 inkl. USt) bewilligt.

Die Mittel in Höhe von € 201.262,77 exkl. USt. sind bei der Voranschlagstelle 5/852100/010000 (Vorhaben V2/16 Sanierung Gasstation) im Budget 2016 vorgesehen.

Die Mittelfreigabe wird erteilt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 195.400,75 exkl. USt ohne Unvorhergesehenem bzw. € 201.262,77 exkl. USt. inkl. Unvorhergesehenem notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

13) K-51/16 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2016.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Danke. Liebe Gäste, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaillen 2016. Ich bitte um ihre Zustimmung zur Verleihung der Rettungsverdienstmedaille in Bronze für 15-jährige Mitarbeit für Rene Havelka, Christine Fritsch, Siegfried Pfeil, Petra Neustifter und für die Rettungsverdienstmedaille in Silber für 20-jährige Mitarbeit für Helmut Beck und Johannes Neustifter.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Gibt es jemanden, der gegenteiliger Auffassung ist, sich der Stimme enthalten möchte? Das ist nicht der Fall. Somit sind auch diese Verdienstmedaillen einstimmig beschlossen. Bitte nächster Punkt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 15. September 2016 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze** – für 15-jährige Mitarbeit
Rene Havelka
Christine Fritsch
Siegfried Pfeil
Petra Neustifter

Rettungsverdienstmedaille in **Silber** – für 20-jährige Mitarbeit
Helmut Beck
Johannes Neustifter

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

14) Fin-9/16 „Paraplü“ – Integrationszentrum für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 2016.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Gut, im zweiten Antrag geht es um die Subvention 2016 für das Paraplü Integrationszentrum. Ich denke, ich brauche das Paraplü hier ihnen nicht erklären. Es geht um die Summe von 29.700 Euro, die im Budget dafür vorgesehen sind. Ich bitte um Freigabe dieses...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet, Herr Stadtrat Dr. Ritter. Bitte.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Meine Damen und Herren. Hier geht es um eine weitere Zuwendung von ca. 6.000 Euro, 23.000 Euro waren es 2015. Jetzt sollen es 29.000 Euro sein. Wofür? Es ist für, unter anderem, oder meistens für Dolmetscherarbeiten, die für In- und Ausländer vollzogen werden. Und da stellt sich bei mir einfach die Frage, In- und Ausländer, wo sind wir eigentlich, wenn wir Inländer auch schon verdolmetschen müssen? Es gibt so viele Institutionen, die im Inland und auch im Ausland, mit Kurs, mit Deutschkursen die Leute, die zu uns wollen, die immigrieren wollen, die sie ausbilden. Ich verstehe nicht, dass es Inländer gibt, die einen Dolmetscher brauchen. Ich sag es ganz ehrlich. Für mich stellt sich da wirklich die Frage, ob wir einer weiteren, immer wieder einer weiteren Erhöhung dieser Subventionen zustimmen, oder ob wir irgendwann sagen, da ist ein Fehler in der Sozialpolitik, vielleicht auch in der Bildungspolitik, gemacht worden oder in der Integrationspolitik. Denn, die deutsche Sprache in Wort und Schrift ist doch ein Bestandteil, der wichtigste Bestandteil, unserer Bildung. Wir können von der FPÖ dem nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, die nächsten Wortmeldungen. Der nächste in der Reihenfolge ist der Stadtrat Mayrhofer, Kollegin Frech und der Gemeinderat Prack.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Vielleicht kann ich hier als Schulreferent auch beitragen. Auch unsere Direktoren nehmen die Dolmetscher in Anspruch und brauchen sie, damit für ausländische Mitbürger eben das verständlich ist, was gewollt wird. Das heißt, da geht es nicht nur darum, dass man für Österreicher einen Dolmetsch braucht, weil er nicht Deutsch versteht, sondern vielmehr auch, er braucht einen Dolmetsch, damit sein vis-à-vis, das nicht deutsch spricht, es versteht. Und damit hilft man auch, bitteschön, unseren Lehrern. Das heißt, bitte wirklich überlegen, ob das gescheit ist, dem nicht mitzustimmen. Ich würde mir das wirklich überlegen, weil es „täte uns auch in den Schulen weh“.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Gäste. Ja, den Schulpakt hat dankenswerterweise der Kollege Mayrhofer schon übernommen. Dem kann ich mich nur anschließen. Allerdings glaube ich liegt da einfach auch ein bisschen ein Irrtum vor. Das eine ist, was der Kollege Mayrhofer schon angesprochen hat, selbstverständlich, dass man diese Dolmetsch-Tätigkeiten braucht, gerade im Bildungsbereich. Das ist schlichtweg so. Das andere ist, es geht hier um ein Integrationsprojekt für In- und Ausländer. Es geht nicht um Dolmetscharbeiten, die man jetzt für einen Österreicher erledigt, in dem Sinn, dass der etwas übersetzt bekommt, das wäre ja absurd, sondern es geht darum, das war der Ursprungsgedanke dieses Projektes, dass man es schafft, durch präventive Maßnahmen, nachdem wir heute schon bei Prävention waren, es zu schaffen, dass In- und Ausländer friedlich zusammenleben. Und entstanden ist dieses Projekt ja auch aus der Zeit des Bosnienkrieges, und da hat es sehr viele Konflikte in Steyr gegeben. Und man kann stolz sein,

dass man so ein Integrationsprojekt damals initiiert hat. Weil in anderen Städten gleicher Größenordnung hat es sehr, sehr viele Konflikte gegeben und dieses Integrationsprojekt „Paraplü“ hat dazu beigetragen, hier sehr stark auch deeskalierend da zu sein. Und wir haben wirklich in Steyr diesbezüglich nicht Probleme, die andere Städte haben, weil wir rechtzeitig auf Integrationsarbeit gesetzt haben. Und Dolmetschtätigkeit ist ja nur ein ganz ein kleiner Part aus dem kompletten Projekt heraus. Also, ich würde sie bitten, als Fraktion, sich da einen Ruck zu geben und das zu unterstützen. Es ist sicherlich eine sinnvolle Arbeit.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, es ist im Amtsbericht hier wirklich auch aufgeführt, Sprache erlernen ist nur ein Teil. Bitte Mag. Prack, Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werde mich ganz kurz halten. Das „Paraplü“ leistet eine hervorragende Arbeit und ich glaube, dass man das Geld, das dort investiert ist, letzten Endes Geld spart. Im Prinzip hat es die Michaela eh schon gesagt. Was mich viel mehr stört ist das reflexartige „Nein“ in so einem Fall von Seiten der Freiheitlichen. Ich glaube, dass dieses Geld gut eingesetzt ist, ja, und ich glaube, dass sie der Stadt einen guten Dienst erweisen, wenn sie dem zustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, diesem Apell möchte ich mich anschließen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde, mit breiter Mehrheit angenommen. Bitte, nächster Punkt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 30. August 2016 wird der Caritas für Menschen in Not zur Fortführung des Integrationszentrums „Paraplü“ für das Jahr 2016 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 29.700,--

(Euro neunundzwanzigtausendsiebenhundert)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 29.700,-- werden bei der VSt. 1/429100/757000 V03/16 freigegeben.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **23**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **9**

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **0**

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

Vbgm. Wilhelm Hauser
GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber
GR Rudolf Schröder

15) SH-5/16 Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2017.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja, in meinem dritten Punkt geht es um die Caritas Familienhilfe. Um den Abschluss einer Leistungsvereinbarung für 2017, über 5.200 Stunden mit der Caritas Familienhilfe, die immer dann zu Hilfe gerufen wird, wenn eine Familie droht auseinanderzubrechen, speziell durch Tod oder Krankheit eines Elternteils. Ich bitte um die Freigabe der 180.000 Euro, die natürlich nur nach Bedarf abgerufen werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt, mobile Dienste.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 10.10.2016 wird **der Abschluss der Leistungsvereinbarung 2017 über 5.200 Leistungsstunden der Caritas Familienhilfe genehmigt** und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von

€ 180.000,00

(Euro Einhundertachtzigtausend)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2017 vorzusehen und werden im Wege einer Freigabe aus der VASt. 1/424000/728100, entnommen.

Die Auszahlung an die Caritas Linz erfolgt nach Rechnungslegung.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

Vbgm. Wilhelm Hauser
GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber
GR Rudolf Schröder

16) SH-2/16 Mobile Dienste / HKP, FSB „A“ und HH – Leistungsvereinbarung 2017.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Hier geht es ebenfalls um Leistungsvereinbarung, die auf Grund des Nullkostenmodells notwendig wäre. Für 2017 in der Gesamthöhe von 2.640.000,- Euro. Nahezu zu gleichen Teilen aufgeteilt zwischen Vita Mobile und Volkshilfe. Die Mittel sind, nur zur Erklärung, nicht zur Gänze im Endeffekt von der Stadt zu tragen. Das diplomierte Personal wird annähernd zur Gänze vom Land refundiert. FSBA und Heimhelferinnen werden zu 50 % vom Land subventioniert. Es bleibt für die Stadt Steyr ungefähr Nettokosten 1,2 bis 1,3 Millionen in diesem Bereich und ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier gibt es keinen Diskussionsbedarf. Wir kommen zur Abstimmung. Wie gesagt 1,3 Millionen trotzdem bei der Stadt. Das ist ein gewaltiger Betrag, aber in Summe ist es fast das Doppelte. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich. Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 10. 10. 2016 wird **der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarungen 2017 mit den Anbieterorganisationen „Vita Mobile – gemeinnützige GmbH“, Gottfried-Koller-Straße 2 und „Volkshilfe GSD Stützpunkt Steyr“, Leharstraße 24 über insgesamt ca. 60.000 Leistungsstunden für die Mobilien Dienste HKP, FSBA, HH in Steyr genehmigt** und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von Netto

€ 2.640.000,-

(Euro Zweimillionensechshundertvierzigtausend)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2017 vorzusehen und können im Wege einer Freigabe aus der VAST. 1/424000/728000, entnommen werden.

Die Auszahlung an die „Vita Mobile – gemeinnützige GmbH“ und „Volkshilfe GSD Stützpunkt Steyr“ erfolgt nach Rechnungslegung.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

Vbgm. Wilhelm Hauser

GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber

GR Rudolf Schröder

17) Präs-328/16 Resolutionsantrag – Die Grünen Steyr; Aktivpass für Steyr – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Der letzte Tagesordnungspunkt ist eine Premiere für mich. Es ist ein Resolutionsantrag der GRÜNEN, den ich irgendwie nicht selber vortragen mag, sondern ich darf den Matthias Kaltenböck bitten, dies zu tun.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte, Herr Kaltenböck. Sie sind am Wort.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, das ist der letzte Antrag heute. Es sind glaube alle schon ein bisschen müde, aber es ist trotzdem ein wichtiger Antrag über den wir auch entsprechend diskutieren sollten, also.....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bis 19:00 Uhr Zeit.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, ich habe auch den ganzen Abend dafür Zeit.

.... aber es ist trotzdem ein wichtiger Antrag, der auch diskutiert werden sollte. Genau. Also der Punkt ist, wir als GRÜNE Fraktion wollen einen Aktivpass. Also eine Ermäßigungskarte für all jene Menschen, die unter der Armutsgrenze leben müssen. Dieser Aktivpass soll diesen Menschen eben eine finanzielle Erleichterung im alltäglichen Leben ermöglichen. Das heißt, all diejenigen, die derzeit unter ca. 1.160,- Euro pro Monat zur Verfügung haben, das ist der derzeitige ungefähre Grenzwert den es gibt, sollen 60 Prozent auf die Tarife für den öffentlichen Verkehr an Ermäßigungen bekommen. Das heißt, statt 44,70 Euro für die Monatskarte, sollen diese Menschen mit diesem Aktivpass nur mehr 18,- Euro pro Monat für die Monatskarte bezahlen. Gleichzeitig soll für öffentliche Angebote im Rahmen der Stadt, im Einflussbereich der Stadt, also auf Eintritte in den Eislaufplatz, ins Hallenbad, ins Freibad und auch zu Veranstaltungen des Kulturamts, auch eine Ermäßigung von 60 Prozent gewährleistet werden. Zusätzlich dazu soll für den BezieherInnenkreis, also alle Menschen die unter der Armutsgrenze leben und das sind in Steyr ca., jetzt nicht an dieser Zahl festmachen, weil das ist ein eher an den Bundesdurchschnitt orientiert, 7.000 Menschen. 18 Prozent der österreichischen Bevölkerung fallen unter die Armutsgrenze, also sind von Armut bedroht. Und für diese Menschen soll auch die Jahresgebühr für die Stadtbücherei endlich erlassen werden. Das sind 18 Euro pro Jahr, die hier derzeit zu entrichten wären. Dieser Aktivpass soll auch unentgeltlich ausgestellt werden, das heißt die Menschen sollen nicht dafür bezahlen, dass sie diese soziale Unterstützung in Anspruch nehmen können, sondern sie sollen ihn, durch einen entsprechenden Nachweis ihrer Einkommensverhältnisse, ebenso ausgestellt bekommen. Ich glaube, wir glauben, in Zeiten der ständigen Kürzung, wo wichtige soziale Netze beschnitten werden, ist es ein dringend notwendiges Unterstützungsangebot für sehr, sehr viele Menschen die hier in Steyr leben. Und das möchte ich an zwei Hauptpunkten eigentlich festmachen, warum so eine Maßnahme gerade jetzt sehr wichtig ist und einen großen Stellenwert hat. Das Erste ist das, dass eine gewisse Würde und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen für alle ermöglicht werden sollte. Und das Zweite ist, dass Einschnitte, brutale Einschnitte teilweise, die an unserem Sozialsystem vorgenommen werden, uns als Stadt zu einem gewissen Grad vorzudrängen, dass wir unserer sozialen Verpflichtung nachkommen müssen und in unserem Einflussbereich, in unserem Einflussrahmen, dem entgegen wirken sollen. Zum ersten Punkt, ein Leben in Würde und das umschließt sehr viele Dinge, also das umschließt ein Grundrecht auf Mobilität, das umschließt ein soziales, ausgewogenes Sozialleben der Menschen, ist meiner Ansicht nach und nicht nur meiner Ansicht nach, sondern der Ansicht nach vieler Menschen, das Mindeste und eine Grundbedingung, die es eben gibt. Ein Leben in Würde. Aber diese Würde wird leider derzeit immer öfter verletzt. Durch extrem niedrige Löhne, durch Reallöhne, die seit Jahren sinken, das heißt, dass immer mehr Menschen, obwohl sie sehr viel arbeiten, sehr wenig Geld zur Verfügung haben und es viele Menschen gibt, die sich dadurch in einer prekären Lebenssituation befinden und mit sehr, sehr wenig finanziellen Mitteln eben auskommen müssen. Das führt dann dazu, dass ihr Wohlbefinden nicht mehr gewährleistet ist und teilweise das Leben und Überleben nur mehr sehr schwer und mit großen Anstrengungen bewältigt werden kann. Wir als Stadt sollten hier eben entsprechende Hebel in Bewegung setzen, Hebel die in unserem Einflussbereich liegen. Also, man erwartet sich ja keine großartigen Kunststücke, die man hier irgendwie machen sollte, weil es ist ja nicht möglich. Um eine Teilnahme am öffentlichen Leben eben zu ermöglichen. Und so Dinge wie eine leistbare Mobilität, also dass sich ein Mensch das Monatsticket für den öffentlichen Bus leisten kann, das ist etwas sehr Wichtiges. Auch gerade dann, wenn man daran denkt, dass man ja, um überhaupt wieder Fuß zu

fassen, um überhaupt wieder einen Job zu bekommen, erst einmal zum Bewerbungsgespräch kommen muss und es erst einmal gewährleistet sein muss, dass man leistungsfähig, auch jeden Tag, fünf Tage in der Woche, zu dem Job, der einem angeboten wird auch hinkommt. Auch wirklich hinkommt. Wenn man dann kein Auto hat, wenn man z.B. eine alleinerziehende Mutter ist, die einen Nebenjob annehmen will, weil sie von dem, was sie derzeit an Unterstützung bekommt, nicht wirklich gut ihre Kinder versorgen kann und sie kann dann diesen Job nicht annehmen, weil es daran scheitert, dass die Mobilitätskosten zu hoch sind, dann ist das ein Problem. Deswegen ist es hier unser Ziel, auch mit dem Aktivpass, den sehr hohen Kosten die in Steyr für Mobilität ausgegeben werden müssen, entgegen zu steuern. Aber gleichzeitig auch einen Einfluss zu üben auf Freizeitaktivitäten, wie eben den Eintritt auf den Eislaufplatz, den Eintritt ins Schwimmbad, ins Hallenbad. Weil es jetzt gerade, oder weil es eigentlich immer für die Menschen etwas sehr Wichtiges ist, weil du dort andere Menschen triffst. Dich dort mit anderen Menschen vernetzt und weil du dadurch ein relativ ausgewogenes und gutes soziales Leben eben haben kannst. Und wenn die Tarife aber für diese Menschen, die ja sehr wenig Geld zur Verfügung haben, das muss man ja immer im Hinterkopf behalten, diese Angebote nicht mehr wirklich genutzt werden können, dann ist es ein Problem. Deswegen soll auch hier mit Ermäßigungen dem entgegen gewirkt werden und versucht werden, dass die Menschen diese Leistungen alle in Anspruch nehmen können und dadurch ja auch zu einem gewissen Grad mehr Freude am Leben haben und ein besseres Leben haben. Auch wenn es nur ein kleiner, sehr, sehr kleiner Schritt ist. Es ist ja kein wahnsinnig großer Schritt, den man mit diesem Aktivpass macht. Aber, es ist ein kleiner wichtiger Schritt, der hier vollzogen wird.

Zum zweiten Punkt ist, dass derzeit es ja so ist und es dürfte, denke ich, vielen bewusst sein, dass es einige wenige Menschen gibt, die eben profitieren. Einerseits von dem wie unser Wirtschaftssystem funktioniert, andererseits von dem dass Einkommenshöhen teilweise in keinem Verhältnis zu dem stehen, was an Arbeit verrichtet werden. Also, dass sie exorbitant hoch sind, im Vergleich zu dem typischen Gehalt einer Reinigungskraft, die jeden Tag um 4:00 Uhr in der Früh, oder noch früher teilweise, eben ihre Arbeit verrichten muss und dafür aber eigentlich einen Hungerlohn bezahlt bekommt. Dass diese Privilegien und ein gewisser Wohlstand nicht angegriffen wird, das ist ein Problem. Das ist ein Problem, das auf Bundes- und Landesebene existiert. Und das noch einmal dadurch katalysiert wird, dass im Gegenzug dazu, dass man diese Privilegien nicht angreift, soziale Netze der Ärmsten beschnitten werden. Also, dass man z.B. in Oberösterreich die Mindestsicherung kürzt. Dass man jetzt auf Bundesebene und das auch von SPÖ-Seite, das möchte ich hier auch hervorstreichen, bereit ist, dass man für Asylwerberinnen die Mindestsicherung auf ein geringes Niveau kürzt, dass man die Mindestsicherung für Familien deckelt, das ist etwas, das mich persönlich schockiert. Und was zu einem gewissen Grad auch ein Tabubruch ist, einer sozialen Partei und einer Sozialpolitik, die wirklich nachhaltig sein will und sein soll. Und da gibt es andere Beispiele, also da gibt es z.B. in der Steiermark die Wohnbeihilfe die unter SPÖ/ÖVP Reformpartnerschaft gekürzt wurde und wo, Zitat, oder Zitatauszug, aus dem Standard vom 30.8., das für eine alleinerziehende Mutter eine Einbuße der Wohnbeihilfe um 128 Euro bedeutet. Also wirklich signifikant. Signifikante Einbußen die es hier gibt. Es gibt nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auch was die medizinische Versorgung betrifft, extreme Emotionen auf Bundes- und Landesebene. Das auch von SPÖ, also auch im Einflussbereich der SPÖ, aber natürlich hauptsächlich und das sehen wir gerade in Oberösterreich und Niederösterreich, auch von der ÖVP und der FPÖ, eben verursacht. Heute wurde in Niederösterreich z. B. die Kürzung der Mindestsicherung für Asylwerber, Asylwerberinnen oder anerkannte Asylwerber, Asylwerberinnen, sowie in Oberösterreich im Landtag durchgebracht....

Allgemeine Unruhe

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Das führt mich zum Thema und das gehört auch zum Thema dazu. Weil, damit ich überhaupt legitimieren kann, warum es diesen Aktivpass in Steyr braucht, muss man einmal wissen, was auf Landes- und Bundesebene auch an Kürzungen eben in letzter Zeit durchgeführt worden ist. Und wie das die Situation der Menschen hier in Steyr verschlechtert. Und

zwar signifikant verschlechtert. Weil diese Menschen dann weniger Geld in ihren Börsen haben und sich dadurch immer weniger leisten können und somit auch ein schlechteres Auskommen finden können. Ich denke, dass es in unserem Einflussbereich als Stadt eine gewisse Verpflichtung ist, dass wir diesem Trend entgegen wirken. Also, dass wir sagen, wir versuchen in unserem Einflussbereich, im Rahmen den wir zur Verfügung haben, in diesem Rahmen so auszuweiten, soweit es nur geht. Dass wir Menschen unter die Arme greifen, denen es schlecht geht, die von sozialen Kürzungen betroffen sind und dass wir die unterstützen. Der Aktivpass ist nun einmal so ein kleines, ein sehr, sehr kleines Unterstützungsangebot, mit dem wir als soziale Stadt versuchen sollten, diesen Tendenzen auf Bundes- und Landesebene entgegen zu wirken. Und abschließend möchte ich eigentlich nur sagen, dass wir mit diesem Modell eines Aktivpasses zwei Prinzipien auch verbinden. Einerseits das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, also dass man Menschen unterstützt, die sehr wenig für das was sie eigentlich an Arbeit leisten, für das was sie eigentlich machen, Geld zur Verfügung gestellt bekommen. Und das Zweite ist ein Prinzip der Fairness. Weil, wie wir alle wissen, gibt es derzeit in Steyr den Seniorinnenpass, der an Senioren und Seniorinnen über 65 Jahren ausgestellt wird. Und viele dieser Senioren und Seniorinnen brauchen diesen Pass. Also, die brauchen die 40 Freifahrten für den öffentlichen Bus, die hier zur Verfügung gestellt werden. Das stelle ich gar nicht in Frage. Nur es ist auch nicht zu legitimieren, dass alle, also von der Mindestpensionistin, die diese Unterstützung tatsächlich bitterst notwendig hat und wirklich braucht, bis hin zu den Höchstpensionisten und Pensionistinnen, die es sich und ich nenne es jetzt Leistung, denn es ist nicht direkt eine soziale Unterstützung, abrufbar ist. Und deswegen ersuche ich sie, oder bitte ich sie, auch diesem Antrag zuzustimmen und zu zeigen, dass sie für eine soziale Politik auch, für eine soziale Stadtpolitik auch einstehen und hier versuchen im Einfluss der Stadt gemeinsam eben auf diesem Gebiet etwas zu machen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, die Diskussion ist eröffnet. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich, der Herr Vizebürgermeister Zöttl. Bitte, Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag können wir einerseits etwas abgewinnen, auf der anderen Seite gibt es sehr viel, dass differenziert betrachtet werden muss und von uns sicherlich keine Zustimmung findet. Sie stellen in ihrem Antrag die Situation so dar, als ob im Sozialbereich nichts gemacht würde und einfach „kalt darüber gefahren“ wird. Ich kann nicht sagen, inwieweit sich die GRÜNEN mit Zahlen beschäftigen, aber wie wir heute schon gesehen haben, haben wir in der Stadt, aber auch auf Landes- und Bundesebene wird das gemacht, sehr viel Geld für den Sozialbereich ausgegeben. Allein in Steyr geben wir 46 Mio. Euro für Soziales aus. Das sind in Summe fast 35 Prozent der Gesamtausgaben. Und hier so zu tun, als wie wenn nichts geschieht ist einfach, meiner Meinung nach, nicht richtig. Wenn man hier von unsozial oder unsolidarisch spricht, so wie sie das auch im Text formuliert haben, ist das meiner Meinung nach nicht angebracht. Sie sprechen auch die Politik auf Landesebene an und stellen diese sozusagen in Frage, in ungerechtfertigter Weise. Wir sind der Meinung, dass dort sehr wohl verantwortungsvolle Politik gemacht wird und zwar für die oberösterreichische Bevölkerung und um das geht es eigentlich uns in erster Linie. Da auch auf der Landesebene die Sozialausgaben, nicht zuletzt aufgrund auch der Flüchtlingssituation, das Machbare übersteigen und sozusagen das Ganze nicht mehr finanzierbar wird. Ich sage nur ein paar Zahlen, 2015 sind wir bei 10 Mio. Euro in diesem Bereich gelegen. 2016 waren das schon 17 Mio. Euro. Was wir Freiheitliche aber schon sehen ist die Tatsache, dass es in vielen Bereichen Österreicher gibt, die aufgrund ihrer finanziellen Situation sich das Leben wirklich nicht mehr leisten können. Das sehen wir sehr wohl. Das sehen wir auch kritisch und auch mit Besorgnis. Wir erinnern uns, in der Fraktion und auch ich mich selbst noch sehr oft daran, was damals, 1995 beim EU-Beitritt von der ÖVP und auch von der SPÖ prophezeit worden ist: „Wenn wir zur EU kommen, haben wir Schutz, Frieden und Wohlstand und alles wird günstiger.“ Sogar von 1.000,- Schilling damals, pro Haushalt, die sich jeder Haushalt einspart, wurde versprochen. Und das ist bis heute nicht eingetreten, meiner Meinung nach. Das Bild hat sich weitgehendst verändert.

Mehr oder Weniger ist das Minus von den 1.000,-- Schilling zu einem Plus geworden. Wir sehen aber auch, dass der Mittelstand wegbricht und das das Kapital „kein Mascherl“ hat und dass es nicht dingfest zu machen ist. Wir sehen aber auch, dass wir hier in Österreich hohe Steuern haben, damit die Unternehmer belasten, genauso wie die arbeitende Bevölkerung das trifft und damit alle stark belastet. Wir sehen aber auch die hohe Arbeitslosigkeit von 400.000 Menschen in unserem Land, die ohne Beschäftigung sind. Wir sehen aber auch, dass das österreichische Sozialsystem von immer mehr Menschen geöffnet werden soll und dass sich einfach das nicht mehr ausgehen kann. Wenn man bedenkt, die neuesten Meldungen heute, im Jahr 2015 sind rein nur an Kindergeld ins Ausland geflossen 250 Mio. Euro.

Unverständliche Zwischenmeldung

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

...egal, das gehört dazu, weil das Sozialsystem ist angesprochen worden. Und die Flüchtlingswelle wird uns Milliarden kosten.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

...ja das ist, ich finde das nicht so lustig. Ich glaube, dass das uns alle angeht. Das ist alles eine riesen Entwicklung, die auch wir mit Sorge betrachten. Aber ich glaube das setzt voraus, dass man auch eine vernünftige Politik für die Zukunft gestaltet. Aber auch einen vernünftigen Umgang mit Geld und mit den Finanzmitteln. Und dass das Gesamtsystem überdacht gehört, wie denn das in Zukunft funktionieren kann. Die Aktivkarte alleine sehen wir nur als ein Pflaster und nicht als wirkliches Medikament für die Lösung.

Applaus.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet – die Kollegin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ja, sie werden von mir jetzt nichts zur Bundes- oder zur Landespolitik hören. Sie werden auch nichts hören über Historie, wie lange wir in Steyr schon über einen Aktivpass diskutieren. Die, die schon länger dabei sind wissen, dass es schon sehr, sehr lange ist. Es hat deshalb auch nichts damit zu tun, was es an aktuellen Rahmenbedingungen in der Bundes- oder Landespolitik gibt. Faktum ist: Es gibt und hat immer Menschen gegeben, die ein geringeres Einkommen haben, die soziale Probleme haben, die aus bildungsferneren Schichten mitunter auch kommen, heißt aber nicht unbedingt, dass das gekoppelt ist. Das Problem hat es immer gegeben. Die Stadt Linz hat das, unter anderem schon, glaube ich jetzt fast vor 30 Jahren erkannt und eben einen Aktivpass ins Leben gerufen, der es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, indem man Ermäßigungen gewährt. So wie wir auch Ermäßigungen gewähren für Schüler und Studenten. So wie wir Ermäßigungen gewähren für Seniorinnen und Senioren. Nur mit einem wesentlichen Unterschied. Mit einer sozialeren Treffsicherheit, weil es um Einkommensgrenzen geht. Ich bin beim GRÜNEN-Kollegen Kaltenböck bzw. bei der GRÜNEN Fraktion, wenn sie sagen: „Wir möchten einen Aktivpass.“ Freue ich mich dafür, dass sie das unterstützen. Das ist ein Thema, das mich selber schon seit 20 Jahren oder länger beschäftigt. Aber, der Unterschied, und das ist jetzt irgendwie deutlich geworden, es führt schnell auch zu einer Polarisierung. Wer bekommt es? In welcher Höhe, etc.? Und die freiheitliche Gemeinderatsfraktion hat ja schon gesagt, da können wir nicht mitgehen. Aber, generell finden wir das ja nicht schlecht, wenn es so etwas gibt. Ja, das war irgendwie ein bisschen voraus zu sehen und... das wo es uns einigen sollte, abseits aller ideologischen Trennschärfen, Trennlinien, ist, dass wir uns grundsätzlich dazu bekennen, dass wir für jene Bürgerinnen und Bürger die einkommensschwächer sind,

einen Pass, eine Karte, wie immer man das nennen will, schaffen, die es ihnen ermöglicht, mobil zu sein im öffentlichen Verkehr, an Kulturveranstaltungen teilzunehmen, an Bildungsveranstaltungen teilzunehmen und dass wir sie dadurch nicht ausschließen. Ich gehe eigentlich davon aus, dass das über alle Grenzen hinweggeht und das sein sollte, was diesen Gemeinderat eint. Und aus diesem Grund stellen wir hiermit folgenden Abänderungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Nachdem wir heute schon gehört haben, dass der Magistrat so beschäftigt worden ist mit Anfragen usw., es muss niemand kopieren gehen....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist das ein Antrag zur Geschäftsordnung?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das ist kein Antrag zur Geschäftsordnung, das ist ein Abänderungsantrag, den wir hiermit überreichen und der schon kopiert ist.

Gemeinderätin MMag. Michaela Frech teilt den Abänderungsantrag aus.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, der Gemeinderat möge beschließen: Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Steyrer Aktivpasses. Die Stadt Steyr bekennt sich dadurch, auch jenen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, deren Einkommen diese Teilhabe sonst nicht erlauben würde. Die Details und das ist der wesentliche Punkt als Unterschied zu dem, was von den GRÜNEN vorgelegt worden ist, die Details, nämlich, der anspruchsberechtigte Personenkreis, wer das jetzt tatsächlich beziehen soll. Welche Einkommensgrenzen es gibt. Wie hoch der Ermäßigungsgrad bei den jeweiligen städtischen Einrichtungen sein soll. Zusätzlich auch Kooperationen mit Vereinen und privaten Unternehmen. Wir haben ja nicht nur Einrichtungen der Stadt, es gibt viele Sportvereine etc.. Da kann man sicherlich auch Kooperationen finden. Und alle diese Details sollen dann eben, das wäre unser Vorschlag, in einer spätestens im Jänner 2017 einzuberufenden Fraktionsvorsitzendenkonferenz, unter Einbindung der von dieser Maßnahme betroffenen politischen Referenten sowie der zuständigen Beamtenschaft, abgeklärt werden. Und dann der weiteren nötigen Beschlussfassung zugeführt werden. Es betrifft ja unterschiedliche Ressorts. Da ist das Sozialressort betroffen. Da sind die Stadtbetriebe betroffen. Da ist betroffen die Kultur etc.. Und durch diese Vorgehensweise wäre aus unserer Sicht sichergestellt, dass bei dieser Querschnittsmaterie, die eben mehrere Referenten betrifft, alle eingebunden sind. Dass auch alle Fraktionen ihre Vorschläge unterbreiten können, was der Aktivpass im Detail umfasst und wie auch der weitere Umsetzungsfahrplan aussehen könnte. Und die Begründung dafür ist, wir sind eine lebendige Stadt, wir sind eine offene Stadt und wir sollten wirklich allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu den Angeboten verschaffen und den Abbau von Barrieren forcieren. Wie gesagt, Linz ist in diesem Antrag zitiert, aber sie müssen gar nicht nach Linz gehen, in eine große Stadt, weil ich weiß, da kommt dann immer, ja die tun sich viel leichter und die können das alles besser finanzieren. Wenn es eine Stadt wie Traun schafft, eine solche Aktivcard einstimmig in einem Gemeinderat zu beschließen. Einstimmig von allen Fraktionen, die haben das letztes Jahr gemacht. Die haben sogar nicht großartig lange diskutiert, wie groß die Ermäßigungen sind. Es sind dann Ermäßigungen einfach herausgekommen, in manchen Bereichen wo es leichter geht mit 10-20 Prozent. In manchen Bereichen mit 50 Prozent. In manchen Bereichen, wo man sagt, okay, da möchten wir, dass das überhaupt keine Hürde gibt, das vielleicht kostenlos anzubieten wie z.B. Büchereien. Wir haben heute schon einmal von der Sprachlosigkeit unserer Gesellschaft gesprochen. Das heißt, dass man sich nach der Decke streckt. Die Kosten sind nicht das wahre Thema. Aber, das wird heute auch wieder kommen, wahrscheinlich als Gegenargument. Das Thema ist, wollen wir etwas machen, wo wir benachteiligten Personengruppen, finanziell benachteiligten Personengruppen, mitunter auch sozial- und bildungsmäßig Benachteiligten, eine Chance bieten und dann müssen wir halt schauen, was ist auch tatsächlich möglich. Was kostet uns das? In vielen Fällen wird es uns nicht einmal etwas kosten, weil einige Angebote in Anspruch genommen werden, die es ohnedies bereits gibt und wo es relativ egal ist, ob da jetzt 90 Personen teilnehmen oder 95, weil die 5

auf die 95 hätten sonst gar nicht teilgenommen. Da gibt es wenigstens dann zumindest einen Deckungsbeitrag. Also, ich denke mir, wenn es eine Stadt wie Traun schafft, ohne große Diskussion sogar, im Detail das zu beschließen, sollten wir als Steyr es heute zumindest schaffen, einen gemeinsamen Grundsatzbeschluss zu fassen. Und dann eben in der weiteren Folge die Details dazu ausarbeiten. Aber wichtig und sinnvoll ist so etwas, und das ist ja auch schon gekommen von der freiheitlichen Fraktion, wenn man sich zu einer sozialen Stadt bekennt. Steyr ist ja auch immer so die soziale Musterstadt oder hat sich mitunter als soziale Musterstadt bezeichnet. Und dann, denke ich mir, dann ist das eine wesentliche Voraussetzung, dass man so einen Aktivpass, Aktivcard, wie auch immer man das dann nennt, auch einführt. Noch dazu, und dann kehre ich als abschließend zurück zum Beginn der Sitzung, Herr Bürgermeister hat es angesprochen, Arbeitslosenrate 8,4 Prozent, das heißt, das sind Dinge, wo man handeln kann, wo man handeln muss und wo man es zumindest ein bisschen leichter machen kann. Auch wenn es nur ein Mosaikstein ist. Aber, es ist ein wichtiger Mosaikstein. Ich würde sie bitten, diesem Antrag, in Form des Abänderungsantrages, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, wir werden den Abänderungsantrag mit in die Diskussion nehmen. Muss nur, ein kurzes Wort dazu, man muss immer sehr vorsichtig sein mit Vergleichen. Die eine Stadt hat das und warum haben wir das nicht? Ich weiß nicht, was die Stadt Traun alles nicht hat, was wir haben. Da kann man dann leicht was beschließen. Wir haben einen Seniorenpass der viel Geld kostet. Aber ich will der Diskussion nicht vorgreifen.

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Kurze Verständnisfrage: Wortmeldung, kann ich mich da jetzt auf Beides beziehen, oder diskutieren wir jetzt einmal....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Alles gemeinsam. Wir werden dann abstimmen über den Abänderungsantrag und anschließend über den Hauptantrag. Über den ersten Antrag.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Okay. Dann hätte ich zuerst eine Frage zu dem Abänderungsantrag und zwar, wenn da steht, die Details werden in einer spätestens im Jänner 2017 einzuberufenden Fraktionsvorsitzendenkonferenz unter Einbindung der von dieser Maßnahme betroffenen politischen Referentinnen, sowie der zuständigen Beamtenschaft, abgeklärt. Sind da auch die NEOS inkludiert?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (VOM PLATZ AUS):

Aus meiner demokratiepolitischen Sicht, selbstverständlich können die NEOS auch ihre Vorschläge einbringen. Das darf keine Diskussion sein. Es ist kein fixes Gremium, das gesetzlich installiert ist. Das ist Sache des Bürgermeisters, auch andere einladen. Aber das wird eine Entscheidung des Bürgermeisters werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also, ich wüsste nicht, warum ich jetzt eine Entscheidung treffen soll. Jetzt diskutieren wir den Antrag. Sie sind keine Fraktion.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Naja, es ist schon abhängig, ob ich dem Abänderungsantrag zustimme.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

..das ist, das liegt ja nicht an mir, ob sie da zustimmen oder nicht.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Okay, dann kündige ich da schon einmal an, dass ich mich enthalte. Eben aus diesem Grund. Weil ich da natürlich schon Interesse daran habe, dass wir unsere Vorschläge auch einbringen. Zur ursprünglichen Resolution, grundsätzlich natürlich ein verständliches Thema. Dass es viele gibt, die mit dem Einkommen nicht über die Runden kommen bzw. die überhaupt davon abhängig sind, dass sie staatlich gestützt werden. Allerdings fehlen mir da einige wesentliche Angaben und zwar ist auf der einen Seite sehr konkret dargestellt, wo überall vergünstigt werden soll. Auf der anderen Seite ist nicht genau ausgeführt, wie viele Steyrer sind eigentlich von so einer Maßnahme betroffen? Reden wir da jetzt von....?

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK (*vom Platz aus*):
Von 7.000 zirka.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
7.000. Okay, dann wäre das beantwortet.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Das ist „Pi mal Daumen“. Wenn ich sage es sind 10.000, das ist genauso richtig oder falsch.

Unverständliche Zwischenmeldung vom Platz

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Okay.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Herr Kollege Freisais, wenn sie von einer Zahl 7.000 ausgehen, dann wissen sie ungefähr, wenn sie sich das hochrechnen, was das der Stadt kostet.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Okay, das wäre nämlich gleich das Nächste. Interessant ist natürlich auch, was bringt jetzt den Einzelnen wirklich der Aktivpass in dieser Form, wie er vorgeschlagen ist? Ob es da irgendwelche konkreten Zahlen gibt, die man nennen kann? Reden wir da jetzt von, keine Ahnung, 100 Euro, die er sich monatlich spart, 50 Euro, oder ist das überhaupt eher so ein „Groscherlgeschäft“? Ja, schlussendlich der Einwurf, der gerade gefallen ist, was kostet das ganze Vorhaben der Stadt? Weil ich meine, auf der einen Seite natürlich das Budget in Schieflage ist, auf der anderen Seite immer noch mehr und mehr an Leistung anbieten halt auch schwer vereinbar ist. Ja, wie gesagt, nachdem das da eher schlecht ausgeführt ist, werde ich mich voraussichtlich, wenn jetzt nicht noch irgendwelche Zahlen auf den Tisch kommen, der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Als nächstes zu Wort gemeldet, der Mag. Prack.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:
Bitte, ich glaube das ist ein Irrtum das in Geld auszurechnen. Dieser Aktivpass ist unter anderem, oder hauptsächlich ,dazu da, die Leute z.B. in die Stadt fahren zu lassen und am Leben teilnehmen zu lassen. Ich glaube, man kann es nicht in Geld ausdrücken. Ja, was es kostet vielleicht, nicht was es bringt. Was ich heute gerne hätte und was herauskommen sollte ist, dass wir die Diskussion nicht abwürgen und darum bin ich auch für den Abänderungsantrag dankbar. Weil der ist eine Einladung zum Weiterreden. Ich habe wenig Hoffnung, dass wir unseren Antrag durchbringen. Es wäre natürlich wunderschön und ich bitte darum dem zuzustimmen, aber da.... Ich glaube es gibt Gesprächsbedarf und ich habe ja auch von ihnen, Herr Zöttl jetzt gerade gehört, dass sie in gewissen Teilen durchaus da etwas drinnen finden. Etwas, das interessant ist für sie. Und über diese Dinge sollten wir reden. Dass wir gemeinsam einen Weg finden etwas zu tun in diese Richtung. Wie das im Endeffekt ausschaut, darüber, das ist mir ganz klar, werden wir heute keine Entscheidung

treffen. Aber bitte das Gespräch weiterführen in diese Richtung und dazu dient der Abänderungsantrag auf jeden Fall. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, nächster Redner. Dr. Ritter, bitteschön Herr Stadtrat.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Geschätzte Anwesende. Nur eine kurze Frage bevor ich zu dem Antrag Stellung nehme. Ist eine Änderung des Resolutionsantrages überhaupt zulässig?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein Abänderungsantrag ist zulässig.

Unverständliche Diskussion

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Ich frage nur. Ist das zulässig, ja?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ja.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Wenn ich mir diesen Primärantrag durchlese, dann ist der für mich, ja und nein. Er ist ziemlich global, also zu oberflächlich ist er gehalten und er differenziert im Prinzip nicht genau, wer jetzt genau davon profitieren soll, oder wer nicht.

Unverständliche Zwischenmeldungen vom Platz

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Ja, sofort. Sofort. ...und in Betrachtung dieses Antrages muss ich mir, kann ich mir nur, da bleibt mir nur ein Gedanke übrig, es ist ein Tränendrüsenantrag, der ideologisch gefärbt ist. Mehr ist es für mich nicht, Entschuldigung.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Welchen nehmen wir jetzt?

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Der Antrag der GRÜNEN.

Unverständliche Zwischenmeldungen vom Platz

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

... und gerade in dieser heutigen Zeit, wo ja die Schere auseinandergeht. Da haben sie auf einmal, in diesem schon so gut funktionierenden Sozialstaat, haben sie das Rückgrat noch mehr Verbesserungen und noch mehr sozial schaffen zu wollen. Das verstehe ich nicht. Gerade sie haben das Rückgrat. Sie haben den Mut, in diesem Sozialstaat noch mehr zu verlangen. Sie haben das Rückgrat. Gerade sie, wo sie im September ihr Rückgrat eigentlich bei der Sitzung im Stadtsenat abgegeben haben. Das ist sogar dokumentiert in der Zeitung. Lesen sie die Nachrichten nach. Wir werden diesem Antrag, ihrem GRÜNEN Antrag, nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster Redner, der Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte Gunter. Dann die Frau Lindinger, bitte.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube jetzt passiert genau das, was wir eigentlich nicht wollten, dass es in eine fast „ideologische“ Diskussion abgleitet. Das finde ich wirklich schade. Weil das Thema Aktivpass ist, glaube ich, etwas, was wirklich gut ist. Wir haben 2009 schon einmal sehr ausführlich darüber diskutiert. Der Grundsatzbeschluss wurde hier nicht gefasst. Sondern man hat eine Zuweisung an den zuständigen Ausschuss gemacht. Mit dem Erfolg, dass nicht wirklich mehr darüber gesprochen wurde.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das stimmt nicht.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Nein! Entschuldigung, in der Öffentlichkeit gesprochen wurde. Im Ausschuss hat man es. Aber man hat dann....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Seit 1,5 Jahren diskutieren wir...

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

..aber, man hat damit das Thema vom Tisch gehabt und ich glaube, das ist nicht gut gewesen. Wenn man jetzt den Vergleich gebracht hat, dass man ja genau das, was man eigentlich unter Aktivpass versteht, dass man das bei den Senioren problemlos macht. Und wenn man sich anschaut wie viele Pensionisten haben wir in der Stadt. Unreflektiert, ob die das brauchen – ja oder nein. Ich glaube, wenn jemand Ängste hat, dass das zu viel kostet, könnte man auf der einen Seite überlegen, ob man dieses System, generell den Seniorenausweis zu machen, aufrechterhalten soll oder nicht. Aber das, was hier gewollt wird, mit dem Aktivpass, das ist im Großen und Ganzen nicht etwas, was zusätzlich etwas kostet. Weil, wenn sich jemand ein Buch in der Bücherei ausleiht, mir wäre es Recht, wenn sich möglichst viele, die es sich derzeit nicht leisten können, sich vielleicht ein Buch ausleihen. Ich halte es nur....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das Buch ausleihen kann sich jeder leisten. Das kostet gar nichts.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

... ich halte es nur für nicht so wahrscheinlich, dass sich das finanziell wirklich auswirkt. Ob in unseren Bussen, die die meiste Zeit nicht wirklich voll besetzt fahren, dann ein paar mehr oder weniger drinnen sind, das wird uns auch nicht „die Welt“ kosten. Das heißt, ich glaube, und ich sage bewusst, ich glaube, weil auch mir fehlt und da bin ich beim Pit, die genaue Kenntnis, wie wirkt sich das wirklich aus. Ich glaube, man kann sich hier nur auch erkundigen, in anderen Städten, was hat das für welche Auswirkungen gehabt. Aber generell zu sagen, einen Aktivpass brauchen wir nicht, halte ich für falsch. Und darum haben wir diesen Abänderungsantrag gestellt. Einfach um zu sagen, grundsätzlich, ein Aktivpass wäre gut. Aber die Rahmenbedingungen, da glauben auch wir, dass das im Antrag, im Hauptantrag „überschießend“ ist. Das würden wir schon für gescheit halten. Weil Leute und das ist auch so formuliert, verstärkt am öffentlichen Leben teilnehmen zu lassen, das kann nur positiv sein für die Gesellschaft. Darum wären wir wirklich dafür und darum ersuche ich einmal nicht aus dem Reflex heraus zu sagen: „Nein, wollen wir nicht“, sondern diesen... und da bin ich schon bei dir Pit, diesen oberflächlich gefassten Abänderungsantrag, der deswegen so ist, damit man die Details klärt, ihm die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächste zur Wort gemeldet hat sich die Frau Gemeinderätin Lindinger. Bitte schön, Frau Lindinger.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MSC:

Ja, verehrtes Kollegium, wertees Präsidium und Gäste. Mir geht es um Folgendes, ich denke Österreich ist nach wie vor eines der reichsten Länder Europas. Und wir haben eine relativ

hohe Zufriedenheit. Das ist jetzt erst gerade wieder einmal in den Zeitungen gestanden, dass die Menschen in Österreich mit unserer Lebenssituation ziemlich zufrieden sind. Und ich denke, das liegt im Wesentlichen daran, dass die Schere, die es bei uns gibt, zwischen den Reichen und den Armen noch nicht so groß ist, wie in sehr vielen anderen Ländern. Und das ermöglicht uns halt auch, dass wir doch relativ hohe Steuern haben und damit auch einen gewissen Ausgleich machen können. Ich glaube, dass uns das wirklich viel erspart, an sozialen Konflikten und an dem, dass doch die meisten Leute in Österreich gut leben können. Aber, ich denke es gibt mittlerweile, oder das wissen wir alle, es gibt trotzdem Menschen, die halt wirklich nicht gut damit auskommen. Es gibt die 50jährigen, die keinen Job mehr haben und die einfach keinen mehr bekommen. Es gibt die Leute, die zwar 40 Stunden arbeiten, aber trotzdem davon nicht wirklich leben können. Es gibt genug Gruppen, die einfach, wo ich es für sinnvoll halte, dass man denen einfach mehr Mobilität oder mehr Zugang, mehr gesellschaftliche Teilnahme, ermöglicht. Und in dieser Richtung würde ich den Aktivpass auch sehen und würde sie auch um Zustimmung bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Helmut, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich glaube, ich bin vorher fehlinterpretiert, also ich glaube sogar absichtlich, von der Michaela und vom Herrn Prack... ich habe nicht gesagt, dass ich jetzt für die Aktivkarte bin. Sondern, wir sehen die Probleme in unserem Land. Und wir glauben aber, dass eine Aktivkarte in diesem Sinn nicht unbedingt das Allheilmittel ist, damit man dann auf einmal plötzlich die Notleidenden aus der Misere holt. Also, das möchte ich schon dazu sagen. Zum Abänderungsantrag, ich würde sagen, da gehören Zahlen, Fakten und Daten her, weil irgendetwas jetzt beschließen, wo wir nicht wissen, wo die Reise hingehet und was das „unter dem Strich“ kostet, ist ein großes Risiko. Also, ich glaube, dass das die vernünftigste Zugangsweise wäre.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein soziales Thema, eines mehr, in einer Zeit wo es kälter wird. Ich lese vor was im Hauptantrag steht: „Als Steyr haben wir noch einmal mehr, bedingt durch die Politik auf Landesebene, die Verpflichtung denen zu helfen, die Hilfe brauchen, weil sie durch Kürzungen und gesellschaftliche Strukturen in eine immer prekärere Situation gedrängt werden. Dazu müssen die Ausgaben für Soziales vergrößert werden. Ich sage als Sozialdemokrat: „Die Stadt Steyr hat nicht die Verpflichtung – in keinster Weise.“ Die Stadt Steyr ist das letzte Glied in der Kette von Institutionen, von einem Rechtsstaat, die alle Verantwortung tragen für die Menschen in diesem Land. Und wenn man dann meint, dass die Kommune, die wirklich und brauchen sie ja nur das Landesbudget anschauen – „ausgesackelt“ wird, wo nichts mehr übrig bleibt, als sparen wo es geht. Und dann zu sagen, aus dem Grund haben wir trotzdem die Verpflichtung, ich weiß nicht, woher das Geld zu nehmen, um das auszubessern, oder das nachzubessern, was den Menschen auf anderer Seite weggenommen wird. Das ist kühn und das ist grundlegend falsch. Wir haben nicht die Verpflichtung! Die moralische Verpflichtung ist ganz etwas anderes. Dass wir die moralische Verpflichtung haben zu schauen, dass es allen Menschen möglichst gut geht und dass niemand durch den Rost fällt, ist überhaupt keine Frage. Aber eine Verpflichtung im Sinne von: „Wir sind eine Kommune und eine Verwaltungsorganisation“, die haben wir bei Gott nicht. Und wir können es auch nicht tun. Da wird auch der Abänderungsantrag, der da gestellt wurde von der ÖVP, ist ja gut gemeint, aber es wird nicht darüber gesprochen, dass wir seit 1,5 Jahren über diesen Aktivpass reden und auf keinen „grünen Zweig“ kommen. Weil die Vorgabe lautet, und ich sage lauten muss, es darf keine Mehrkosten geben gegenüber dem, was wir im Seniorenpass an Geld bereitstellen müssen. Wo sollen wir es denn hernehmen? Und da gibt es keine Lösung! Und wenn jetzt wieder, so nach 1,5 Jahren Diskussion, weil es keine Lösung gibt, fassen wir einen

Grundsatzbeschluss, dass der einzuführen ist, dann ist das falsch. Weil das heißt, wir müssen ihn dann einführen. Da gibt es dann einen Grundsatzbeschluss. Wir müssen gar nichts. Und wir können es auch nicht tun. Ich sage noch einmal: „Ich bin dafür“, und dafür stehe ich auch gerade und die sozialdemokratische Fraktion auch. Dass wir diesen hohen sozialen Standard, den wir in der Stadt haben und wo wir wirklich sehr viel Geld ausgeben, weit über das normale Maß hinaus, weit schon über das Limit hinaus, dass wir den erhalten und da werden wir uns noch sehr anstrengen müssen. Aber wir haben keinen einzigen Euro mehr zum Zulegen. Wo sollten denn der herkommen? Auch wenn es noch so wünschenswert wäre. Man muss die Verantwortung bei jenen einfordern, die dafür wirklich verantwortlich sind. Wir können sagen, da wird die Mindestsicherung gekürzt, da wird gedeckelt und was weiß ich was, das muss die Kommune ausbessern. Wie soll das gehen? Ich darf ihnen sagen, wir haben jetzt im Budget des Landes festgestellt, der Herr Landeshauptmann und Finanzreferent hat die Krankenanstaltenbeiträge für die Gemeinden und Städte von 2016 für 2017 im Budget mit einer Steigerungsrate von 12,6 Prozent versehen. 12,6 Prozent von 9 Mio. Euro. Kein Mensch weiß, wo wir das Geld hernehmen. Ist auch jedem egal. Und wir unterhalten uns, ob man nicht das, was gedeckelt wird beim Land in Oberösterreich, Niederösterreich, vielleicht nicht ein bisschen aufbessern können. Das geht nicht. Wir können es einfach nicht tun. Darum bin ich auch nicht der Meinung, dass wir den Grundsatzbeschluss fassen können. Wir haben den Seniorenpass. Dazu haben sich unsere Vorgänger schon bekannt und wir führen das weiter. Wir müssen jemanden etwas wegnehmen, um etwas Neues zu kreieren. Das hat sich nicht ergeben. Da hat es keine einheitliche Übereinstimmung gegeben. Und mit Nullsummenspiel, wir nehmen es nämlich wirklich ernst, man muss es wirklich aufkommensneutral sehen, das lässt sich nicht machen. Aus diesem Grund glaube ich, schauen wir, bewahren wir das was wir haben, dieses hohe Gut. Und es ist ja nicht so, dass sich z.B. eine Bücherei oder einen Kulturbesuch, oder auch sonst irgendwas in Steyr, auch die, die wirklich am Ende der Fahnenstange sind, nicht leisten können. Ein Buch ausleihen, ich weiß nicht, da reden wir von einem Cent-Bereich. Da gibt es einen Jahresbeitrag, ich weiß nicht, von 2,- Euro oder so etwas und, und, und...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz):

Nein, es sind 20 Euro.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...im Jahr. Im Jahr durch 365. Das ist,... nein, egal. Aber wie gesagt, wer meint, dass es jemanden gibt, der sich kein Buch ausleihen kann in der Stadtbücherei, der möge mir diese Person bitte bringen. Ist ja nicht so, dass alle so sind... Wir haben Ermäßigungen „noch und nöcher“. Dass es trotzdem immer welche gibt, die im Endeffekt sich schwer tun, ist keine Frage. Wir können nur nichts mehr „aufdoppeln“. Ein Wort vielleicht noch. Weil es wirklich gerade von der ÖVP Seite kommt, ob wer im Bus drinnen sitzt oder nicht kostet eigentlich nichts. Gerade du Gunter, die Michaela, die ununterbrochen von Kostenwahrheiten reden, seit Jahren. Also, da muss man schon genau hinschauen und das gehört genau ausgerechnet, das kostet alles was. Da wäre auf einmal alles gratis. Alleine die Forderung 180,- Euro für eine Jahreskarte. 10.000 Bezieher vielleicht für die neue Aktivcard. 7.000, 10.000, 12.000, machen wir 10.000, dann kann man es besser rechnen, sind 180.000,- Euro Mehrkosten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bei 10.000 sind das mehr. Das wären 1,...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...ach so, ja, ja, dann sind es 1,8 Mio.! Rechnen sie es mit 7.000, dann kommt nicht ganz das heraus. Nein, nein man muss es ganz anders rechnen. Es kostet ohnehin nichts, weil der Busfahrer fährt sowieso. Das ist doch falsch. Das wissen wir auch. Also können wir das auch nicht finanzieren. Noch einmal, wir sind nicht verantwortlich! Moralisch „ja“, als Staatsbürger „ja“, mitzuhelfen, dass alle gut leben können. Aber zu sagen, die Kommune muss das ausbessern, was die anderen wegstreichen, ist einfach auch von der Logik her völlig falsch.

Darum glaube ich, dass man sowohl dem Hauptantrag, als auch dem Abänderungsantrag nicht zustimmen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Herr Kaltenböck, noch einmal. Und ich übergebe dir den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz. Kollege Kaltenböck am Wort, bitteschön.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Natürlich ist es nicht die Aufgabe der Kommune, dass man alles ausgleicht, was auf Landes- und Bundesebene falsch läuft. Das habe ich auch nicht gesagt und das ist auch mit diesem Antrag nicht gemeint. Es geht darum, dass man die Möglichkeiten die man hat soweit ausreizt, wie es möglich ist. Und das ist meiner Meinung nach schon etwas, da hat man einen gewissen Spielraum. Es werden ja auch Dinge ausgegeben, für die wir eigentlich kein Geld haben. Sonst würden wir ja irgendwie keine „Miesen“ machen. Ja, sonst würden wir nicht beim Nachtragsvoranschlag jetzt irgendwie 4 Mio. Euro sozusagen mehr ausgeben, als wir an Einnahmen haben. Das heißt, es gibt Projekte, die uns wichtiger sind. Die uns wichtig sind und für die wir Geld ausgeben wollen. Obwohl wir es scheinbar nicht haben. Weil eben die Kommunen zu einem gewissen Grad totgespart werden. Und da gebe ich ihnen vollkommen Recht und ich sehe das auch als sehr, sehr großes Problem, was ja auch mit dem Resolutionsantrag bei dem nächsten Gemeinderat eingebracht wird. Zur Mindestsicherung und zu dem, wer die Kosten für die Mindestsicherung tragen soll, eben auch behandelt werden wird. Also, es ist ja nicht so, dass wir uns dem komplett verweigern würden und auf dieser Ebene nicht auch versuchen würden, gemeinsam auch, irgendetwas zu machen, sondern es tut sich da schon etwas. Aber, es gibt durchaus einen gewissen Rahmen, zum Beispiel haben wir heute beschlossen, dass wir Videoüberwachung einführen.

Allgemeines Gelächter

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja, ich werde es jetzt ganz kurz am Beispiel Videoüberwachung und an anderen Beispielen eben, festmachen. Die Videokameras haben, glaube ich, in Wels an 4 Stück 176.000,-- Euro gekostet. Plus/Minus, genau weiß ich die Zahlen jetzt nicht. Aber das ist zumindest das, was ich gestern noch recherchiert habe, in einem Zeitungsartikel. Dann geben wir im Jahr 550.000,-- Euro für Wirtschaftssubventionen aus. Ja, kann man natürlich sagen, ist eine „Umweg Rentabilität“, weil, wenn wir die Wirtschaft fördern, dann kommt das wieder irgendwie rein. Aber dieser Aktivpass, diese Vergünstigungen, da wären einfach auch sehr viele Faktoren, die man beachten muss und die man betrachten muss, wenn man von einer Kostenwahrheit spricht. Auch von ihnen jetzt gerade angesprochen, wie z.B. dass das die Menschen, wenn sie die 18 Euro für die Gebühr der Bibliothek nicht bezahlen, dann mehr Geld haben, dass sie andere Sachen konsumieren und das für andere Sachen ausgeben. Und das wird da nicht mithinein bedacht. Und auch nicht, dass das vielleicht dann ja mehr Menschen mit dem Bus fahren, weil sie sich das dann endlich leisten können. Das sind ja Menschen, die auf öffentlichen Verkehr meistens angewiesen sind, weil sie sich kein Auto leisten können. Das ist ja der Punkt, man will ja diesen Menschen ermöglichen, dass sie selbstbestimmt mit dem Bus von A nach B kommen. Dazu muss eben der Monatstarif, der Jahrestarif, reduziert werden. Da kann man natürlich sagen, die 10.000 Leute und es sind keine 10.000 Leute, es sind 7.000 Leute. Denn in allen Berechnungen des Magistrates, der Sozialabteilung, wird immer davon ausgegangen, dass die Annahmequote 50 Prozent beträgt, das heißt, es sind nur mehr 3.500 Leute. Was schon sehr schade ist, dass das nicht mehr Leute in Anspruch nehmen wahrscheinlich. Dann kommen wir auf einen ganz, ganz anderen Wert. Von diesen 3.500 Leuten werden sicher nicht 100 Prozent, sich eine Jahreskarte kaufen für den öffentlichen Bus. Und wenn sich 100 Prozent derer eine Jahreskarte kaufen, dann gehe ich nicht davon aus, dass wir weniger Einnahmen haben, weil von diesen 100 Prozent ist sicher ein Großteil, oder wahrscheinlich 50 Prozent, kann man sagen dabei, die vorher auch

keine Jahreskarte gehabt haben. Und dann kommen sie wieder ungefähr auf den gleichen Wert. Also hier, man kann hier herumrechnen und alle Positionen durch verschiedene Berechnungswege argumentieren, klarerweise. Aber, um das geht es mir auch nicht. Mir geht es darum, will man diese Ausgabe, diese sozial notwendige Ausgabe, tätigen oder der will man das nicht? Und sie wollen es scheinbar nicht!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein!

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Weil sie sagen, es ist nicht die Aufgabe der Stadt zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen durchzusetzen?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau!

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Und da bin ich grundlegend anderer Meinung. Ich glaube, man muss auf Landesebene, auf Bundesebene Druck ausüben. Und da sind auch sie zu einem gewissen Grad in der Verantwortung, als Bürgermeister...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau!

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

...der auch in einer gewissen Machtposition ist, hier auch Druck auszuüben und auch gemeinsam Druck auszuüben. Wir können Resolutionen verabschieden, wir können alles machen, nur das wird auf der anderen Seite dann auch wieder nicht goutiert. Also, wo ist dann irgendwie der Ausweg aus dem Ganzen? Wo ist dann der Punkt? Was sollen wir dann machen? Sollen wir dann sagen: „Nein, es geht den Menschen halt immer schlechter.“ Dann machen wir nichts! Dann machen wir nichts, weil, wir haben nicht die Verantwortung dafür. Und dann wirken wir nicht auf die Verantwortungsträger ein, weil, das wollen wir nicht, oder das können wir nicht. Wie auch immer. Das ist dann eine Pattsituation, in der ich mich persönlich eigentlich nicht befinden will, oder in die ich mich nicht begeben möchte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Herr Kaltenböck, aber das soziale Netz der Stadt Steyr ist vorbildlich und sie sagen, dass es „Nichts“ ist.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Das soziale Netz...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

... und sie sagen, dass es „Nichts“ ist.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

... das habe ich nie gesagt!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein, ich wollte es nur festgestellt haben, weil es hört sich so an: „Wir haben eigentlich Nichts.“

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Was wird von der Stadt zusätzlich, zu dem was vorgeschrieben ist, an sozialen Leistungen ausbezahlt?

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben 46 Mio. im Jahr. Wir haben eine Liste, wir haben ein Budget, da können sie alles nachlesen, was wir zahlen.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Klarerweise. Die Mindestsicherung z.B., vorgeschriebene Leistung, die ausbezahlt werden muss.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja!?

Unverständliche Diskussion

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ich will auch nicht sagen, dass die Sozialleistungen schlecht sind. Ich glaube nur, es gibt Verbesserungsbedarf. Es gibt eben, mit diesem Aktivpass, eine Möglichkeit hier eine Verbesserung zu erwirken. Die sie scheinbar nicht wollen. Das haben wir schon festgestellt und da sind sie sich scheinbar einig. Was ich sehr, sehr bedauerlich halte. Vor allem dann, wenn sie sagen, die 100.000,- Euro für den SeniorInnenpass haben wir aber schon. Und da geht es mir nicht um die SeniorInnen, die Mindestpension beziehen. Die sollen auf jeden Fall so eine Vergünstigung bekommen, aber da geht es mir um all jene, die Höchstpension beziehen und die dann teilweise trotzdem die 40 Freifahrten für den öffentlichen Bus in Anspruch nehmen. Und das kann es aus Gründen der Fairness auch einfach nicht sein. Das ist mein Punkt hier. Zu ihnen, Herr Ritter möchte ich auch noch kurz etwas anmerken. Die FPÖ hat ja, im Sozialausschuss, vor einem Jahr ungefähr, oder vor ein bisschen mehr als vor einem Jahr, den Vorschlag zu einem Aktivpass, einer Sozialcard, wie auch immer man das nennen will, eingebracht. Das heißt, ihre Partei ist scheinbar entgegen dem, was sie gesagt haben, nicht für ein Mehr an sozialer Unterstützung, sonst hätte sie damals keinen Vorschlag eingebracht. Und der Vorschlag damals war meinem ähnlich, nur dass er natürlich MindestsicherungsbezieherInnen ausgeschlossen hat, weil sie denen das scheinbar nicht vergönnt sind und denen nicht die Möglichkeit geben wollen, wieder aus eigener Kraft auf die Füße zu kommen. Ich werde auch für den Abänderungsantrag stimmen, auch wenn er von der SPÖ und von der FPÖ leider niedergestimmt wird. Was ich für sehr bedauerlich halte. Aber dieser Grundsatzbeschluss wäre zumindest eine grundlegende Einigung, auf die man sich einlassen könnte, wenn man ein gewisses soziales Gewissen auch hat.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Den letzten Satz habe ich nicht gehört! Kollegin Frech, bitte. Wenn man ein soziales Gewissen hat.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Jetzt waren sehr viele Punkte, sehr viele side-steps, rundherum. Wenn ich jetzt auf unseren Abänderungsantrag komme, von der gemeinsamen Fraktion ÖVP/Bürgerforum, es geht nur um einen Grundsatzbeschluss. Dass wir uns bekennen einen Aktivpass einzuführen. Dass da jetzt keine Zahlen genommen werden ist völlig klar. Weil, dann würde man sich „ad absurdum“ führen, wenn man sagt, alle Fraktionen sollen die Möglichkeit haben Vorschläge einzubringen, wir schauen wie wir das alles finanzieren können, wenn da schon drinnen stehen würde. Und das ist genau der Unterschied eben zum Antrag der GRÜNEN. So und so viele Prozent da und dort. Wenn wir es nicht einmal schaffen uns grundsätzlich zu einigen, ja da gehe ich doch jederzeit „baden“ mit einem Antrag, wenn da schon Zahlen drinnen stehen. Wobei, diese Anträge hat es sehr wohl gegeben. Für jene, die jetzt neu im Gemeinderat sind, es ist nicht so, dass man da einfach ins „Blaue“ etwas hinein macht. Es hat, gerade von unserer Fraktion, ganz konkrete Vorschläge gegeben, das kann der Kollege Schodermayr,

wenn es die anderen nicht glauben, auch bezeugen. Wir waren eine Fraktion, in der letzten Periode, die ganz genau eingebracht hat, im Jahr 2012 beispielsweise, wie stellen wir uns diesen Aktivpass vor? Wir haben es eingebracht, noch einmal im Jahr 2015. Das heißt, für uns ist das eigentlich relativ klar. Aber wir sagen ja nicht, wir haben die Weisheit gepachtet. Sondern, jede Fraktion soll die Möglichkeit haben, hier auch miteinzuwirken. Nur ein paar Zahlen möchte ich schon dazugeben, weil so gefallen ist: „Das kann man sich schon leisten, Kulturveranstaltungen usw.“ Ich nehme jetzt her, den Richtsatz den jetzt Traun genommen hat und das ist der Ausgleichszulagenrichtsatz nach ASVG. Da reden wir, für das Jahr 2016, bei einem Einkommen von 882,-- Euro pro Monat. Da reden wir bei einem Ehepaar von 1.323,58 Euro. Das sind Beträge wo jeder Euro eine Rolle spielt. Wo es nicht egal ist, ob eine Jahreskarte in der Bücherei, wobei das ist sicher noch das Geringste, ja, 18,-- Euro kostet. Da spielt schon eine Rolle, ob ich jetzt zu einer Kulturveranstaltung gehe, auch wenn die „nur“ 15,-- Euro

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Inwiefern, bitte?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, weil das jetzt so gefallen ist, das kann man sich schon leisten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Nein, die Bücherei kann man sich leisten!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, man kann sich alles leisten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Du wirst doch nicht mir als Sozialdemokraten jetzt, wie schwierig es ist, dass Leute mit dem auskommen... Wo wir seit Jahrhunderten darum kämpfen...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, du hast die Möglichkeit zu wählen, du darfst dich zu Wort melden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
... das macht mich ganz „unwucht“. Das ist ja unglaublich!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
...das ist ein demokratisches Gremium, ich habe auch das Recht, mich zu Wort zu melden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Natürlich, aber das....

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
...und was ich schon ins Bewusstsein bringen möchte ist, wir reden hier von einem Personenkreis, wie gesagt, wenn man den Ausgleichszulagenrichtsatz hernimmt, als Einzelperson 882,-- Euro. Ich glaube, das muss ich nicht erklären, dass das ein Betrag ist, wo mir jeder Cent weh tut. Und jeder Vollpreis den ich zahlen muss für eine Kulturveranstaltung, oder für den öffentlichen Verkehr, oder für das Schwimmbad, eine Hürde ist für mich. Und das hat nichts mit Sozialdemokratie oder nicht Sozialdemokratie zu tun, das sind Fakten. Wenn wir davon ausgehen und da bin ich ja bei dir, Herr Bürgermeister, wir haben immer höher steigende Ausgaben und gerade ich bin auch eine die auch auf Kosten schaut. Nur dann ist schon eines sehr spannend, dass wir, das ist heute schon ein paar Mal gefallen, aber ich unterlege es jetzt mir Zahlen, einen Seniorenpass ausgeben, wo wir keinerlei Einkommensgrenze festlegen, damit auch jenseits sozialer Gerechtigkeit sind. Weil es kann nicht sozial gerecht sein, dass die einen 100 Prozent Ermäßigung kriegen, wenn ich jetzt den 40 Fahrtschein hernehme, und die anderen dafür zahlen müssen. Und die einen haben ein Ein-

kommen von mehreren Tausend Euro und die anderen sind an der Armutsgrenze. Und diesen Zustand haben wir aber jetzt. Weil, de facto finde ich es ja hochinteressant, wie man sich hier gegen einen Aktivpass ausspricht. Dieser Seniorenpass ist de facto so etwas wie ein Aktivpass, aber nur für die Personengruppe der Seniorinnen und Senioren, und ohne Einkommensgrenze. Und der ist sehr einfach zu finanzieren, indem ich eines sage, ich habe eine Aktivcard die gilt, unabhängig vom Alter jetzt, auch natürlich für Senioren, aber nur für jene - und da sind wir bei der sozialen Treffsicherheit und auch bei der Kostenwahrheit – die es auch tatsächlich brauchen. Und das ist schon etwas, wo wir als Gemeinderat verpflichtet sein sollten, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Jenseits jeglicher ideologischer Diskussion. Weil ich denke schon, dass Gerechtigkeit noch immer, auch wenn es altmodisch klingt, ein Wert ist in dieser Gesellschaft. Und zwar eine soziale Gerechtigkeit herzustellen. Gerade wenn wir immer wieder reden, egal von welchen Fraktionen, Armutsgrenze und Armutskonferenzen und sonst etwas. Da haben wir die Möglichkeit, auch präventiv, etwas zu tun. Um nun zu den Zahlen zu kommen. Die Zahlen sind unverdächtig, sie stammen nicht von mir. Sie stammen vom Amt. Ich glaube nicht, dass sie sich großartig geändert haben. Ich zitiere aus dem Protokoll vom 16. Februar 2012, aus der Sitzung des Sozialausschusses. Das war eine dieser Sitzungen, wo wir ganz konkret vorgestellt haben, wie wir uns das jetzt vorstellen mit dem „Seniorenpass NEU“. Nämlich deshalb Seniorenpass, weil das Argument immer war: „Wir haben ja den Seniorenpass und darum können wir keinen Aktivpass machen.“ Und wir haben gesagt, ersetzen wir diesen Seniorenpass, durch einen Aktivpass, der für alle zählt, unabhängig ob sie Senior sind oder nicht, wenn es mit Altersgrenzen zu tun hat, sondern gerechter wäre es mit Einkommensgrenzen. Und da wurden dann auch Zahlen präsentiert und die sind schon sehr spannend, wenn wir zum Thema Kostenwahrheit reden. Wie gesagt, 2012 hatten wir Anspruchsberechtigte für den Seniorenpass ca. 10.000 Personen. 10.000 Anspruchsberechtigte. Glücklicherweise haben ihn nur 3.047 in Anspruch genommen. Rein theoretisch hätten ihn 10.000 in Anspruch nehmen können. Da hätte er uns noch viel mehr gekostet, weil wir ja keine Einkommensgrenze haben. Und das ist viel weniger kalkulierbar, wenn ich keine Einkommensgrenze habe. Fast 10.000 Personen wären anspruchsberechtigt gewesen. Ausgegeben haben wir 3047. Und wissen sie, wieviel von diesen 3.047 Ausgleichszulagenbezieher waren? Die es nämlich wirklich brauchen, von diesen 3.047! 271, der Rest braucht das nicht unbedingt, wenn ich nach diesem Ausgleichszulagenrichtsatz gehe. Wir geben es aber her. Sagen aber zugleich, das kostet uns so viel! Jetzt können wir nicht für die Einkommenschwächeren so eine Regelung treffen. Das ist ,... also, ich verstehe das nicht. Ja!?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, stelle den Antrag: Seniorenpass abschaffen!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein! Ich schaffe nicht den Seniorenpass ab! Ich schaffe einen Pass, der für alle gilt, egal welchen Alters, der aber an das Einkommen gebunden ist. Denn, jemand (*unverständlich*) und ich glaube du tust dir auch schwer. Aber vor allem, um es auf den Punkt zu bringen, jemanden zu erklären, du bekommst keine Ermäßigung, obwohl du nur im Bereich des Ausgleichszulagenrichtsatzes bist, von irgendwelchen 900,-- Euro, du musst den hohen Preis zahlen. Aber ein anderer der 3.000,--, 4.000,--, 5.000,-- Euro verdient, sprich verdient es in der Pension, weil er es an Pension hat, der kriegt etwas. Der kriegt 40 Freifahrten. Das zu erklären in einer Gesellschaft, also da wünsche ich viel Vergnügen. Das versteht der Durchschnittsbürger, glaube ich, nicht. Und jetzt kommen wir zu denen mit der Mindestsicherung, noch einmal, 10.000 Anspruchsberechtigte für den Seniorenpass, 3.047 haben wir ausgegeben, 271 davon waren Ausgleichszulagenbezieher. Zum selben Zeitpunkt hatten wir Mindestsicherung ca. 500 Haushalte oder ca. 1.100 Personen. Also, wenn ich jetzt böse bin, das bin ich aber nicht, würde ich sagen, wir sparen uns sogar Geld, wenn wir die andere Regelung machen. Aber um das geht es jetzt gar nicht. Das sind nicht meine Zahlen. Das sind die Zahlen vom Amt, die auch im offiziellen Protokoll drinnen stehen. Und da kriege ich, ehrlich gesagt, meine geschätzten Damen und Herren, ich werde selten emotional, aber da packt mich die Wut, weil das hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun! Und dann ist jede

Diskussion und ich wollte mir das heute ersparen, diese Zahlen zu bringen, aber da ist jede Diskussion zum Thema Kosten einfach nur ein Vorwand, weil sie schlichtweg nicht stimmt. Und das nächste zum Thema Kosten ist, der Gunter Mayrhofer hat es schon angesprochen, ist ein bisschen milde belächelt worden, aber ich glaube, das sollte jedem irgendwie klar sein, es gibt so etwas, auch wenn er nicht BWL studiert hat, das weiß jeder, variable Kosten und fixe Kosten. Und die variablen Kosten hängen davon ab, wie viele Personen z.B. etwas konsumieren. Wenn ich heute ein Schnitzel verkaufe in einem Gastlokal, dann muss ich auf jeden Fall die Kosten für mein Schnitzel gedeckt haben. Aber die Fixkosten habe ich sowieso. Ich habe das Personal, ich habe die Miete. Da kann ich mit dem Preis auch einmal heruntergehen, wenn es dazu führt, dass ich zumindest meine Fixkosten gedeckt habe. Jeder Zusätzliche, der bei uns mit dem Bus fährt, der sonst nicht gefahren wäre, ist ein zusätzlicher Faktor, der uns Geld bringt. Wenn ich eine Kulturveranstaltung habe, wo an sich 90 Personen hingehen und dann kommen 5 zusätzlich, die sonst nicht gekommen wären, aber sie haben eine Ermäßigung und können es sich deshalb leisten, deshalb habe ich nicht Mindereinnahmen, sondern ich haben 5 Einnahmen mehr. Zwar nicht um 100 Prozent, sondern um 50 Prozent. Und bitte, das muss glaube ich jedem eingehen, das hat nichts damit zu tun, und ich garantiere ihnen und ich traue mich selten, etwas zu behaupten, wenn wir das Modell auf eine faire, einkommensbezogene Schiene bringen, basierend auch auf diesen Zahlen, die da geliefert worden sind, wenn die stimmen und davon gehe ich aus, kostet uns dieser Aktivpass, entweder gar nichts oder bringt uns sogar noch Geld. Und das liegt nur an uns wie das aussieht. Man muss nur definieren, wer sind die Anspruchsbezieher, wo sind die Einkommensgrenzen und welchen Prozentsatz machen wir möglich? Und lieber Kollege Michael Schodermayr, auch du hast gesagt, damals in diesem Protokoll, eben wie es darum gegangen ist „Seniorenpass NEU“, dass man nicht mehr nur Senioren als Bezieher hat, sondern Aktivpass, da hast du gesagt, die Umsetzung soll im Rahmen der derzeitigen finanziellen Mittel liegen. Und die Mittel haben wir, das steht fest. Und wenn wir sie nicht haben, wenn sich tatsächlich heraus stellt, nach einem Jahr... Die selbe Diskussion haben wir gehabt bei den Studenten, bei den Semestertickets, was wird uns das kosten und welcher Wahnsinn. Und dann ist es gar nicht so schlimm eingetreten. Wenn wir nach einem Jahr merken, das ist unser Aktivpass, den können wir jederzeit ändern, es rennen uns die Kosten aus dem Ruder, ja dann gewähre ich halt nicht mehr 50 Prozent auf einzelne Bereiche, sondern nur mehr 40 oder 30 Prozent. Aber es ist immer noch besser, als ich tue nichts. Und Politik ist nicht Problemorientierung. Politik soll nicht bequem sein. Gar nichts zu machen ist jedenfalls nicht aktive Sozialpolitik. Tut mir leid.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächstes zu Wort gemeldet, der Herr Gemeinderat Hingerl.

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, wertees Präsidium, wertee Presse. Ich tue mir ein bisschen schwer, wenn ich ganz am Schluss von einer Sitzung plötzlich einen sehr schwer, in Kleinstschrift....

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz):

..das ist der Magistrats(*unverständlich*)

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Ich habe ihn bekommen und konnte ihn vorher nicht durchlesen. Ich denke sie haben selbst in dem Zusammenhang des Öfteren genau die selben Angelegenheiten gebracht....

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz):

.. ich habe ihn vorgelesen...

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

...ich tue mir etwas schwer, solch eine Sache zu beschließen. Überhaupt einmal vollinhaltlich zur Kenntnis zu bekommen. In weiterer Hinsicht die Folgen abzuschätzen. Denn, ich

denke, das Wichtigste eines Grundsatzbeschlusses, der ja an sich von der Lage und vom Inhalt her grundsätzlich ja erstrebenswert ist, nur, man muss irgendwo sagen, woher und wie kann ich es mir leisten, den Ärmsten und den Besten, den Passivsten zu helfen? Auch wenn man das jetzt Aktivpass nennen möchte, in Wirklichkeit ist es Hilfe für diejenigen, für die die am passivsten sind. Weil sie am wenigsten Möglichkeit haben, sich selbst zu helfen. Ich denke, das Allerwichtigste in dem Fall ist, so etwas vernünftig und gut vorzubereiten und da denke ich mir.....

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz):
Wir reden seit 8 Jahren davon!

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:
... und da denke ich mir....

Unverständliche Diskussion

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:
... dann wollte ich bitte noch eines dazu sagen, dann sollte man, wenn man schon seit 20 Jahren vorbereitet, doch wenigstens darauf schreiben, was sind die Folgewirkungen für uns. Was beschließen wir? Beschließen wir hier eine Änderung die nichts kostet, oder kostet uns das Ganze eine Million Euro im Jahr? In weiterer Hinsicht, welche Förderungsmöglichkeiten gibt es dabei? Ist das jetzt im Regionalverkehrskonzept beinhaltet oder nicht? Wie schaut die ganze Sache aus? Also bitte, ich muss ganz ehrlich eines sagen, für diese schnellen Schüsse, die jetzt da von mir verlangt werden, wo ich aber hinten und vorne zwei Mal über den Tisch gezogen würde..., da kann ich nicht sein. Bitte, bereiten sie ihren Antrag entsprechend vor und dann beschäftigen wir uns damit ausführlich. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Gemeinderätin Greinöcker, bitte.

GEMEINDERÄTIN MICHAELA GREINÖCKER:
Hallo geschätzte Kollegen. Ich habe mich jetzt leider nicht so lange vorbereiten können, sondern habe mich jetzt eigentlich nur an die Worte von der Kollegin Frech gehalten. Und ich hoffe, Herr Dr. Schodermayr, sie können mir da ein bisschen helfen. Weil, das war dann, glaube ich, 2012, oder wann war es? Wo wir ja eigentlich... ich meine da geht es jetzt nicht um den Aktivpass, sondern eigentlich um den Seniorenpass, was ja wir damals, glaube ich, irgendwie erneuern wollten, oder ein bisschen aufpeppen. Und da waren nachher diese Vorschläge von den Fraktionen und da haben eben wir schon gesagt, zwecks der Einsparungsmaßnahmen, weil sie gesagt haben, da sind von den 10.000 Pensionisten, dass nur 3.000, und davon sind nur 200, die die Deckelung bekommen? Da haben auch wir damals schon gefordert, dass es diese Deckelung gibt beim Seniorenpass. Dass eben nicht jeder Senior diesen Pass bekommen soll. Sondern wirklich, ich glaube was ich mich noch erinnern kann, wir haben die Grenze gehabt mit 1.500,- Euro. Okay, vielleicht könnten wir es auch ein bisschen erweitern, aber da ist es wirklich um Senioren gegangen, die auch sehr tolle Pension beziehen. Wo wir gesagt haben, ja, okay, die brauchen das vielleicht nicht. Aber da ist es eben nur um die Einsparungsmaßnahmen gegangen. Und ich kann mich auch noch erinnern, dass es, glaube ich, vom Herrn Glaser damals noch eben, da ist der Aktivpass nachher das erste Mal gefallen. Weil wir eben gesagt haben, ja ausweiten auf das, aber irgendwie hat sich das dann im Sande verlaufen. Mit dem Seniorenpass, Aktivpass, keine Ahnung, aber gut, das war jetzt eigentlich nur das, wo ich mich wieder zu Wort melden wollte. Dass eben das damals 2012, dass wir gesagt haben, da gehört eine Deckelung her. Dass eben nicht wirklich die, die so viel Geld haben, dass man die auch noch unterstützt. Dass sie da etwas gratis bekommen oder irgend so etwas. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Die Diskussion läuft schon lange und die letzten 1,5 Jahre sehr intensiv. Bitte Gunter, du bist noch einmal am Wort.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Gemeinderat Hingerl, es tut mir leid, wenn wir sie überfordert haben. Das war nicht in unserer Absicht. Wenn die Information, was zum Sozialausschuss in allen Fraktionen funktioniert und ich gehe davon aus, dass das auch in ihrer Fraktion funktioniert, dann hat man die Kosten sehr wohl auch abschätzen können. Aber es geht heute eigentlich um ganz etwas anderes. Es geht darum, ob ich zielsicher Leute unterstützen möchte oder ob ich weiterhin mit dem Gießkannenprinzip Förderungen ausschütete. Wir hätten heute den Vorschlag gemacht, machen wir es zielsicher. Sagen wir, oder definieren wir, alle Fraktionen gemeinsam, einen Wert, ab dem eine Unterstützung für Sachen die die öffentliche Hand, die wir machen, also Stadt Steyr, reduziert werden soll. Gegenüber dem derzeit gültigen System. Dass man sagt, das ist vollkommen egal, was einer Einkommen hat, er muss nur eines sein, er muss ein gewisses Alter erreicht haben. Das ist für uns nicht sozial und darum war der Vorschlag, das sozial treffsicher zu gestalten. Und ich glaube, dass wir das auch jetzt auf den Punkt bringen, wer das möchte oder wer weiterhin dafür ist, dass man eine „Krügl-Politik“ macht, wo man mit der Gießkanne Geld ausschüttet.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich möchte aber niemanden übersehen. Dann Schlusswort oder Stellungnahme Referent und vielleicht kannst du ein bisschen etwas dazu sagen.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich sage jetzt einfach alles noch einmal. Die Begrüßung gilt vom letzten Mal noch. Ich bin da offensichtlich in dem selben Schicksal, wie die GRÜNEN am Anfang waren. Ich bin ein bisschen gespalten. Jetzt gehe ich zu dem Antrag den der Matthias vorgelesen hat, ich kann schon zustimmen, dieser grundsätzlichen sozialpolitischen Stoßrichtung, die ja etwas mit Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung zum tun hat und zwar jenseits jeder ethnischen und religiösen und sonstigen Grenzen. Also, da könnte ich problemlos zustimmen. Dem stimme ich zu. Also da mag ich ganz viel tun und ganz dabei sein. Wo ich keine Übereinstimmung habe in dem Antrag und darum kann ich ihm auch nicht zustimmen, ist sozusagen der Vorschlag dieser inhaltlichen Umsetzung. Also, wir haben das - ich muss da jetzt wirklich meiner Beamtenschaft höchstes Lob aussprechen, die haben in kürzester Zeit gerechnet wie die Wilden. Wir sind da auf drei Modelle aus dem Ding herausgekommen, die alle nicht stimmen können. Sie können nicht stimmen. Das heißt, es sind die Angaben so wage und so nicht konkretisierbar, dass ich so einen Antrag schon alleine deswegen nicht zustimmen kann. Kein Grund der nicht-Zustimmung ist die Methodik dabei. Jetzt mag ich ein bisschen ausholen, wir haben, ich glaube im Jänner 2015, wenn ich das so richtig im Kopf habe, ja, oder noch früher, ich weiß das jetzt gar nicht mehr, auf jeden Fall vor zwei, drei Jahren, habe ich das zum Thema im Sozialausschuss gemacht. Habe einen Vorschlag eingebracht, ein Konzept eingebracht, wie man das verändern könnte, ohne dass es nennenswerte Mehrausgaben, ein paar tausend Euro sind dann trotzdem herausgekommen in der Berechnung, ergibt. Wie man das lösen könnte und ein Stück weit erweitern könnte. Und habe damals zum ersten Mal aufgefordert Vorschläge einzubringen. Es hat dann einige Urgegnen gebraucht bis die Vorschläge gekommen sind. Es ist dann ein Vorschlag, die Frau Kollegin Greinöcker hat es schon gesagt, von der FPÖ gekommen, es ist dann vom Glaser Wolfgang ein Vorschlag gekommen...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz)::

...das war früher...

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

... es kann früher sein. Ich weiß jetzt die Zeit, bin ich nicht gut mit den Zeiten. Aber es ist auf jeden Fall schon einige Zeit her. Wir haben uns diese Modelle durchgerechnet. Und da muss

ich sagen, Michaela, das hast du jetzt nämlich nicht dazu gesagt, das hat alles gestimmt, was du protokollarisch quasi zitiert hast, nur, du hast nicht dazu gesagt, dass die Berechnung mehr als das Dreifache ergeben hat, der jetzigen Kosten. Und ich mag zurück kommen auf die Rahmenbedingungen die wir uns einstimmig, sage ich einmal, selber gestellt haben. Im Sozialausschuss nämlich Kostenneutralität, im Sinne von, es soll ungefähr oder hübsch das Gleiche kosten. Es kann kein zusätzliches Geld aus dem Budget herausgenommen werden. Außer es sagt jemand, wo wir es hernehmen sollen. Ja, das war die Vorgabe und unter dieser Vorgabe sind dann diese Vorschläge gekommen. Der FPÖ-Vorschlag hat durchgerechneter Weise immer mit, natürlich Annahmen, wie viele werden es denn ungefähr benutzen? Hat...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (vom Platz):

... das sind Annahmen...

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAJR:

... nein, ja, lass mich fertig reden. Das waren, glaube ich, knapp das Doppelte. Der ÖVP-Vorschlag war über das Dreifache. Und jetzt kommt der Vorschlag und der Antrag der GRÜNEN, durchgerechneter Weise ist das auch weit, weit, weit jenseits dessen, was wir ausgemacht haben. Bei Niemandem habe ich, bei keinem dieser Vorschläge war eine Finanzierungsidee dabei, eine Finanzierungsmöglichkeit, irgendeine Lukrierung von zusätzlichem Geld, gar nichts war dabei. Es war also so nicht im Sinne des Abgemachten und somit auch nicht beschließbar. Weil wir ja das Geld auch nicht gehabt haben und budgetär es nicht decken haben können. So ist das gelaufen und es läuft auch noch immer. Und der Aufruf meinerseits ist, glaube ich, drei oder vier Mal ergangen, es ist nur nichts Zusätzliches mehr gekommen. Weil es in Wahrheit, das muss man ja ehrlicherweise sagen, das Zeichen auch quadratisch braucht, und das wird keiner von uns, zusammenbringen. Das möchte ich auch einmal sagen. Das, warum ich jetzt dagegen stimme, möchte ich zuerst den Abänderungsantrag sozusagen ablehnen, weil das das ist, was du mich schon vor zwei Jahren, glaube ich, gefragt hast, im Vorbeigehen. Das gehört in den „Fraktionsobleutedingsbums“ (Fraktionsvorsitzendenkonferenz). Der ja kein Gremium ist, kein statutarisches, also ich finde, das gehört in den Sozialausschuss. Und dort möchte ich es auch haben und dort möchte ich es auch betreiben und dort werden wir auch irgendwann einmal zu einer Lösung kommen. Oder wir lassen eben den Seniorenpass jetzt so wie er ist. Das ist die eine Geschichte, also da bin ich wirklich prinzipiell dagegen, weil es in den Sozialausschuss gehört. Und das Andere ist, den Hauptantrag lehne ich deswegen hauptsächlich ab, weil hier etwas passieren würde, was mir wirklich völlig gegen den Strich geht. Gegen den sozialpolitischen nämlich, ich begründe diese Leistung, diese freiwillige Leistung, die jederzeit kündbar ist, die wir in der nächsten Gemeinderatssitzung wieder abschaffen könnten, mit ganz einfachen Mitteln. Mit dieser Leistung ersetze ich eine gesetzlich, oder du hast es so begründet Matthias, auch wenn du den Kopf schüttelst, eine gesetzlich zuerkannte Leistung, sprich Mindestsicherung. Die man natürlich, wie man jetzt gesehen hat, auch herunterdrehen kann. Nur wesentlich schwieriger und es gibt halt dort doch mehr Sicherheiten. Behaupte ich einmal. Und das ist nicht, das was das Land nicht zahlt, die Kommunen eben übernehmen können. Hat auch der Herr Bürgermeister schon ausgeführt. Das sprengt jede Möglichkeit, jeden Rahmen. Das was ich noch sagen muss, weil es auch so nebenbei ... 10.000 Bezugsberechtigte gibt es, 3.000 haben es ungefähr pro Jahr, oder alle zwei Jahre, bekommen sie ihn, beansprucht. Jetzt kann man verschiedenste Schlüsse daraus ziehen. Das ist die einfachste aller Varianten, es kommt wer, zeigt den Ausweis her, dass er über 65 Jahre ist und bekommt das. Alles was ich zusätzlich an Kriterien einführe, erhöht mir den Verwaltungsaufwand beträchtlich, sage ich einmal. Wirklich beträchtlich, was auch mitgerechnet werden muss. Das was noch in deinem Vorschlag drinnen war, Matthias ist, da hast du Vorschläge gemacht, die in einer, zu einem großen Anteil, der SBS zugeordnet werden müssen. Und da frage ich mich, gibt es da Gespräche mit der SBS, dass sich die das vorstellen können? Gibt es da Gespräche, wer das abgeltet soll? Und das mit dem leeren Autobus, das Argument, da habe ich mich jetzt gewundert. Aber das ist auch schon gesagt geworden, da ist, sagt mir das ein Wirtschaftler, wo mir der Harald Rammerstorfer ein Langes und ein Breites in mehreren Gesprächen er-

klärt hat, so kannst du das aber nicht rechnen. Weil ich habe auch gesagt, ob der da jetzt mitfährt oder nicht kann ja egal sein. Nein, gar nicht ist es egal. Sondern es muss natürlich betriebswirtschaftlich gerechnet werden. Und das ist ja auch sein Job. Das muss ja der Geschäftsführer machen. Wir können es politisch, können wir da darüber fahren, wenn wir wollen. Ja, das wäre das. Einen Punkt habe ich noch. Weil es auch hundert Mal gefallen ist, mit Linz. Also, ich habe heute mit Linz telefoniert. Die sind aber so was von darauf und daran das herunter zu fahren, aber so etwas von darauf und daran, und ich möchte da nicht nach-tun. Noch einmal, auch das ist schon hundert Mal gesagt worden, jetzt sage ich es halt noch einmal. Man soll schon Gleiches mit Gleichem vergleichen. Und das kann man halt ganz schwierig.

Unverständliche Zwischenrufe

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

...mit Linz... ich habe es nie mit Linz verglichen. Der Vergleich ist immer von der Michaela gekommen. Ich habe das nie mit Linz verglichen. Also, den Vergleich kann man vergessen. Und diese freiwilligen Sozialleistungen werden auf den Prüfstand gestellt und die werden in der Zukunft noch viel mehr auf den Prüfstand gestellt werden. Und jetzt mache ich hier einen generellen Aufruf, nachdem das in diesem Gremium jetzt ist, ich lade wirklich wieder alle ein Vorschläge einzubringen. Und zwar alle Fraktionen, das ist mir ehrlich gesagt „blunzen-wurscht“, wenn ein gescheiter Vorschlag kommt, das in den Sozialausschuss zu bringen und dort zu diskutieren. Sollten wir eine kostenneutrale Lösung zusammenbringen, bin ich dafür. Bin ich absolut für alles. Ja, bin ich fast für alles.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (*vom Platz*):

Eine kleine Berichtigung möchte ich noch...

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH (*vom Platz*):

Das ist genau der Punkt. Es geht ja nicht nur um den Sozialausschuss. Da geht es um Sa-chen der SBS, da geht es um Sachen im Bereich der Kultur. Es ist eine Mehrschnittsache. Interessanterweise, beim letzten Mal, habt ihr zugewiesen in den Planungs- Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Und dort ist es ..

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Also, ich habe mit dem Herrn Rammerstorfer verhandelt. Dann mit dem Willi, sind wir bei-sammen gegessen ...

Unverständliche Diskussion

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Keine Zwiegespräche, bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Das ist es, sozusagen ein paar „Schlaglichter“ die ich noch darauf werfen will. Also, wir soll-ten dann wieder Ruhe einkehren lassen und das im Sozialausschuss dementsprechend behandeln und nicht vom Tisch wischen. Das tun wir sicher nicht, weil es noch offen ist, es ist im Sozialausschuss noch offen. Ich stelle jetzt sozusagen, ich fordere auf, diesen beiden Anträgen nicht zuzustimmen. Das mache ich jetzt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So die Rednerliste ist somit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung und zuerst stimmen wir über diesen Abänderungsantrag ab. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, eingebracht von der Kollegin Frech für die ÖVP/Bürgerforum, den ersuche ich um ein Zeichen mit der

Hand. Wer ist gegen diesen Abänderungsantrag? Wer enthält sich der Stimme? Somit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Steyr bekennt sich dadurch, auch jenen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, deren Einkommen diese Teilhabe sonst nicht erlauben würde.

Die Details (anspruchsberechtigter Personenkreis, Einkommensgrenzen, Ermäßigungsgrad bei den jeweiligen städtischen Einrichtungen, Kooperationen mit privaten Unternehmen und Vereinen etc.) werden in einer spätestens im Jänner 2017 einzuberufenden Fraktionsvorsitzendenkonferenz unter Einbindung der von dieser Maßnahme betroffenen politischen Referenten/innen sowie der zuständigen Beamtenschaft abgeklärt und der nötigen weiteren Beschlussfassung zugeführt.

Durch diese Vorgehensweise ist sichergestellt, dass bei dieser Querschnittsmaterie, die mehrere Referent/innen betrifft, alle eingebunden sind und auch alle Fraktionen Vorschläge unterbreiten können, was dieser Aktivpass im Detail umfasst und wie der weitere Umsetzungsfahrplan aussehen könnte.

Die Abstimmung über den Abänderungsantrag erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **9**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GRⁱⁿ Rosa Hieß (um 17:10 Uhr gegangen)
GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller (um 16:50 Uhr gegangen)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zum Resolutionsantrag, den die GRÜNEN eingebracht haben. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Einführung, mit vorhergehender Erstellung eines detaillierten Durchführungsplans, eines unentgeltlichen Aktivpasses der für alle Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, eine Reduktion der Tarife für Stadtbad, Hallenbad, Eislaufplatz und Veranstaltungen des Kulturamtes um 60% vorsieht. Gleichzeitig soll diesem Bezieher*innenkreis die Jahresgebühr für die städtische Bücherei erlassen werden. Die Tarife für die öffentlichen Busse sollen für Besitzer*innen des Aktivpasses auf folgende Beträge reduziert werden: 1,50 € für eine Tageskarte, 5€ für eine Wochenkarte, 18€ für eine Monatskarte und 180€ für eine Jahreskarte.“

Die Abstimmung über den Hauptantrag erfolgte per Handzeichen:
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **4**

GRÜNE 4 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Maria Lindinger, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Heidemarie Kloiber, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner, GRⁱⁿ Anneliese Zimmermann)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **6**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
GRⁱⁿ Rosa Hieß (um 17:10 Uhr gegangen)
GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller (um 16:50 Uhr gegangen)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Somit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich kann mich nur dem anschließen was der Kollege Schodermayr gesagt hat. Die Diskussion ist nicht zu Ende zu diesem Thema, wenn jemand meint, wir können eine kostenneutrale Formel finden für diese neue Form, oder alte Form des Seniorenpasses, Aktivpasses, ja. Ich betone noch einmal, wir haben 1,5 Jahre, wurde im Ausschuss, oder in den Ausschüssen konkret diskutiert, ohne Ergebnis. Und noch etwas draufzulegen ist mir als Finanzreferent einfach unmöglich. Aber nicht weil es mein Geld ist, sondern weil es das Geld des Steuerzahlers ist.

Ich wünsche einen schönen Abend

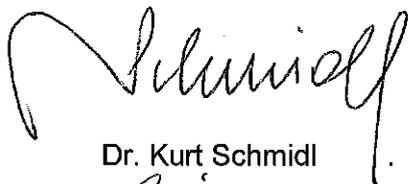
ENDE DER SITZUNG UM 17:40 UHR.

DER VORSITZENDE:



Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl



Karin Greinöcker

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GRⁱⁿ Rosa Hieß



GR Mag. Kurt Prack